

Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 22 / Folge 25

2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 19. Juni 1971

3 J 5524 C

Klare Aussage zur Ostpolitik

Keine Berlin-Regelung rechtfertigt Verzicht auf ein Viertel des deutschen Reichsgebietes

Düsseldorf — „Die europafeindlichen Verträge von Moskau und Warschau dürfen nicht ratifiziert werden. Auch eine wie immer geartete Regelung für Berlin rechtfertigt in keiner Weise den Verzicht auf ein Viertel des deutschen Reichsgebietes.“

Diese klare Aussage zur Ost- und Deutschlandpolitik verabschiedete der Gründungskongress der Deutschen Union am 12. Juni in Düsseldorf, nachdem der stellv. Vorsitzende, Rudolf Wollner, in einem Kurzreferat die Stellungnahme der neugegründeten Partei zu den entscheidenden außenpolitischen Fragen umrissen hatte. In der von den über 300 Delegierten einstimmig verabschiedeten Resolution wird festgestellt, daß Deutschland 25 Jahre nach der Beendigung der Zweiten Weltkrieges immer noch geteilt ist.

„Die Teilung Deutschlands ist zugleich die Teilung Europas und darüber hinaus der Welt. Seitdem leben 17 Millionen Deutsche in Mittelddeutschland unter kommunistischer Diktatur. Die deutschen Ostprovinzen wurden seinerzeit durch die Siegermächte unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Die 1969 gebildete Bundesregierung — bestehend aus SPD und FDP — hat durch den Abschluß der Verträge von Moskau und Warschau die Oder-Neiße-Demarkationslinie als Staatsgrenze anerkannt. Sie hat darüber hinaus sämtliche Grenzen in Europa garantiert und damit auch die Demarkationslinie zur „DDR“ als Grenze fixiert. Eine politisch notwendige Regelung für die Reichshauptstadt ist unterblieben.“

Hierzu erklärte die Deutsche Union, die Überwindung dieser Spaltung Deutschlands als des hauptsächlichsten Spannungsherdes in Europa müsse oberstes Ziel deutscher Politik sein. „Der Weg dazu ist eine konsequent betriebene Verständigungspolitik auf der Grundlage des Rechtes auf Heimat und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Nur dieser Weg wird zu einer Vereinigung



Die Mauer wird bleiben: sie wird nur (wie auf unserem Bild) Wagen der Bonner Unterhändler passieren lassen. Für die Menschen in der geteilten Stadt wird es keine Freizügigkeit geben. Foto dpa

aller europäischen Völker in echter Partnerschaft führen. Im Rahmen eines solchen partnerschaftlich geeinten Europas wird eine befriedigende Lösung für das Verhältnis zwischen dem deutschen Volk und den Nachbarvölkern zum Osten gefunden wer-

den müssen. Das Münchner Abkommen ist ein erfüllter Vertrag.“

Die Deutsche Union — so schließt die Resolution des Gründungskongresses — „bekennt sich uneingeschränkt zum Bündnis mit den Völkern der freien Welt“.

Fällt die Entscheidung über das Schicksal Berlins?

Willy Brandts Reise in die USA — Abrassimow-Vorschläge bringen die „DDR“ ins Spiel

Bundeskanzler Brandt befindet sich in dieser Woche in den Vereinigten Staaten. Bei dem Gespräch, das Willy Brandt mit dem amerikanischen Präsidenten Richard Nixon führt, wird zweifelsohne das Thema Berlin eine bevorzugte Stellung einnehmen. Zu Beginn der Woche wußte eine führende westdeutsche Tageszeitung zu berichten, daß bei dieser Unterredung insbesondere das Abkommen behandelt werden soll, das sich auf den Zugang zu Berlin bezieht. Nach den Vorschlägen, die Sowjetbotschafter Abrassimow in diesem Zusammenhang unterbreitet haben soll, würde zwar die Zuständigkeit für die vier Mächte formal anerkannt, eine Einschränkung der „DDR“-Kontrollen ist jedoch nicht vorgesehen.

In Kenntnis dieser sowjetischen Vorstellungen wird deutlich, daß den Gesprächen, die Bundeskanzler Brandt in den USA führt, eine besondere Bedeutung beikommt. Nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil Präsident Nixons Entscheidung zwangsläufig die Auffassung Brandts berücksichtigen wird. Die von der Bundesregierung eingebrachte neue Linie gegenüber einer Berlin-Regelung wird von der Opposition als ein deutliches Zurückweichen von früheren Positionen bezeichnet. Während die Bundesregierung jetzt „praktische Verbesserungen“ für ausreichend hält und der Status West-Berlins (und hierzu gehört auch die Bundespräsenz in Berlin) offen — das heißt zwischen Ost und West umstritten — bleiben soll, hatte Bundeskanzler Brandt im März dieses Jahres noch in einem „Positionspapier“ die Zusammengehörigkeit Berlins betont und als Teil der westlichen Verhandlungsposition bezeichnet. „Es wird daher keine Berlin-Regelung geben, ohne daß gleichzeitig eine Präsenz des Bundes bestätigt wird...“ In diesem Positionspapier wurde die angestrebte Vier-Mächte-Vereinbarung als umfassend gefordert, die die Lebensfähigkeit der Stadt zeitlich unbegrenzt sichern.

Von dieser Berlin-Position ist die Bundesregierung inzwischen abgerückt, wobei nicht auszuschließen ist, daß sie hierbei im Einvernehmen mit den Westmächten handelte. In diesem Zusammenhang wird auf die von dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner vertretene Formel, man werde

sich zufriedengeben mit einer Garantie für den freien Zugang, hingewiesen. Dieser „freie Zugang“ würde praktisch so aussehen, daß der Zugang zu Berlin weiterhin nach Maßgabe der „DDR“-Gesetze abgewickelt werden soll. Danach würde Ost-Berlin die Kontrollbefugnisse im Personen- und Güterverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin auf Schiene, Wasser und Straße behalten, die es gegenwärtig bereits beansprucht oder ausübt. Dieses Abrassimow-Papier sieht weder die Abschaffung des Sichtvermerkwanges noch der Ausweiskontrollen durch die „DDR“-Organe vor. Die auf westlichem Gebiet plombierten Züge sollen trotzdem von „DDR“-Beamten während der Fahrt kontrolliert werden. Die Bestimmung, wer auf dem Landweg nach West-Berlin reist, bleibt also weiterhin im Ermessen der „DDR“-Organe. Angesichts dieser Vorschläge Abrassimows, die ganz unzweideutig darauf abzielen, die „sovereäne DDR“ stärker ins Spiel zu bringen, erhebt sich die Frage, worin der positive Wandel in den Gesprächen der Alliierten besteht und was eigentlich als Fortschritt zu bezeichnen ist. Sollten die alliierten Botschafter diese Vorschläge Abrassimows tatsächlich als einen „Durchbruch“ zu einer vernünftigen Lösung ansehen, so könnte Moskau der weiteren Entwicklung mit Gelassenheit entgegensehen.

Gerade im Zusammenhang mit dem kürzlich veröffentlichten „liberal“-Artikel des mysteriösen „Wieland Deutsch“ und den Bemühungen der Sowjets, ohne ein entscheidendes Entgegen-

kommen in Berlin trotzdem zu einer Ratifizierung des Moskauer Vertrages zu gelangen, verdient ein Hinweis des Bundestagsabgeordneten Dr. Werner Marx (CDU) Bedeutung: „Diejenigen, die den Artikel des sogenannten Wieland Deutsch zu verantworten haben, müssen sich sagen lassen, daß sie wie eine fünfte Kolonne der Westabteilung des sowjetischen Außenministeriums arbeiten...“

In Bonn wie in Berlin wird mit Besorgnis registriert, daß die Westmächte dabei sind, ihrerseits den politischen Status von Berlin weitgehend den Bemühungen und Interpretationen der Bundesregierung zu überlassen. Es wird daher von weittragender Bedeutung sein, welche einheitliche Auffassung sich im Lager der Regierungsparteien durchsetzt. Bundesinnenminister Genscher, der als Verfassungsminister in diesen Fragen entscheidend tangiert ist, hat kürzlich betont, daß er „auf das Grundgesetz und nicht auf die alliierten Vorbehalte verweist“ sei; doch ist keinesfalls auszuschließen, daß er — vor allem bei der schwierigen Situation, in der sich die FDP innerhalb der Koalition befindet — auf die Linie seines Parteichefs Scheel einschwenkt. Andererseits heißt es in Bonn, daß gerade die Haltung zu Berlin von Abgeordneten der FDP als eine Art Rückzug gesehen werde, der ihre eigenen starken Zweifel an der Richtigkeit der Ost- und Deutschlandpolitik genährt habe.

Die Äußerungen verschiedener Koalitionspolitiker sind in Washington ebenso mit Aufmerksamkeit registriert worden wie der umstrittene „liberal“-Artikel. Es wäre zweifelsohne zu unserem Nachteil und mit schwerwiegenden Folgen verbunden, wenn man in Washington den Eindruck gewinnen würde, daß sich Bonn bereits darauf eingerichtet hat, Rechtspositionen aufzugeben und einem Ergebnis zuzustimmen, wonach Berlin auch weiterhin von den Sowjets als Störhebel bedient werden kann.

Klaus Janssen

Partei Gründung ist kein Betriebsausflug...

H. W. — Eine westdeutsche Zeitung, die der Gründung der Deutschen Union von der Position der „patriotischen Mitte“ wenig Chancen einräumt, bescheinigt trotzdem dem neuen Bundesvorsitzenden Zoglmann ein erstaunliches Maß von Hartnäckigkeit. Wer in den Wochen, die der Gründung dieser neuen Partei vorausgingen, mit Siegfried Zoglmann sprach, erinnert sich seines gern zitierten Wortes, daß eben eine Partei Gründung kein Betriebsausflug und sehr genau zu überlegen sei. Dabei bleibt dahingestellt, ob nicht manchem Betriebsausflug mehr Interesse gewidmet wird als politischen Anliegen, obwohl diese letztlich entscheidend sind für soziale Wohlfahrt und eben dafür, daß die Mitarbeiter gutbeschäftigter Betriebe ihren wohlverdienten Ausflug machen können statt Überlegungen darüber anstellen zu müssen, wie sie mit steigenden Preisen und Steuern fertig werden... .

Die Führungsgruppe, die mit Zoglmann in Düsseldorf die neue Partei aus der Taufe hob, kommt weitgehend aus der alten FDP — sie hat ihre politische Heimat dort aufgegeben, weil die neue FDP in Zusammenarbeit mit der SPD in eine Ost- und Deutschlandpolitik geschwenkt ist, die sie nicht mehr mitverantworten wollte.

Man weiß dort sehr wohl um das Schicksal der BHE, der FVP und selbst der Deutschen Partei und das alles ist wenig geeignet, die Brust mit Hoffnungen zu schwellen. „Der Ruch von Bodenständigkeit, Recht und Ordnung“ oder „patriotischer Mitte“, den die Neugründung ausstrahlt, sei vermutlich — so jedenfalls meinte die „Frankfurter Allgemeine“ — eben nicht vieler Leute Sache. Hier sollten wir anhalten. Denn wir finden, daß, wenn die neue Partei eine Chance haben will, sich eine solche gerade aus dem Leitmotiv „Freiheit — Recht — Ordnung“ ableitet. Wenn dieser „Ruch“ nicht „vieler Leute Sache“ ist, so könnten es doch immerhin weit mehr sein, als sich manches Journalisten Weisheit träumen läßt. Wenn die FAZ meint, das Recht für Selbstbestimmung und Heimat stehe im Grundsatzprogramm der neuen Partei überdies „so verdächtig weit oben“, so weist sie damit — sicherlich unbeabsichtigt — darauf hin, daß die Heimatvertriebenen dieser Neugründung aufgeschlossen gegenüberstehen. Die klare Aussage zur Ost- und Deutschlandpolitik, wonach die europafeindlichen und voreilig unterzeichneten Verträge von Moskau und Warschau nicht ratifiziert werden dürfen, und das eine wie auch immer geartete Regelung für Berlin in keiner Weise den Verzicht auf ein Viertel des deutschen Reichsgebietes zu rechtfertigen vermag, dürfte von den Ostvertriebenen um so mehr mit Interesse registriert werden, als ihnen oft eine klarere Aussage wünschenswert erschienen wäre.

Die neue Partei wird von der „Linken“ keinen Zuzug, dafür aber mit Sicherheit Diffamierung erwarten können. Den Freien Demokraten kommt diese Neugründung ungelogen. Ob, wie Genscher meinte, die DU ein „totgeborenes Kind“ ist, wird sich erst erweisen müssen.

Zoglmann hat den Christdemokraten angeboten, bei der Bundestagswahl 1973 zusammenzuwirken mit dem Ziele, die Ablösung der derzeitigen Bundesregierung sicherzustellen. Die ersten spärlich vorliegenden Äußerungen können dahin gedeutet werden, daß innerhalb der CDU an dem Wert eines solchen Bündnisses Zweifel bestehen. Es mag dabei die Überlegung mitsprechen, jede Gruppierung neben der CDU könnte der großen Oppositionspartei Stimmen kosten. Hier sollte jedoch das Beispiel der Deutschen Partei zu nüchterner Überlegung veranlassen: nach ihrem Verschwinden aus dem Parlament war nicht jeder ihrer Wähler bereit, die CDU zu wählen.

Heimatvertriebene sind in allen politischen Parteien zu finden; die politische Neutralität ihrer Organisationen wird man jedoch schwerlich so deuten können, als könnten sie die Grundsätze verleugnen, die ihren festen Standort bestimmen. Es bedarf keiner besonderen Bestätigung, daß auch die landsmannschaftliche Presse liebend gerne die Stellungnahmen führender Politiker der heutigen Regierungskoalition wiedergeben würde, wenn diese noch auf den gleichen Tenor gestimmt wären wie vor einigen Jahren.

So registrieren wir mit berechtigtem Interesse die ersten Äußerungen einer neuen Partei, die sich ausdrücklich gegen den Verzicht auf ein Viertel des deutschen Reichsgebietes wendet. Gerade diese klare politische Aussage dürfte es wenig geboten erscheinen lassen, die Neugründung von vornherein abzuwerten. Statt dessen wären Überlegungen konstruktiver, wie man 1973 das letztlich doch gemeinsame Ziel erreichen kann.

Der Fall Strachwitz

Eine Betrachtung nicht ohne Zynismus

Der Major von Strachwitz, seines Zeichens Offizier der Bundeswehr beim NATO-Stab in Brüssel, hat sich als wenig karrierebewußt erwiesen. Er richtete nämlich eine Zuschrift an die „Welt“, was an sich schon sehr leichtfertig war, da es sich dabei bekanntlich um eine „Springer-Zeitung“ handelt, die sich mancherorts in der Führungsspitze unserer Republik keiner besonderen Beliebtheit erfreut. Daß er sich dabei mit der Ostpolitik befaßt, mag er noch ungehört; aber wie er das getan hat, war einfach unerhört. Statt zu erklären, daß es sich um die genialste Außenpolitik seit Bismarck zu handele, brachte er sinngemäß zum Ausdruck, daß der Bundeskanzler so etwas wie ein gestörtes Verhältnis zum Deutschland „in den Grenzen von 1937“ habe, und daß diese Einstellung wahrscheinlich aus den Erfahrungen herrühre, die er in jugendlichen Jahren habe machen müssen. Das ging nun schon bis an die Hutchnur, aber noch nicht darüber.

Aber dann fügte er, Strachwitz, noch etwas hinzu, das sich wie der Vorwurf ausnehme, es liege eben manchmal die Verantwortung vor — und da hätte er wissen müssen, daß daraufhin so mancher Sozialdemokrat äußerst allergisch reagieren würde, der das einstige polemische Wort von dem angeblich „vaterlandslosen Gessellen“ noch im Gedächtnis hat. Da der oberste Dienstvorgesetzte einer jeden „Militärperson“ (wie es einst hieß) der Sozialdemokrat Helmut Schmidt ist, hat also der Major von Strachwitz nun ein Disziplinarverfahren zu gewärtigen, bei dem jene Bestimmung des Bundeswehr-Soldatengesetzes eine Rolle spielen wird, welche lautet: „Offiziere und Unteroffiziere haben innerhalb und außerhalb des Dienstes bei ihren Äußerungen die Zurückhaltung zu wahren, die erforderlich ist, um das Vertrauen als Vorgesetzte zu behaupten.“ In diesem Falle heißt das, daß der Bundesverteidigungsminister kein Vertrauen mehr zum Major von Strachwitz hat.

Nun kann man dem Delinquenten zwar zugute halten, daß er nach eigenem Bekenntnis und auch nachweislich schlesischer Herkunft ist; aber das kann im Disziplinarverfahren naturgemäß kaum als mildernde Umstände bewertet werden. Gerügt werden wird, wenn nicht alles täuscht, daß der Major seine eigene Meinung ebenso unverblümt geäußert hat, wie Bundeslagabgeordnete das zuweilen innerhalb und außerhalb ihres Dienstes zu tun pflegen. Es wäre daher tatsächlich für Herrn von Strachwitz weitaus zweckmäßiger gewesen, wenn er etwa an die „Welt“ geschrieben hätte, ihm bereite es schwerste Sorgen, daß der MdB Herbert Wehner dereinst im Bundesstag in seinem unnahnehmereich Deutsch erklärt habe, wer die Oder-Neiße-Linie anerkenne und gehe „ein Verbrechen gegen Deutschland und gegen die Menschenrechte“. Doch auch das hätte Strachwitz nur tun dürfen, um — zurückgehend zu seinem speziellen Arbeitsgebiet — hinzuzufügen, daß selbstverständlich die heiligen Treuebekenntnisse führender Politiker zur Atlantischen Allianz zweifellos einen weitaus größeren Wahrheitsgehalt haben als die ehemaligen Treuebekenntnisse derselben zu den Ostverträgen, wie sie anläßlich früherer landmannschaftlicher Bundesstreifen fortlaufend ausgefertigt worden sind.

Da das alles von dem Major von Strachwitz verabsäumt worden ist, ersieht es als nur zur Rechtfertigung, daß — vorliegend Informationen zufolge — der Herr Bundesminister der Verteidigung nun einen Erlaß vorbereiten läßt, mit dem die „überbenede“ Diskreditierung von Bundeswehrangehörigen aller Dienstgrade eingedämmt werden soll — und zwar mit der Begründung, daß die Soldaten doch einfach „in der Diskussion allzu ungehört“ seien, wie das denn auch aus dem „Fall Strachwitz“ hervorgeht. Das Ministerium verwahrt sich dabei gegen den Verdacht, es werde so etwas wie ein „Maulkorbverbot“ herauskommen. Nein, so sei dazu zu sagen, es gehe allein um eine Perfektionierung der rühmlichen „Inneren Führung“, welche die Bundeswehr bereits zur schlagkräftigsten Armee der europäischen Militärgeschichte gemacht hat. Und außerdem wird dieser Erlaß musterhaft in vieler Hinsicht sein. Es wäre zu schön, wenn er das Modell darstellen würde für entsprechende Regelungen, denen sich endlich auch die ostdeutschen Mitbürger zu fügen hätten nach dem Motto:

„Die Heimatvertriebenen haben innerlich und äußerlich ihrer beruflichen Tätigkeit bei ihren Äußerungen die Zurückhaltung zu üben, die erforderlich ist, um ihnen das Vertrauen der Bundesregierung zu erhalten.“ Waldemar Deutsch

Polen:

Warschau startete unverfrorenen Versuch

Bundesregierung müßte sich Einmischungen in innerdeutsche Fragen entschieden verbitten

BONN — Nachdem sich die sowjetische Botschaft in Washington bereits hatte, die Liquidierung des Senders „Freies Europa“, der auf bundesdeutschem Boden installiert ist, zu erreichen, hat der polnische Außenminister Jendrychowski in einem Brief Bundesaußenminister Scheel aufgefordert, gegenüber den amerikanischen Interessen die souveränen deutschen Rechte geltend zu machen und die Einstellung der Tätigkeit des Senders herbeizuführen. Zu dieser polnischen Aufforderung erklärte die CSU-Landesleitung in München, dieser Verstoß scheinbar die Absicht der kommunistischen Seite zu signalisieren, die Verträge mit der Bundesrepublik noch vor ihrer Ratifizierung als Mittel zur Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten zu nützen.

In der Tat dürfte es sich hierbei um den ziemlich unverfrorenen Versuch handeln, kommunistische Vorstellungen von Informations- und Meinungsfreiheit dem Westen aufzuzwingen. Die CSU-Landesleitung hat denn auch die Bundesregierung aufgefordert, Warschau klarzumachen, daß das angestrebte neue Verhältnis durch Bemühungen, unter Berufung auf die deutsche Souveränität diese Souveränität in Frage zu stellen und Spannungen zwischen der Bundesrepublik und ihren Verbündeten zu erzeugen, keinesfalls gefördert wird. Eine solche unzulässige Einmischung kann auch schwerlich als ein förderlicher Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung angesehen werden.

Im Grunde genommen ist dieser Brief des polnischen Außenministers ein Skandal, doch in Bonn bleibt man peinlich bemüht, die Dinge nicht beim richtigen Namen zu nennen. Vermutlich, weil man annimmt, durch ein gewisses Wohlverhalten sich die Sympathie der Machthaber in Warschau zu erhalten. Klar wäre die Aufgabe der Bundesregierung, klarzumachen, daß es sich bei den Sendern „Radio Freies Europa“ und „Radio Liberty“ um Institutionen handelt, die im Rahmen der bei uns garantierten Meinungsfreiheit tätig sein dürfen. Würde Bonn nämlich heute den Forderungen Warschaus Rechnung tragen, so könnte das weitgehende Folgen zeitigen: schließlich wäre es nämlich den Polen möglich, in alle Rundfunk- oder Fernsehsendungen hineinzureden, die trotz der bei uns so eifrig betriebenen „Objektivität“ noch das Mißfallen der Warschauer Kommunisten finden. Am Ende dürfte dann bei uns nur noch geschrieben oder gegendet werden, was dem Klassenkampf und dem „Sieg des Proletariats“ diene.

Die Tätigkeit der genannten Sender ist dem polnischen Regime in Wirklichkeit aus dem Grunde unangenehm, weil sie eine sachliche, dem polnischen Volk aber vorerhaltene Information bieten. Die Amerikaner haben auf den Schritt der sowjetischen Botschaft denn auch sehr schnell reagiert und wissen lassen, daß keine Neigung besteht, diese demokratische

Meinungsfreiheit grundsätzlich einzuschränken. Ein Senatsbeschluß bestätigte diese Auffassung.

Hinsichtlich des Briefes, den der polnische Außenminister Jendrychowski an Scheel richtete, ist bemerkenswert, daß dieser Brief geschrieben wurde, nachdem der stellv. Außenminister Willmann nach Warschau zurückgekehrt war. Er hatte sich einige Tage in Ost-Berlin aufgehalten, wo er mit dem „DDR“-Außenminister Winzer eine „Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Außenministerien der Volksrepublik Polen und der DDR“ vereinbart hatte. Es erscheint also keineswegs ausgeschlossen, daß er bei Scheel unternommene Schritte vorher auch mit dem „DDR“-Außenminister abgestimmt war. Würde Bonn auf derartige Ansinnen positiv reagieren, so müßte mit ähnlichen Vorstellungen auch seitens der „DDR“ gerechnet werden.

Während in gewissen bundesdeutschen Zeitungen bereits seit Wochen darüber orakelt wurde, was aus dem bekanntlich scharf natio-

nalistisch und auch deutschfeindlich eingestellten Führer der polnischen Partisanen, Moczar, geworden sei, ist dieser — und zwar an der Seite Parteiführer Gierek — wieder auf der politischen Bildfläche erschienen. Er hat damit die angestellten Kombinationen in das Reich der Fabel verwiesen. Aber keineswegs nur in der Bundesrepublik, auch in England war man in solche Kombinationen eingestiegen und wollte diese als Zeichen dafür werten, daß unter Gierek in Polen ein ganz neuer Kurs begonnen habe, bei dem die neuen Männer auch vor einer Säuberung in der Führungsspitze nicht zurückgeschreckt hätten. Moczars Wiederauftritt auf der politischen Bühne, diesmal sogar bei einer Konferenz im Raume Aalenstein, zeigt, daß diese Kombinationen, wie viele andere auch, jeder Grundlauge entbehren.

Da nicht zuletzt auch die Sowjets an der Erhaltung eines gewissen Dualismus in Polen interessiert sind, kann es nicht in ihrem Interesse liegen, wenn der einstige „Partisanen“- und heutige Sicherheitschef von der politischen Bühne verschwindet. Es wird vielmehr angenommen, daß gerade Moczar, der eine gewisse antizionistische Haltung garantiert, sich in Moskau besondere Beliebtheit erfreut. Eine solche Wertung wird nicht das Verschwinden Moczars, sondern vielmehr bedeuten, daß man auch in Zukunft mit ihm rechnen müssen.

Klaus Jensen

Peking:

Ceausescu als Kundschafter

Dabei geht es um Chinas Part im Konzert der Großmächte

Seit die Rotchinesen zu verstehen gaben, daß sie sich nicht mehr mit der Kulturrevolution und anderen innenpolitischen Problemen herumschlagen, sondern ihre Aufmerksamkeit dem Weltgeschehen zuwenden wollen, unternehmen die beiden Supermächte — und auch die Chinesen selbst — teilweise rührend anmutende Versuche, miteinander Kontakt aufzunehmen. Tischtennisportler werden plötzlich zu politischen Missionaren, jedes Signal von hüben und drüben wird sorgfältig registriert.

Die jahrelang eingefrorenen Beziehungen lassen sich eben nicht so schnell wieder beleben. In dieser Situation ist es ganz gut, wenn man einen Ceausescu bemittelt. Dem Kreml wird die Reise der großen rumänischen Delegation nach China, Nordkorea, Nordvietnam und in die mongolische Volksrepublik recht willkommen sein, um auf diesem Wege etwas über die Ab-

sichten Pekings zu erfahren und zugleich in fernsten Ostblockpräsenzen zu demonstrieren.

Die in diesem Punkte unabhängige rumänische Politik, vielleicht einige Zeit lang wirklich mit Argwohn vom Kreml beabachtet, hat sich jetzt als durchaus nützlich erwiesen. Nützlich nicht nur für die Rumänen, die selbstverständlich auch durch die Kontakte zur Volksrepublik China ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit — wie zum Beispiel durch die erst jüngst vereinbarte Lieferung chinesischer Schwerindustrieanlagen — festigen konnten, allerdings immer unter Beachtung jener Grenzen, die die sowjetischen Interessen auch den Rumänen setzten. Das lehrten der Besuch von Bundespräsident Heinemann in Bukarest und Kronstadt und die dabei — zur Enttäuschung der deutschen Delegation — gemachten politischen Erfahrungen im Meinungsaustausch mit den Rumänen.

Die Nachrichten aus Rotchina fließen spärlich. Spekulationen sind daher Tor und Tür geöffnet. Doch sollte man sich — nach Moskaus Wagnis — nicht zu weit über die Ostblock- und Fernostreise des rumänischen Staats- und Parteichefs als eine antisowjetische Demonstration zu interpretieren.

Der Realist Ceausescu wird — übrigens sowohl im Sinne Moskaus wie im Sinne Washingtons — erkrunden, welchen Part die Volksrepublik China im Konzert der Großmächte spielen will, welche politischen und geopolitischen Absichten die Rotchinesen verfolgen. Des Kundschafters Lohn nach dieser Fernostreise wird freilich so oder so eine weitere Aufwertung Rumäniens sein.

Christian Decius

USA:

Entspannung noch in weiter Ferne

Gesamtlage rechtfertigt weiterhin keine großen Hoffnungen

Mit dem „Signal von Tiflis“, wie die Rede Breschnews in der Hauptstadt Georgiens bezeichnet wurde, ist es den Sowjets denn auch prompt gelungen die NATO in einem gewissen Sinne zu verunsichern. Wenngleich man auch bis heute noch nicht verstanden hat auszuloten, was eigentlich hinter dem „Angebot“ Breschnews steht, ist man in gewissen Kreisen in eine Euphorie verfallen, die nach der Gesamtlage in keiner Weise gerechtfertigt sein kann. Breschnew selbst hat zum Beispiel noch vor einem Jahr Verhandlungen über einen paritätischen Truppenabzug wörtlich für „zwecklos“ erklärt, da das Problem viel zu kompliziert sei.

In Kreisen der NATO erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Breschnew auf die Bonner Ostpolitik in einem gewissen Sinne, und zwar derart setzt, daß er glaubt, die Frage eines baldigen Abzugs der Amerikaner aus Europa auf dem Wege über eine „Europäische Sicherheitskonferenz“ erreichen zu können. Die Sowjets sollen hierbei auch mit den Schwierigkeiten rechnen, denen sich Präsident Nixon in Amerika gegenüber sieht und die man nach der Ablehnung des Mansfield-Antrages keineswegs als erledigt betrachtet. Radio Moskau hat noch in einer Sendung am 16. Mai erklärt, die Anwesenheit der US-Truppen in Europa würde die Lage in Europa vergiften. Dabei wird auch der NATO bescheinigt, daß es um die Auflösung der westlichen Verteidigungsallianz geht, die als das Haupthindernis für eine Entspannung angesehen wird.

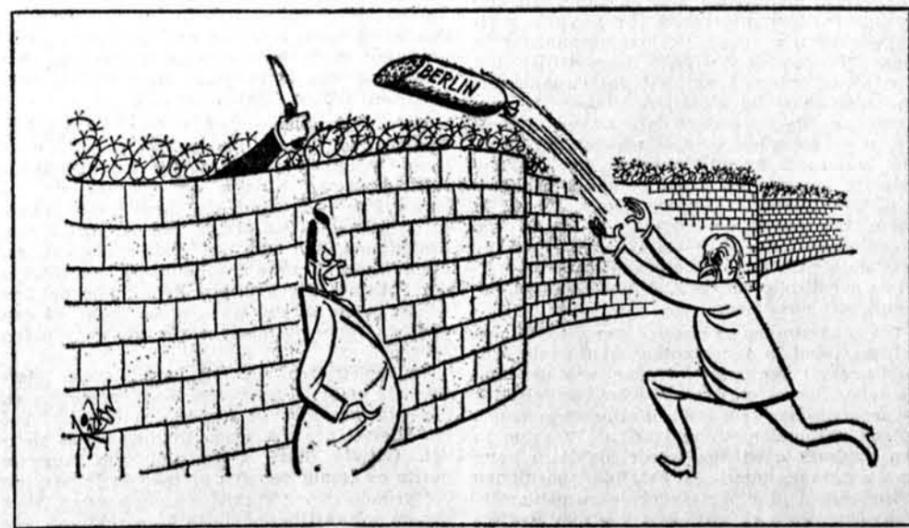
Unverkennbar ist die Frage der Berlin-Regelung nach den Vorstellungen der Sowjets jetzt

mit der Truppenreduzierung in Europa verbunden. Gegen eine entsprechende amerikanische Gegenleistung würde man vielleicht bereit sein, ein vages Abkommen über den Berlin-Zugang herbeizuführen. Was bisher über die Botschaftergespräche in Berlin bekannt geworden ist, dürfte diese Mutmaßung in vollem Umfang bestätigen. Denn vorerst scheinen sich die Experten mit Fragen zu beschäftigen, die in den Bereich einer Zwangsregelung gehören. In diplomatischen Kreisen der Stadt Berlin läßt man denn auch keinen Zweifel daran, daß in allen Fragen noch erhebliche Schwierigkeiten auftauchen werden. Die vorgehende von deutscher Seite in Aussicht gestellte Regelung zu Ende dieses Jahres wird denn auch zum Beispiel von dem britischen Botschafter Robert Jackling mit weit mehr Zurückhaltung betrachtet. Der Botschafter will sich nicht in ein „Zeitschema“ pressen lassen. Zunächst haben sich die vier Botschafter vertagt und sie werden erst am 25. Juni wieder zusammentreffen. Heute wird bereits darauf hinzuweisen sein, daß die anstehende Sommerpause, in dem die Botschafter ebenfalls Ferien machen, eine längere Stockung der Gespräche unvermeidlich werden läßt.

Was die Koppelung einer Berlin-Regelung mit der Truppenreduzierung angeht, so ist augenfällig, daß sich die französische Regierung bisher aus der Diskussion weitgehend herausgehalten hat. Diese Einstellung ist aus dem Grunde bedeutsam, weil die französische Regierung doch schließlich vor fünf Jahren die amerikanischen Truppen und das NATO-Hauptquartier zum Verlassen Frankreichs aufgefordert hatte. Heute kann man dagegen den Eindruck gewinnen, daß Frankreich an einem Abzug der US-Truppen aus der Bundesrepublik nicht interessiert ist, wie Paris auch noch nie davon gesprochen hat, etwa seine eigenen Truppen, die im Rahmen der Verteidigungsgemeinschaft in der Bundesrepublik stationiert sind, abzuziehen. Selbst wenn es zu echten Verhandlungen über einen Truppenabzug kommen würde, wäre es bei der komplexen Lage sehr fragwürdig und würde sich vermutlich vor allem über viele Jahre hinziehen. Es kann aber keineswegs ausgeschlossen werden, daß Breschnew mit seinem „Signal“ eine Atmosphäre schaffen wollte, die in der NATO selbst zu Gegensätzlichkeiten führen soll.

Walter Grant

Wie andere es sehen:



„Es muß ja mal Schluß sein mit der Schüben-Taktik“ Zeichnung: Hicks in Die Welt

Das Ostpreußenblatt

Herausgeber:
Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Chefredakteur:
Hugo Willems

Verantwortlich für den politischen Teil

Stellvert. Chefredakteur:
Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite

Geschichte, Landeskunde und Aktuelles:
Hans-Ulrich Stamm

Soziales, Jugend, Heimatkreise, Gruppen:
Horst Zander

Bonner Redaktion:
Clemens J. Neumann

Anzeigen:
Heinz Passarge

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich für Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen

Bezugspreis Inland 3,20 DM monatlich - Ausland 4,- DM monatlich

Postfachkonto für den Vertrieb:
Postfachkonto Hamburg 84 26

Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung:
Postfach 13, Parkallee 84
Telefon 45 25 41 / 42

Bankkonto Landsbank Hamburg (BLZ 200 500 00)
Konto-Nr. 192 344

für unverlangt Einsendungen wird nicht gehaftet.
Rücksendung nur, wenn Porto beiliegt.
Postfachkonto für Anzeigen:
907 00 Postfachkonto Hamburg.
Druck: Gerhard Rautenberg, 295 Leer
Norderstraße 29/31, Ruf 04 91 42 88
Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 17

Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht — ein Wort Heinrich Heines müßte uns heute auch am Tage beunruhigen. Denn, so finde ich, was sich uns heute darbietet, ist so erschütternd, daß man eigentlich schon keinen Schlaf mehr finden könnte, wenn man an Deutschland denken würde. Aber die Deutschen scheinen sich abgewöhnt zu haben, an Deutschland zu denken. Das selbst an einem Tage, der einmal zum „Tag der deutschen Einheit“ proklamiert und inzwischen zu einem bezahlten Feiertag vereinfacht wurde. Da die „Offiziellen“ nicht mehr gerne davon sprechen — denn schon die Erinnerung könnte das „Klima der Verhandlungen“ stören — kann man es den „Unpolitischen“ nicht einmal verübeln, wenn sie die Sonne nutzen und die Erinnerung an die Einheit unseres Volkes durch einen zweiten Vatertag ersetzen, der allerdings nicht allein, sondern gleich in Familie verbracht wird. Irgendwo in der Natur, vielleicht eine Stunde im Wirtshaus, abends vor der Flimmerkiste. Alles wie bekannt und gehabt . . .

Einen Vorstoß, um zu verhindern, daß dieser Gedenktag mit einer Parlamentsdebatte über Verkehrsfragen zu einem gewöhnlichen parlamentarischen Arbeitstag heruntergestuft wird, will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unternehmen. Noch hat sich der Ältestenrat nicht entschieden und wenn etwas herauskommt, dann wird es eine kurze Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages sein, in der Herr von Hassel vor den Abgeordneten des freien Teiles unseres Vaterlandes jenes Tages gedenken wird, da in Ost-Berlin die Arbeiter aufstanden und gegen jenes Gewaltregime protestierten, das einmal auf den Bajonetten der Sowjetmacht errichtet wurde und heute Anspruch darauf erhebt, auch von den freien Deutschen als rechtmäßige Herrschaft über Mitteldeutschland anerkannt zu werden.

Ovationen

Wie es in der Tat aber um diese vom Volk getragene Herrschaft bestellt ist, das müßte Willy Brandt erkannt haben, als er in Erfurt die ihm zjubelnden Deutschen zwar ansehen, aber ihnen nicht zurückwinken konnte. Eben der Komplikationen und des Klimas wegen. Dabei galten diese Ovationen, gegen die Ulbrichts Polizei einschritt, nicht der Person, sondern ganz eindeutig dem Repräsentanten des freien Deutschlands.

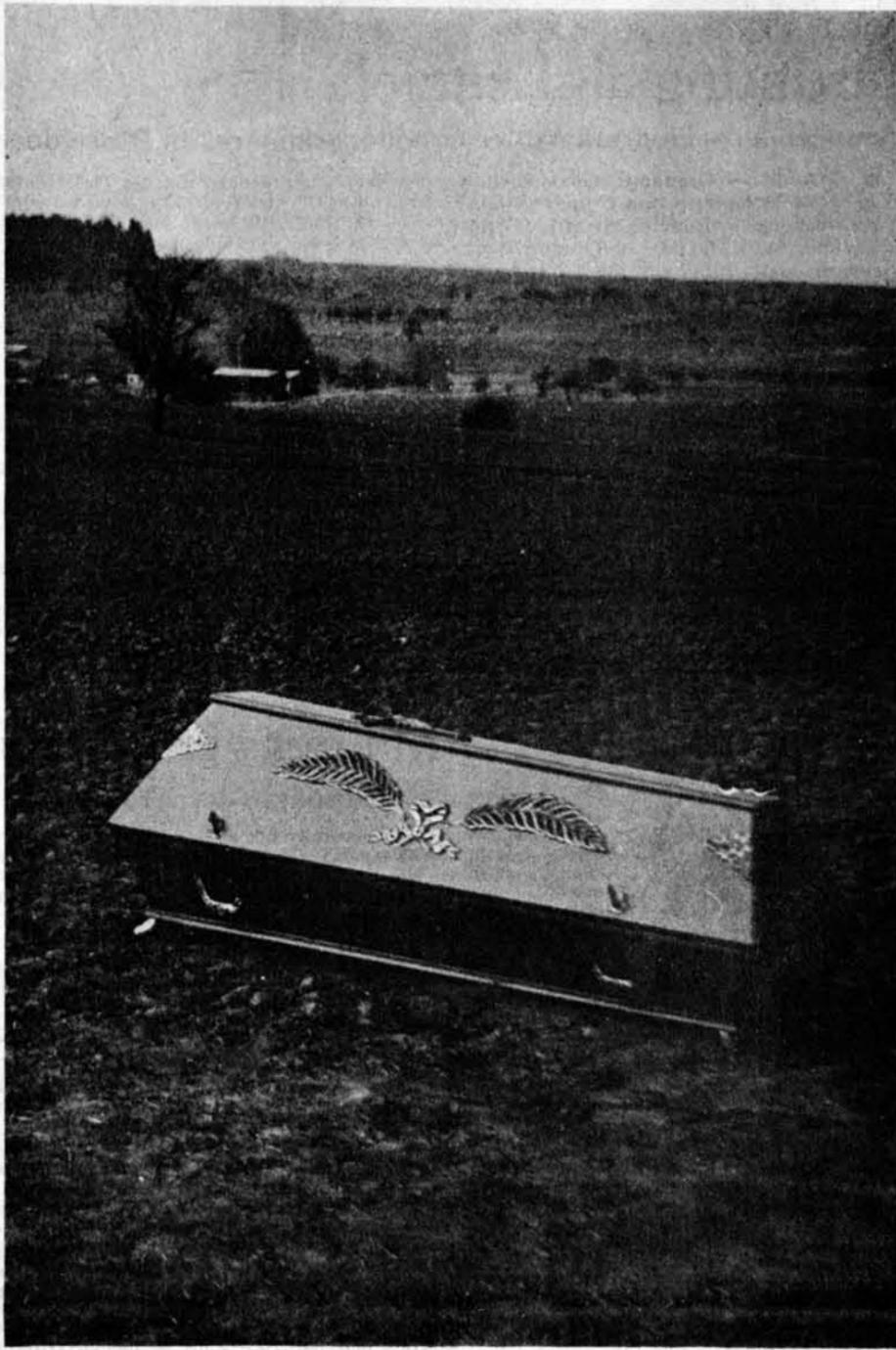
Selbst wenn man diesen Tag heute mehr verschweigt, als man von ihm spricht: wir haben die Pflicht, dieses 17. Juni 1953 zu gedenken. Dieses Datum setzt trotz allem einen Meilenstein. Es zeigte der Welt, daß die Deutschen jenseits von Mauer, Wachtürmen und Minenfeldern sich zu dem unteilbaren Deutschland bekennen, das die Kommunisten längst nicht mehr gelten lassen wollen. Gerade deshalb, weil die Kommunisten dieses Datum und die Erinnerung daran ausgelöscht wissen wollen, sollten wir Grund genug haben, der Deutschen in Mitteldeutschland zu gedenken. Es ist beschämend zu sehen, daß Blätter, die bisher „für die Wiedervereinigung“ firmierten, flugs das Firmenschild änderten, um nun, wie sie irrtümlich meinen, mit dem Osten das große Geschäft machen zu können. Man muß den Kommunisten soviel Charakter zutrauen, daß sie derartigen Meinungswandel richtig einzuschätzen wissen.

Trennen uns von den Deutschen, die im anderen Teil Deutschlands leben, tatsächlich Welten? Ich meine: nein! Es ist nicht nur das Band einer gemeinsamen Geschichte und tausendfach verschlungener menschlicher Beziehungen, das die Deutschen hüben und drüben umschlingt. Es ist vielmehr der immer wieder bekundete Wille hüben und drüben, in einem gemeinsamen Vaterland in Frieden und in Freiheit zu leben. Wer Verbindungen in den anderen Teil Deutschlands oder wer Rentner aus Mitteldeutschland zu Gast gehabt hat, wird mir bestätigen, daß für diese Menschen die materielle Wohlfahrt im freien Teil Deutschlands nicht einmal an erster Stelle steht. Ihnen geht es um weit mehr. Sie haben wie alle Deutschen das Schicksal einer Diktatur ertragen. Über die zwölf Jahre hinweg. Sie haben wie alle Deutschen das Grauen des Krieges erlebt. Aber sie müssen heute weit mehr ertragen: ihnen bleibt die Diktatur aufzuzwingen. Bisher haben sie dieses ungeliebte System ertragen in der Hoffnung, eines Tages werde ihnen doch das Joch genommen werden.

Gemeinsamkeit

So sind gerade diese Menschen tief enttäuscht darüber, daß unsere Regierung sich anschießt, mit Ulbricht und seinen Nachfolgern in das politische Geschäft einzusteigen, als handele es sich sozusagen um gleichwertige demokratische Partner. Die Menschen in Mitteldeutschland konnten sich dieses aufzuzwingenden Systems nicht erwehren; die Anerkennung durch Bonn aber ist eine Leistung, zu der niemand gezwungen werden konnte. Vor allem aber nimmt sie den Menschen in Mitteldeutschland die Hoffnung, auch ihnen könnte doch noch einmal ein Leben in Freiheit beschieden sein. Aus Mitteldeutschland, aus der Zone, wie immer man es nennt, kommen die betrübten Stimmen, die darüber klagen, Bonn sei jetzt bereit, sich mit den Gegebenheiten abzufinden. Die Kapitulation vor den „Realitäten“ — wer versteht schon die feinen Unterschiede, daß man sich mit den Kommunisten zwar vereinbaren, ihr Regime aber nicht anerkennen will? Was soll das auch? Ost-Berlin spricht doch Klartext und läßt keinen Zweifel daran, daß es keine halben Sachen geben kann. Entweder — oder!

Christliche, Freie und auch Sozialdemokraten haben immer wieder — über lange Strecken der deutschen Nachkriegsgeschichte — an der Einheit der deutschen Nation festgehalten und die Zwei-Staaten-Theorie als das bezeichnet, was sie ist: kommunistischen Ursprungs. Der Staat Deutschland ist durch die militärische



Ein Sarg im Todesstreifen: Er nahm einen mitteldeutschen Flüchtling auf, der beim Überschreiten der Demarkationslinie von Zonen-Grenzen tödlich verwundet wurde, sich aber noch auf westdeutsches Gebiet schleppen konnte. Foto dpa

Denk ich an Deutschland...

Kapitulation im Mai 1945 nicht untergegangen. Es wurden auf deutschem Boden keine zwei neue Staaten gegründet. Es gab nach der militärischen Kapitulation der deutschen Streitkräfte das von den alliierten Siegern in vier Besatzungsgebiete verwaltungsmäßig aufgeteilte Staatsgebiet. „Bundesrepublik“ im Sinne des Bonner Grundgesetzes ist die Bundesrepublik Deutschland als der im Jahre 1871 gegründete und das ganze deutsche Volk in den Grenzen von 1937 umfassende Staat Deutschland, der für nur einen Teil seines Volkes und Gebietes 1949 durch das Grundgesetz reorganisiert wurde. In der Gesetzessprache wird deshalb richtig der Geltungsbereich des Grundgesetzes vom Bundesgebiet unterschieden, weil Bundesgebiet das Gebiet innerhalb der deutschen Staatsgrenzen von 1937 ist.

Heute wird hiervon nicht mehr gesprochen. Und dabei handelt es sich nicht einmal um eine Feststellung, die etwa Konrad Adenauer oder ein Vertreter seiner Partei ausgesprochen hätte. Vielmehr war es Adolf Arndt, Kronjurist der SPD genannt, der in der 69. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. 2. 1955 die vorstehend festgehaltene Feststellung traf und hieraus folgerte: „Die Behauptung, daß es derzeit ‚faktisch‘ zwei deutsche Teilstaaten gebe, ist von den Kommunisten aufgestellt. Gabe es sie, könnte es sich dabei nur um Nachfolgestaaten handeln, von denen keiner mehr mit dem Staate Deutschland identisch wäre. Denn das rechtliche Wesen eines Staates ist als eine Gemeinschaft von den bestimmten Menschen, die als Staatsvolk sich zusammengeschlossen haben, nicht ablösbar.“

Weil man in Bonn heute anders denkt, gerade deshalb noch einmal Adolf Arndt: „Der Staat Deutschland besteht sowohl rechtlich als auch tatsächlich durch sein Volk gegenwärtig. Deshalb verpflichtet das Grundgesetz, die Einheit dieses gegenwärtigen, das gesamte deutsche Volk umfassenden Staates zu wahren und in Freiheit zu vollenden. In Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und in Ausübung der von ihm geordneten Gewalt darf deshalb Westdeutschland niemals zu einem selbständigen

Staat mit eigener Souveränität und gegenwärtigen Grenzen gemacht werden.“

Lange hat man sich in Bonn an diese gemeinsame Auffassung gehalten. Erst mit dem Regierungswechsel und der neuen Deutschland- und Ostpolitik wird sichtbar, daß eben doch in den gegenwärtigen Grenzen haltgemacht werden soll. Niemand wird daran denken, das Gebiet Mitteldeutschlands anzugreifen oder zu usurpieren. Solches zu behaupten, bleibt kommunistischer Propaganda vorbehalten. Mit dem, was heute geschieht, kann Ost-Berlin ganz anders zufrieden sein: man arrangiert sich miteinander. Zwar wird noch auf die Menschen, die das Leben in Mitteldeutschland nicht mehr ertragen können und die Flucht über die Grenze — mitten durch die Minenfelder — wagen, geschossen, aber die Unterhändler Ulbrichts fliegen minutenlang auf dem Bonner Flugplatz ein, sie promienieren im Park des Kanzleramtes und die Vopos dürfen sich erbötig zeigen, Herrn Bahr nicht warten zu lassen, wenn er durch die Berliner Mauer fährt, um im „Haus des Ministers der DDR“ Verhandlungen zu führen.

Doch selbst bei diesen Verhandlungen wird es schon problematisch. Während man in Bonn — wenn auch auf leise gestimmte Tonart — von innerdeutschen Gesprächen redet, will man in Ost-Berlin ganz deutlich klargestellt wissen, daß hier die Vertreter zweier gleichberechtigter deutscher Staaten miteinander verkehren.

Da hat selbst der Kotau nicht genutzt, der darin bestand, das „Gesamtdeutsche“ in ein „Ministerium für innerdeutsche Beziehungen“ umzufirmieren. Die Kommunisten wollen nicht nur den kleinen Finger, sie verlangen die ganze Hand. Zwei gleichberechtigte deutsche Staaten — nicht weniger. Und würde die Bundesregierung, die einzige in Deutschland, die eine demokratische Legitimation besitzt, weil sie aus freien Wahlen hervorgegangen ist, der Salami-taktik der anderen Seite erliegen, so würde zwangsläufig Stück für Stück dessen erfüllt, was sich die Kommunisten zum Ziele gesetzt haben.

Nun heißt es, das alles diene den mensch-

lichen Erleichterungen. Schön und gut — wenn dem so wäre! Aber was hat sich denn bisher geändert? Wird die Mauer eingerissen und werden die Minenfelder abgeräumt? Können wir wieder freizügig in Deutschland reisen? Von Osten nach Westen und umgekehrt? Selbst wenn „eine kleine Lösung“ herauskommen sollte, mit Sicherheit wird man heute schon sagen dürfen, daß den Menschen aus Mitteldeutschland versagt bleiben wird, dorthin zu reisen, wohin sie wollen. Den Funktionären mag man vielleicht mehr Spielraum geben. Aber was haben die Menschen davon? Natürlich hat sich in mehr als zwanzig Jahren vieles verhärtet und alles das, was sich angesammelt hat an Geröll, ist nicht an einem Tage wegzuräumen. Entscheidend wäre doch, daß man hierzu den Willen hätte. Und gerade daran fehlt es doch. Das Regime in Ost-Berlin wird seinen Bürgern niemals jene demokratischen Freiheiten einräumen, die wir genießen — ohne ihren Wert oft noch zu erkennen. Mitteldeutschland würde immer ein Zwangsstaat bleiben. Beherrscht von dem Willen der kommunistischen Partei. Ein Teilstück des Sowjetimperiums. Ganz gleich, wie „souverän“ man in Ost-Berlin sich auch geben darf, es wird dort keine einheitliche Demokratie geben.

Zuckeraufguß?

Deshalb ist die Gefahr gegeben, daß aus den Verhandlungen, die Bonn heute mit Ost-Berlin führt, letztlich ein eigentlicher Nutzen nur für die Kommunisten in Mitteldeutschland erwächst. Über zwei Jahrzehnte hat Bonn zusammen mit den Westalliierten in Berlin auf gleicher Position gelegen. Diese Position beginnt in Gefahr zu geraten, wenn Vertreter der SPD und FDP bereits die Bindungen West-Berlins an den Bund anzweifeln und das Recht unseres Parlaments, in der alten Reichshauptstadt zu tagen, in Frage stellen. Niemand spricht die Tatsache aus: es darf nicht nur um West-Berlin gehen, die Alliierten haben Rechte in ganz Berlin. Das wird heute übersehen. Groß-Berlin ist eine Einheit und es waren die Kommunisten, die widerrechtlich den Ostteil der Stadt separiert haben und heute von dieser Position aus glauben, Bedingungen für eine Berlin-Regelung stellen zu können. Diese Berlin-Regelung aber war von der Regierung Brandt/Scheel selbst stets als eine Voraussetzung für die Einleitung der Ratifizierung der umstrittenen Ostverträge gemacht worden. War dieses Junktim nun doch nicht mehr als nur ein Zuckeraufguß, mit dem die bittere Speise der Landweggabe an die Polen und die Anerkennung der sowjetischen Forderungen schmackhaft gemacht werden sollten? Man wird sich dieses Eindrucks langsam nicht mehr erwehren können. Vor allem dann nicht, wenn das amtliche Bonn sich windet und erklärt, von einem eigentlichen Junktim sei nie die direkte Rede gewesen. Wenn es zutrifft, daß ein Artikel in der Zeitschrift „liberal“, in dem praktisch die Bundespräsenz in West-Berlin als illegal dargestellt wird, von dem stellvertretenden Regierungssprecher stammt, dann wird man davon ausgehen dürfen, daß eine solche Meinung in einer für das ganze deutsche Volk lebenswichtigen Frage schwerlich ohne Wissen der eigentlich Regierenden verbreitet werden konnte. Bereitet Bonn einen Rückzug aus Berlin vor? Wer solche Thesen vertritt, darf sich nicht wundern, wenn die Sowjetunion und die „DDR“ neue Möglichkeiten und neue Schikanen für West-Berlin erfinden und sich hohnlachend darauf berufen, daß man doch in Bonn an den bisher immer betonten rechtlichen Status der Stadt selbst nicht mehr glaubt.

So wünschenswert auch alle praktischen Regelungen zur Verbesserung der Bevölkerung West-Berlins sind, so muß doch alles vermieden werden, was diesen rechtlichen Status der Stadt aushöhlt, statt direkt oder indirekt der sowjetischen These von der Einengung der alliierten Rechte das Wort zu reden, sollte man darauf hinweisen, daß es eine Lösung zu suchen gilt, die für ganz Berlin von Nutzen wäre. Dreißig Telefonleitungen bei mehreren Hunderttausenden von Anschlüssen sind doch nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Bekennnis

Wofür eigentlich sind die Menschen gestorben, die am 17. Juni 1953 in Berlin und in Mitteldeutschland ihr Leben lassen mußten, als die Ulbrichts bereits um die nackte Existenz zitterten und das Regime nur durch sowjetische Panzer gerettet wurde? Nicht für „kleine Lösungen“ — dann vielleicht noch als ein großer politischer Erfolg aufgezaunt, nachdem man vorher bereits darauf vorbereitetete, daß sicherlich „nicht alle zufrieden gestellt sein werden“.

Am 17. Juni 1953 legten die Menschen in Mitteldeutschland ein Bekenntnis zu einem freien Gesamtdeutschland ab. Genau das ist es, was auch heute nicht aufgegeben werden darf: Der Anspruch auf ein freies Gesamtdeutschland. Darauf, daß Deutschland einmal in Frieden und Freiheit wiedervereinigt wird. Dieser Anspruch darf nicht dadurch verspielt werden, daß Bonn sich heute bereit findet, die kommunistische Diktatur in Mitteldeutschland nicht mehr als Übel, sondern als einen gleichwertigen Partner zu betrachten. Auch diese Bundesregierung kann nur als ein durch das Bundesgesetz eingesetztes Verfassungsorgan handeln. Als ein solches ist sie an das Grundgesetz gebunden und nicht befugt, Vereinbarungen zu treffen, die dem Wiedervereinigungsgebot entgegenstehen. Alle entscheidenden Fragen, und das sind auch solche, die Berlin ebenso angehen wie die künftigen Grenzen, können vorläufig ebenso wie endgültig allein von einer aus freien Wahlen in ganz Deutschland hervorgegangenen Regierung gelöst werden. Daran sollten wir uns gerade am 17. Juni erinnern.

Hans Werner Ulmer

Deutsche Union:

Freiheit - Recht - Ordnung als Leitziel

Siegfried Zoglmann MdB Bundesvorsitzender — Eindrucksvoller Gründungskongreß in Düsseldorf

Düsseldorf — Unter dem Leitwort „Freiheit — Recht — Ordnung“ versammelten sich am vergangenen Sonntag in Düsseldorf über 300 Delegierte zum Gründungskongreß der Deutschen Union und wählten den Bundestagsabgeordneten Siegfried Zoglmann zu ihrem Bundesvorsitzenden. Dietrich Bahner, Willi Homeier und Rudolf Wollner wurden zu stellv. Vorsitzenden; ferner wurde der frühere Vizepräsident des Landtages in Düsseldorf, Karl Schneider, als Schatzmeister und der Landtagsabgeordnete Dr. Heinz Lange in den Bundesvorstand gewählt, dem ebenfalls der bisherige NLA-Geschäftsführer Hans Meier angehört.

Die zügige Abwicklung der bei einem Gründungskongreß umfangreichen Tagesordnung mit Verabschiedung der Satzung, der Schiedsordnung und des Finanzstatuts sowie den Wahlen zu den verschiedenen Gremien bestätigten die Feststellung des MdB Zoglmann, daß dieser Gründungskongreß langfristig und gründlich vorbereitet und präzise zu dem vorgesehenen Zeitpunkt durchgeführt wurde; Zoglmann umriß den Standort der neuen Partei als den der patriotischen Mitte, in der nationale, konservative und liberale Elemente ihr Gewicht zur Geltung bringen können. „Wir haben ein ganz eindeutiges Ziel: spätestens im Jahre 1973 durch freie Bestimmung der deutschen Wähler diese gegenwärtige Bundesregierung abzulösen.“ Der Beobachter dieses Gründungskongresses fand zwar die Feststellung Zoglmanns, die er vor der Pressekonferenz machte, bestätigt, daß ein überwiegender Teil der Delegierten und Gäste aus der früheren FDP kommen; jedoch verdient Beachtung, daß die neue Partei nicht zuletzt auch Interesse bei politisch interessierten gefunden hat, die bisher parteipolitisch nicht gebunden waren. Besonders auffallend war die Teilnahme jüngerer Menschen, die von der politischen Aussage des Kongresses beeindruckt waren. Sie fanden sich zu einem Neubeginn in der DU nicht zuletzt auch bestätigt durch die Anwesenheit von Mitgliedern des amerikanischen Kongresses.

Neben der an anderer Stelle dieser Folge veröffentlichten Resolution zur Ost- und Deutsch-

landpolitik verabschiedete der Kongreß nach einer Darstellung durch den stellv. Vorsitzenden Dietrich Bahner seine Stellungnahme zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, wonach zwanzig Monate der Bundesregierung Brandt/Scheel genügt hätten, bei einem großen Teil der Bevölkerung das Vertrauen zur weiteren Entwicklung in der Bundesrepublik zu erschüttern. Bei Sorge, Unsicherheit und Mißtrauen stöhne der Verbraucher unter der Last der Preise wie unter der Progression der Steuern und Abgaben. Der gewerbliche Mittelstand und die Landwirtschaft stünden am Ende ihrer Entwicklungsmöglichkeiten. Die Eigentumsfeindlichkeit finde Ausdruck in der Forderung nach Sozialisierung von Grund und Boden und der Produktionsmittel. Der Politisierung werde Tür und Tor geöffnet. Ein Milliardenrausch um Bildungspolitik, flexibles Rentenalter, klassenloses Krankenhaus, Vermögensbildung in Arbeiterhand und Umweltschutz betäube unsere Sinne. Orientierungsdaten für soziale Lasten- und Lohnsteigerungen werden in den Wind geschlagen. Auf der Strecke bleiben Stabilität und Solidarität. Die Deutsche Union fordert daher in ihrer Resolution zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik den Schutz des sozial verpflichteten Eigentums, eine Förderung der Privatinitiative, die Sicherung des Arbeitsplatzes sowie eine sparsame öffentliche Finanzpolitik.

Der zum Bundesvorsitzenden der neuen Partei gewählte MdB Siegfried Zoglmann wandte sich gegen die von vornherein betriebene Abwer-

tung der Parteigründung mit der Feststellung, gerade die FDP, die es von 12 Prozent von einst auf ein Ergebnis von knapp über fünf gebracht, bereits aus den verschiedenen Landtagen verschwunden und nach einer Meinungsumfrage nur noch mit drei Prozent veranschlagt werde, sei kaum geeignet, solche Prognosen zu stellen. Trotz des unbestreitbar schwierigen Weges müsse alles versucht werden, um 1973 eine Änderung der deutschen Politik zu erzielen.

Zoglmann, der nach seinem Austritt aus der FDP im Rahmen der CSU-Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages hospitiert, bot den Christdemokraten eine Zusammenarbeit an, die es ermögliche, daß „1973 jede Stimme ihr Gewicht erhalte“.

In einer sich an den Gründungskongreß anschließenden Pressekonferenz beantwortete der Parteivorsitzende Zoglmann präzise und überzeugend die von den zahlreich erschienenen Journalisten gestellten Fragen, die sich auf die Organisation der Partei und deren politischen Standort bezogen.

Otto Söllers



„Warum wollen Sie nur nicht einsehen, daß der nicht in die Landschaft paßt!“

Zeichnung NP

DKP:

Mit der verbotenen KPD identisch

Schwerpunkte der Arbeit sind Hochschulen und Bundeswehr

Wie bereits bei anderer Gelegenheit berichtet, hat der sowjetische Botschafter in Bonn, Falin, dem Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei, Bachmann, einen „Antrittsbesuch“ gemacht, bevor er Bundeskanzler Brandt aufsuchte. Bachmann soll hierbei dem neuen Sowjetbotschafter zugesichert haben, daß sich die DKP verstärkt für eine schnelle Ratifizierung des Moskauer Vertrages einsetzen werde.

Entgegen der von der DKP aufgestellten gegenteiligen Behauptung hat das Bundesamt für Verfassungsschutz festgestellt, daß die neue Deutsche Kommunistische Partei mit der verbotenen KPD identisch ist. Da das vom Verfassungsschutz im Jahre 1956 gegen die KPD ausgesprochene Verbot sich ebenfalls auf alle Nachfolgeorganisationen bezog, müßten sich folglich die Innenminister der Länder veranlaßt sehen, gegen die DKP vorzugehen.

Die DKP befürchtet selbst auch kein solches Ungemach. Vielmehr setzt sie alles daran, weiteren Boden zu gewinnen. So erfolgte Ende Mai in Bonn die Gründung des DKP-„Marxistischen Studentenbundes (MSB) Spartakus“ auf Bundesebene. Vierzig Hochschulen und Fachhochschulen waren durch 213 Delegierte vertreten. Bemerkenswert war, daß neben den westdeutschen Vertretern des VDS und SHB, der SDAJ und der DKP auch Studentenvertreter aus der Sowjetunion, der „DDR“, aus Bulgarien, der CSSR, Frankreich, Luxemburg und selbst aus Finnland teilnahmen. Mit dieser Neugründung kann die DKP nunmehr im Jugendbereich

über die „SDAJ“ die Arbeiterjugend, Schüler und Lehrlinge ansprechen und hat sich mit „MSB Spartakus“ eine Einwirkungsmöglichkeit an den Hochschulen und unter den Studierenden geschaffen.

Es scheint, daß sich die kommunistische Propaganda nun in einem noch stärkeren Maße auf die Angehörigen der Bundeswehr erstrecken soll. Jedenfalls wird eine verstärkte Infiltration festgestellt. Die Handschriften, die Teile aus der „DDR“ stammen, werden in die Kasernen eingeschleust. Ebenfalls versuchen die in der Nähe von Magdeburg installierten Sender „Deutscher Freiheitssender 904“ und „Deutscher Soldatensender 993“ die Angehörigen der Bundeswehr durch Rundfunksendungen zu beeinflussen.

Wenngleich auch die Wahlergebnisse ausweisen, daß die Kommunisten in der Bevölkerung keinen Widerhall finden, darf dennoch die verstärkte Propaganda gerade in die Bundeswehr in ihrer Gefahr nicht unterschätzt oder bagatellisiert werden. Vielmehr wäre es Pflicht der Bundesregierung, Überlegungen anzustellen, wie derartige Infiltration verhindert werden kann.

R. T.

CDU/CSU

Wer wird Brandts Gegenspieler?

Vertrauen der Vertriebenen ist für die Union mitentscheidend

Am 22. Juni wählen die Mitglieder der Bonner CDU ihre Vertreter für den Bundestag. Die Delegiertenwahl wird ganz im Zeichen der Auseinandersetzung um die Führung stehen. Da der Bonner Kreisverband, mitgliederstärkster der Gesamtpartei, der einzige ist, der seine Delegierten noch nicht bestimmt hat, kommt seiner Entscheidung zu diesem Zeitpunkt eine ungleich höhere Bedeutung zu als allen bisherigen unverbindlichen Popularitätstests.

Nur mit den Stimmen der Vertriebenen kann die parlamentarische Opposition im Deutschen Bundestag 1973 die Mehrheit erlangen. Das hat der Ausgang der letzten Landtagswahlen zweifelsfrei bewiesen. Für die CDU/CSU ist es daher von lebenswichtiger Bedeutung, das Vertrauen dieser Wähler nicht zu verlieren. Jedes Schwanken in der Ost- und Deutschlandpolitik, jedes Zurückweichen vor sowjetischen Forderungen in der Berlin-Frage wird mit Sicherheit dazu führen, daß sich viele Hunderttausend Ostdeutsche, die erst seit 1969 in den Unionsparteien ihre politische Heimat gefunden haben, enttäuscht von diesen Parteien abwenden. Aus Verzweiflung über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland werden sie der Wahlurne fernbleiben.

Die Annahme, daß die Vertriebenen an-

ses aufkommen zu lassen, der bisher unter Rainer Barzel, einem gebürtigen Ostpreußen, von der Opposition im Bundestag gesteuert worden ist. Das bedeutet aber auch, daß durch Personalentscheidungen diese Politik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht unterlaufen werden darf.

Die Ostdeutschen beobachten sehr aufmerksam das Gerangel um die Nachfolge Kiesingers im Parteivorsitz und um die Kanzlerkandidatur. Die Union sollte wissen, daß die Vertriebenen eine vom Schielen auf das Wohlwollen linker Gazetten bestimmte Entscheidung, z. B. zugunsten eines Mannes, der jeder Konfrontation mit Brandt und Scheel im Bundestag ausgewichen ist, als Kurswechsel der CDU verstehen und 1973 entsprechend würdigen werden. Sie wissen, wer seit der Wahlnacht im Jahre 1969 die Hauptlast der Auseinandersetzung getragen hat und konsequent für die Interessen des ganzen Deutschland eingetreten ist. Die Unionsparteien sollten bedenken, daß das zum großen Teil neugewonnene Vertrauen der Vertriebenen auf dem Spiel steht.

Peter Tallin

FDP:

Allensbach meldet: unter 5 Prozent

Nur noch 30 Prozent sind für die Bonner Außenpolitik

Der Zerfall der aus SPD und FDP bestehenden Koalition im Stadtstaat Bremen wäre sicherlich nicht von der Bonner FDP-Spitze hingenommen worden, wenn sich hierdurch die Verhältnisse im Bundesrat geändert haben würden. Die Demonstration der Koalitionspartner stellt also damit keinen Durchbruch in dem Sinne dar, als würde eine Abkehr von dem größeren Koalitionspartner angestrebt.

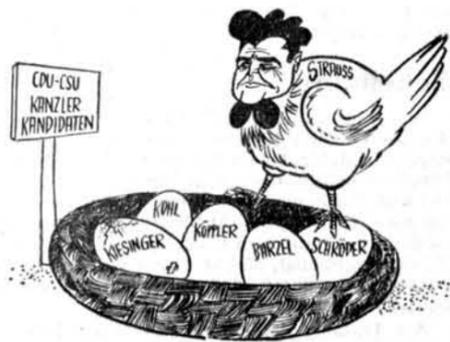
Zu dieser Feststellung kommen Bonner Beobachter, die sich einmal auf unmißverständliche Andeutungen Walter Scheels, die Koalition auch nach 1973 fortzusetzen, beziehen, andererseits darauf hinweisen, daß die SPD immer die Möglichkeit hätte, das Wahlrecht zu ändern, so daß die FDP nicht mehr im nächsten Bundestag vertreten wäre. Ob aber eine solche Änderung überhaupt nicht in Erwägung gezogen zu werden braucht, wird immer fraglicher, denn wie eine von der Bundesregierung durchgeführte Meinungsumfrage ergeben hat, sind gegenwärtig

nur noch drei Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung bereit, der FDP ihre Stimme zu geben. Nach der gleichen Umfrage des Allensbacher Instituts haben bei dieser im Regierungsauftrag durchgeführten Untersuchung nur noch 30 Prozent sich für die Außenpolitik der Koalition ausgesprochen. Im November des vergangenen Jahres dagegen waren es noch 53 Prozent gewesen.

Diese Entwicklung dürfte auch wenig geeignet sein, die Freude an der Parteienweit innerhalb der FDP zu heben. So soll nach zuverlässigen Informationen der nordrhein-westfälische Innenminister Willi Weyer beabsichtigen, im nächsten Jahre die Führung des Landesverbandes seiner Partei niederzulegen. Da Willi Weyer den Landesverband der FDP in Nordrhein-Westfalen seit 15 Jahren führt, würde sein Abgang unzweifelhaft ein Verlust für die Organisation sein. Eine Entscheidung in dem angedeuteten Sinn wäre auch nicht im Sinne des größeren Koalitionspartners. Nur so ist zu verstehen, daß Ministerpräsident Kühn (SPD) es begrüßen würde, wenn Weyer für die Dauer der Koalition das Amt des Landesvorsitzenden behalten würde.

Auch in anderen Bundesländern haben die Freien Demokraten viel Ärger einzustecken. So wurde kürzlich in einer Bürgerversammlung in der südhessischen Kreisstadt Dieburg der von der FDP gestellte Wirtschaftsminister Herbert Karry ausgelacht und beleidigt. Dabei handelte es sich um die umstrittene Gebietsreform, für die Karry nicht einmal zuständig ist. Da diese Veranstaltung vom Dritten Fernsehprogramm übertragen wurde, könnte das die FDP zwingen, vor der Öffentlichkeit klarzustellen, daß sie hier für Dinge einstehen muß, die an sich die SPD in Hessen zu verantworten hat. Vielleicht um das „anziehende Tief“ abzufangen, hat der Staatssekretär im Bonner Außenministerium, Karl Moersch, seine Kandidatur für den Posten des Ministerpräsidenten angemeldet, ein „Schachzug“, der eher Wunschträumen als den Realitäten in Baden-Württemberg zu entsprechen vermag.

A. Eich



Welches Ei wird er ausbrüten?

gesichts der Vorleistungspolitik der Linkskoalition ohnehin CDU und CSU wählen werden, ist irrig. Sie ist wegfremd, weil sie die Tatsache ignoriert, daß die Geduld und das Vertrauen der Ostdeutschen einer erneuten Belastungsprobe nicht mehr ausgesetzt werden kann. Die äußerste Grenze der Belastbarkeit ist erreicht. Dahinter gibt es nur noch den Rückzug in die Resignation, weil politischer Radikalismus dem Selbstverständnis der Vertriebenen nicht entspricht.

Für eine CDU/CSU, die den Kampf um die Macht im Staate nicht schon von vornherein zugunsten des Sozialismus verloren geben will, kommt es deshalb entscheidend darauf an, keinen Zweifel an der zielklaren Fortsetzung des deutschlandpolitischen Kur-



„Na bitte“

Zeichnung Schöpfer in „Kölnische Rundschau“

Als Auszeichnung betrachte ich es, gemeinsam mit Ihnen der Gründung einer Ostpreußengruppe in Hannover zu gedenken. Vor einem Vierteljahrhundert bewiesen ostpreußische Frauen und Männer, welche Kraft die Treue zum eigenen Lande, die Verbundenheit seiner Menschen und ein gemeinsam zu tragendes Schicksal bedeuten. Denn es gehörten damals Opfermut, Selbstbewußtsein und Lebenswille zusammen, um als bewußter Ostpreuße und gemeinsam mit den niedersächsischen Bürgern ein neues Leben zu beginnen, ein zerstörtes Land aufzubauen, trotzdem aber die eigene Herkunft zu achten und das ganze Deutschland nie aus dem Blick zu verlieren.

Nun wird gewiß niemand von uns geneigt sein, diese Stunde der Besinnung als ein Jubiläum zu begehen; als eine festlich frohe Begegnung, die sonst jeder Vereinigung zusteht, nachdem sie 25 Jahre hindurch dem Vereinszweck gedient hat.

Für uns geht es nicht um einen Vereinszweck, um privates Interesse oder um die Pflege wehmütiger Erinnerung. Wir Ostpreußen verstehen uns als Bürger eines Staates, mitverantwortlich für die Zukunft Deutschlands, zu dem auch unsere Heimat gehört. So ist uns die Landsmannschaft kein Selbstzweck, sondern ein Kraftquell, der uns befähigt, gemeinsam ein Staatsdenken als bestes preußisches Erbe zu bewahren. Eine Staatstreue und Vaterlandsliebe, die beide eine zeitgenössische Publizistik verächtlich zu machen sucht. Daher nur wurden die Landsmannschaften zum bevorzugten Gegenstand bloßer Polemik. Einer Polemik, die das Band zur eigenen Geschichte durchschneidet. Ein Wettlauf der Geschichtslosigkeit hat eingesetzt, der sich selbst der Grundlage beraubte, von der Vergangenheit her die Zukunft zu gestalten. Statt dessen soll das Schicksal der kommenden Generationen allein von einer flüchtigen Gegenwart her bestimmt werden.

Gemiedene Vergangenheit

Es sollte uns daher nicht verwundern, daß eine veröffentlichte Meinung fast jeden Blick auf Deutschlands Vergangenheit meidet und jedenfalls auf Ostpreußens ehrwürdige Geschichte. Wo beispielsweise wurde auch nur verzeichnet, daß fast gleichzeitig mit unserem Treffen hier, in Königsberg ein makabres Schauspiel abrollte! Dort wurde der 25. Jahrestag wahrhaft gefeiert, an dem das nördliche Ostpreußen rechtswidrig zum Bezirk Kaliningrad erklärt wurde. Das alte Königsberg erhielt den Orden vom Roten Stern, um sowjetischen Imperialismus sichtbar zu demonstrieren und Preußens Königsstadt zu einer russischen Metropole zu stempeln.

In unserem Lande aber fand sich kein öffentlicher Fürsprecher, der nach dem sowjetischen Recht zur Annexion des nördlichen Ostpreußens fragte. Keine Stimme erhob sich, um an das namenlose Leid zu erinnern, das Mitbürger er-



Neuer Stil: Bevor Sowjetbotschafter Valentin Falin in Bonn den Bundeskanzler aufsuchte, hatte er bereits den Vorsitzenden der bundesdeutschen Kommunisten mit einem „Antrittsbesuch“ beehrt. DKP-Chef Bachmann versprach Falin, sich für die Ratifizierung der Moskauer Verträge einzusetzen.

Foto Bundesbildstelle

der freiheitliche Rechtsstaat vom Bürger nicht mehr geachtet wird und persönlicher Wohlstand zum einzigen Ziel wurde.

Die Folgen sind die vielbeklagte Staatsfremdheit und die Unfähigkeit zahlreicher Bürger, sich noch als Teil eines Ganzen zu verstehen. Eines Ganzen, das nicht nur Rechte gewährt, sondern Pflichterfüllung fordern darf.

Das Wissen um diesen Zusammenhang von Pflichten und Rechten scheint mir beste preußische Überlieferung, die heute ebenso gültig und unentbehrlich ist wie einst.

Hier will eine verantwortungslose Polemik, will ein bindungsloser Geist verderblichen Nationalismus erkennen. Staatstreue wird zum Verzicht auf die freiheitliche Ordnung und in Angriffslust verfälscht. Auch die Kritiker müssen aber sehen, daß in einer Welt von Staaten,

gen bedeuten würde. Das war ein klarer, selbstbewußter und verpflichtender Standpunkt.

So schien die Achtung vor dem Recht von Staat und Menschen fest gegründet und unbestreitbar zu sein. Um so alarmierender wirkten die ersten Vorbehalte. Es hieß: die Weltgeschichte sei kein Amtsgericht und Politik dürfe nicht mit Juristerei verwechselt werden. Bald sprach man abfällig vom „Formelkram“, wenn Rechtsbedenken laut wurden.

Auf solche Weise wurde alle Rechtswahrung überraschend schnell in Mißkredit gebracht. Übrig blieb eine Außen- und Ostpolitik, die sich auf „Realitäten“ beruft. Ein schillerndes Schlagwort wurde damit an die Stelle einer festen sittlichen Richtschnur außenpolitischen Handelns gesetzt. Das Wort von den „Realitäten“ erhebt nämlich nicht nur den Vorwurf, daß

den politischen Gang nach Moskau und Warschau antrat.

Die Bundesrepublik war ausgezogen, um menschliche Erleichterungen zu erstreben und einen Gewaltverzicht des russischen Bären zu erreichen. Nur wenige Monate vergingen, und Grenzverträge waren in Moskau und Warschau unterzeichnet. „Für heute und künftig“ oder „jetzt und in der Zukunft“ sollten die bestehenden Grenzen unverletzlich sein, die den Deutschen bislang als Demarkationslinien galten.

Um so mehr wird jetzt in unserem Lande zur Geduld gemahnt, und immer neue Termine werden genannt, um Hoffnung zu machen, daß wenigstens die Berlin-Frage „befriedigend“ zu lösen sei. Um jene Geduld und Beharrlichkeit wird gebeten, die vergeblich von uns vor Abschluß der Ostverträge gefordert wurden.

Uns aber wird gesagt, durch den Warschauer Vertrag würden niemandem Rechte verloren gehen. Wenn aber eine polnische Staatsgrenze an Oder und Neißa gebilligt werden soll, so würde es zur Sinnlosigkeit, in Bonn noch von deutschem Eigentum in Ostpreußen zu reden. Davon wird durch die amtliche Bestätigung nichts gebessert, „daß bei den Verhandlungen mit Polen Eigentumsfragen nicht angeschnitten und damit in dem Verträge vom 7. Dezember 1970 auch nicht geregelt worden“ seien. Im Klartext besagt dies vielmehr, daß die Bundesrepublik unser ostpreußisches Eigentum für unbeeinträchtigt erklärt, weil diese Rechte mit Schweißen übergangen wurden. Polen und die Sowjetunion quittieren dies Schweißen aber als Billigung geraubten Besitzes.

Weit schwerer wiegt, daß die Gleichberechtigung der ostdeutschen Staatsbürger kaum noch Achtung genießt. In Moskau jedenfalls wurde über die Mitbürger im nördlichen Ostpreußen nicht einmal gesprochen. Der Vertrag von Warschau aber soll der Vorbote einer „humanitären Regelung“ sein. Denn die Volksrepublik Polen habe durch ihre „Information“ versichert: Polen würde nach seinen Gesetzen und Rechtsvorschriften entscheiden, aber auch nach seinem Ermessen über die „unbestreitbar deutsche Volkszugehörigkeit“ befinden.

Diese polnische Entscheidung über das Schicksal deutscher Staatsbürger hat mit polnischem Rassismus einiges, mit einer Selbstbestimmung gewiß nichts zu tun, die für alle Deutschen unverzichtbar sein soll. Das könnte noch hingehen, wenn die Einsicht bestände und öffentlich gefördert würde, daß im Westen Mitbürger aus Ermland oder Schlesien eintreffen.

Verlust des Staatsbewußtseins

Statt dessen wurde es zur Gewohnheit, von den „Übersiedlern aus Polen“ zu sprechen, und kaum jemand registriert noch im westlichen Deutschland, daß es sich um seine gleichberechtigten Mitbürger handelt, aber um keinen Zug aus Polen. Mit publizistischem Aufwand wird zu einer Tat der Menschlichkeit und zum politischen Erfolg erhoben, was in Wahrheit nur die unzulängliche Erfüllung einer Rechtspflicht ist, die jedem Staat obliegt.

So wird hier offensichtlich, wohin der Verlust echten Staatsbewußtseins führt und welche schwerwiegenden Folgen den einen Bürger heute treffen, dem anderen morgen aber nicht erspart bleiben können. Diesem Zustand der Auflösung, diesem Verlust eines Zusammengehörigkeitsgefühls begegnen wir mit der preußischen Erfahrung, die den Staat, das Vaterland, als Gefahrengemeinschaft begreift.

Die schlimmsten Feinde einer freiheitlichen Zukunft sind die Gleichgültigkeit gegenüber dem öffentlichen Geschehen und die utopische Hoffnung, irdischen Gefahren durch Resignation zu entgehen. Beides ist den Ostpreußen nicht eigen. Wir sollten aber auch gewiß sein, daß viele Deutsche mit uns von gleichem Lebenswillen beseelt sind. Mag der Augenblick düster sein, die Zukunft ist erst verloren, wenn Kleinmut gesiegt hätte.

Täglich neu gestellte Aufgabe:

Politik sollte dem Frieden dienen

Freiherr von Braun sprach zum 25jährigen Bestehen der Ostpreußengruppe Hannover

dulden mußten, damit heute Gewalttat in Königsberg wie ein Jubiläum begangen werden konnte. So wurde in Ostpreußens Hauptstadt gefeiert, ohne daß den russischen Veranstalter auch nur der Spiegel ihres Tuns vorgehalten oder eine freiheitliche Welt gar zur Wahrung ihrer sittlichen Werte gemahnt wurde.

Ostpreußen liegt modernem Denken anscheinend zu weit, und seine 800jährige Geschichte soll durch eben jene 25 Jahre ausgelöscht sein, deren Ablauf uns in dieser Stunde zusammenführt. Diese Feststellung ist kein Zynismus, sondern bittere Tatsache, über die wir uns keiner Täuschung hingeben sollten. Wie nämlich könnte der gängige Spruch anders verstanden werden, daß 25 Jahre seit Deutschlands Zusammenbruch genug seien und daß dieser Zeitablauf allein schon gebiete, sich mit einer Anerkennung sogenannter „Realitäten“ zu begnügen!

Durch Jahre hin bemühte sich eine geschäftige Publizistik, solchem Denken Geltung zu verschaffen, bis tatsächlich vergessen war, daß jene vielberufenen „Realitäten“, nämlich die Massenvertreibungen und die Teilung des Landes, den unmittelbar Betroffenen wahrlich von je her am schmerzlichsten bewußt waren. Trotzdem wurde den ostdeutschen Mitbürgern unterstellt, daß sie von der Vergangenheit träumten und bloße Illusionen pflegten.

Es kommt nicht darauf an, ob dies publizistische geschaffene Bild zu einer argen Selbsttäuschung führte. Zu einem Trugbild, das die Landtagswahlen der letzten Monate und ihr Ausgang zerstörte. Entscheidend ist vielmehr, daß die publizistische Methode wohl eine angebliche Traumverlorenheit der ostdeutschen Mitbürger betonte, in Wahrheit aber ihr Staatsdenken meinte. Die in den preußischen Landsmannschaften organisierte Staatstreue sollte getroffen werden. Mit ihrer Ausschaltung wäre ein wesentliches Zentrum staatlichen Lebenswillens beseitigt, und eine östliche Agitation kämpft deswegen so erbittert gegen die Landsmannschaften.

Um das Verhältnis zum eigenen Staat geht aber vornehmlich das geistige Ringen in unserem Lande. Diese Auseinandersetzung hat wahrlich nichts mit den Schlagworten von Links und Rechts, mit den Gefahren eines Radikalismus zu tun. Die geistigen Spannungen und Gegensätze treten vielmehr dort in Erscheinung, wo

die uns umgibt, menschliche Freiheit, menschliche Rechte und Selbstbestimmung ohne eigenen Staat, ohne seinen Bestand unmöglich sind.

Ein Weiteres kommt hinzu! Keine Regierung kann für die ihr anvertrauten Menschen Außenpolitik treiben, wenn den Bürgern die Zukunft ihres Staates gleichgültig wurde. Wo das Bewußtsein geschwunden ist, daß die außenpolitische Wahrnehmung rechtmäßiger Interessen eben nur für diese Bürger geschieht, muß eine Staatsführung hilflos werden. Das souveräne Volk einer Demokratie aber müßte offenen Auges bereit sein, sich dem Willen fremder Mächte unterzuordnen. Was dann aus der persönlichen Freiheit des einzelnen wird, dürften alle jene zu spät erkennen, die auf Milde und Großmut benachbarter Staaten hoffen oder Diktaturen sogar für Spielgefährten halten.

Diese Feststellung klingt bitter hart in einer Gegenwart, die von Friedenspolitik spricht. Und wer eigentlich wollte in unserem geplagten Lande keinen Frieden! Wer auch sollte nicht wissen, daß verantwortungsbewußte Außenpolitik von jeher dem Frieden zu dienen hatte, daß sie allerdings niemals gegen unvorhersehbare Konflikte gefeiert war. Frieden in der politischen Welt ist kein religiöses Idol und keine bloße Sehnsucht. Sie ist allen Menschen eigen. Friede ist vielmehr eine täglich neugestellte Aufgabe, die staatliche Außenpolitik in einer spannungsreichen Welt zu erfüllen hat.

Diese tägliche Aufgabe, der sich keine Staatsführung entziehen darf, wurde von einer „neuen Ostpolitik“ in einer wahrhaft neuartigen Weise angegangen. Bisher nämlich waren sich alle politischen Kräfte unseres Landes, alle Regierungen und alle Parteien einig, daß um jeden Quadratmeter deutschen Bodens zu ringen sei. Was war daher selbstverständlicher, als daß auch die ostdeutschen Mitbürger ihren Platz in unserer demokratischen Ordnung wählten. Immer wieder wurde ihnen unmißverständlich versichert, daß der Staat die sittliche Pflicht habe, Gewalttat von seinen Menschen abzuwenden. Unrecht könne nie Recht werden.

Jedenfalls wurde der einige politische Wille lautstark bekundet, die Rechte Deutschlands und die Rechte aller seiner Bürger mit außenpolitischen Mitteln wiederherzustellen. Nirgends bestanden Zweifel, daß zu diesem Deutschland auch Ostpreußen oder Schlesien gehören. Niemand leugnete, daß die Preisgabe dieser Gebiete zugleich eine Hinneigung der Massenvertreibun-

gen bedeuten würde. Das war ein klarer, selbstbewußter und verpflichtender Standpunkt. So schien die Achtung vor dem Recht von Staat und Menschen fest gegründet und unbestreitbar zu sein. Um so alarmierender wirkten die ersten Vorbehalte. Es hieß: die Weltgeschichte sei kein Amtsgericht und Politik dürfe nicht mit Juristerei verwechselt werden. Bald sprach man abfällig vom „Formelkram“, wenn Rechtsbedenken laut wurden. Auf solche Weise wurde alle Rechtswahrung überraschend schnell in Mißkredit gebracht. Übrig blieb eine Außen- und Ostpolitik, die sich auf „Realitäten“ beruft. Ein schillerndes Schlagwort wurde damit an die Stelle einer festen sittlichen Richtschnur außenpolitischen Handelns gesetzt. Das Wort von den „Realitäten“ erhebt nämlich nicht nur den Vorwurf, daß

alle dies ist gar zu offensichtlich; um so lauter ertönt daher der Ruf nach „Entspannung“. Ein Ruf, der Entlastung verheißt und alle Opfer aufwiegen soll. Eine entspannte Zukunft, so wird gesagt, würde alle Opfer rechtfertigen.

Gewiß, ein Dasein unter Druck internationaler Spannungen ist eine schwere Last. Die Frage ist nur, ob es je eine spannungsfreie Welt gegeben hat und geben kann. Vor allem aber könnte sich mancher von uns durch den Wegweiser „Entspannung“, der auf dem Marsch nach Osten alles erlauben soll, an Till Eulenspiegel erinnern fühlen. An jenen Narren, der frohlockte, sobald er ächzend bergan stieg, weil der Weg ins Tal folgen müsse. Ähnlich sollen wir die Augen verschließen und vergessen, daß die Spannungen in Mitteleuropa auf der Teilung Deutschlands, auf rechtswidrigen Annexionen und auf Massenvertreibungen beruhen. Dies alles brauche nur gebilligt zu werden. Internationale Entspannung sei dann gewiß.

Jedenfalls ist die Feststellung nicht übertrieben, daß eine „neue Ostpolitik“ mit unzulänglichem geistigem Rüstzeug begonnen wurde. Man ging mit einer Eilfertigkeit vor, als ob das Ende der Weltgeschichte für morgen bevorstünde.

Zunächst beschränkte die Staatsführung ihre Verantwortung auf das Bundesgebiet. Man beugte sich im Vorhinein dem östlichen Verlangen, nicht mehr für ganz Deutschland zu sprechen. Ein zweiter Staat zwischen Werra und Oder wurde zum Verhandlungspartner gemacht, und der Bürger fragt, wie denn noch für jene Deutschen gehandelt wird, denen versagt war, an der Gestaltung des Grundgesetzes mitzuwirken.

Vor allem aber müssen Ostpreußen, Pommern und Schlesien fragen, wer denn noch ihre Länder vertritt, die ebenso ein Bestandteil Deutschlands sind wie Hessen, Hamburg oder Bayern. Das ist keine müßige Frage, da Bonn alsbald



Tiere waren den Landkindern die liebsten Spielgefährten, wie diesem kleinen Mädchen aus Upalten bei Lötzen. Foto Rimmek

Hannelore Patzelt-Hennig

Kullerreifen und Blumenkränze

Erinnerungen an Kinderspiele in der Heimat

„Stellt endlich die Kiste ab!“ so dröhnt es oft bei uns durch's Haus, weil die Kinder zu lange vor dem Fernseher hocken. Doch wenn man sie weggeschickt hat, dann kommt unweigerlich die Frage: „Was sollen wir machen?“ Meine Mutter riet uns früher: „Auf dem Kopf stehen und lachen und mit den Beinen ‚hurra‘ schreien.“ Doch das nützte uns ebenso wenig wie heute der Hinweis: „Geht spielen!“ Denn spielen wollen die Kinder ja — sie wissen nur nicht immer was.

Auch wir stellten früher die gleiche Frage — doch eingefallen ist uns immer etwas. Gern erinnere ich mich an die kleinen Holzkreisel, die man mit einem Peitschen in Bewegung setzen und halten mußte. Das machte ebensoviel Spaß wie die Bubi- oder Kullerreifen. Sie waren aus Holz und verschiedenfarbig angefasst. Beide Spielzeuge sind mir nach dem Krieg nicht mehr aufgefallen.

Dagegen gibt es die von uns so sehr geschätzten Marmeln oder Murmeln immer noch. Jeder Frühling bringt sie von neuem an den Tag. Aber der Reiz an dem Spiel ist geringer geworden. Die Freude, sich recht viele zu erkämpfen, ist nicht mehr so groß, denn die Kinder haben heute alle Taschengeld und können sich bei Bedarf den Beutel selbst, bis zum Platzen füllen.

Ähnlich ist es mit dem Sammeln von Oblaten, die wir Obbilder nannten. Wir bekamen nur dann und wann welche oder erfeilschten uns

dieses oder jenes. Doch selbst gekauft haben wir sie uns kaum — denn wer von uns hatte schon ‚Geld inne Fupp‘?

Aber auch ohne Taschengeld und sogar ohne Spielsachen verstanden wir, was die Zeit zu vertreiben. Am schönsten war es bei Besuchen auf dem Lande. Selbstgebundene Butterblumen- und Kornblumenkränze waren jedes Jahr von neuem traumhaftes Zierwerk für kleine Puppenmütter. Peitschen aus Weidenkluben oder gar Spazier- und Tambourstöcke aus dickeren Weidenstöcken, in deren Rinde sich mit Leichtigkeit die verschiedensten Muster einschneiden ließen, machten manchen kleinen Lorbaß zum Grafen.

Auch ließen sich breite Gräser — immer wieder in kleinen Quadraten übereinandergefaltet — zu zieharmonikaähnlichen Gebilden gestalten, von denen wir uns eine Menge herstellten, um sie im Spiel zum Verkauf feilzubieten. Ähnlich ‚handelten‘ wir mit Fliederblättern. Aus ihnen schufen wir uns ein ganzes Warenlager von ‚Handtäschchen‘, indem wir den Stengel dieser Blätter von der Rückseite her mitten durch das Blatt zogen.

Mit einem Kreis im Sand und einem senkrecht aufgestellten Stock in der Mitte bauten wir uns eine Sonnenuhr, die sehr genau verriet, wann Mittag war. Eigene kleine Beete im Garten mit Gemüse oder Blumen weckten ungeheure Besitzerfreuden. Auch mit dem Sammeln von Kamille und Schafgarbeblüten beschäftigten wir uns gern — nicht zuletzt, weil es für die Beschaffung dieser Teearten der Hausmedizin meistens noch eine kleine Belohnung aus dem Glasschaff gab. Obendrein entfalteten wir beim Sammeln ein Wettstreifen, der ganz unterhaltend war. Pilze und Beeren suchten wir im benachbarten Wald, wenn es uns gerade einfiel. Und wenn der Kuckuck rief, zählten wir die Jahre, die wir nach dieser ‚Theorie‘ noch zu leben hatten.

Im Herbst sammelten wir Kastanien und Eicheln, stellten ganze Regimenter von Soldaten auf, legten Weidegärten an und bauten Straßen. Als Krönung fertigten wir mit kopflosen Streichhölzern aus den Kastanien und Eicheln Tiere an.

An langen Winterabenden lernten wir, wie man mit einem starken Zwirnstrafen und einem Mantelknopf erhebliches Summgeräusch hervorrufen kann. Außerdem bliesen wir mit einem Stück Pergamentpapier auf einem Kamm die abenteuerlichsten Märsche.

Und dann gab es, solange man klein war, noch ein ganz eigentümliches Vergnügen: Mit einem ausgerangierten Blechteller — meistens waren es nicht mehr brauchbare Spiegelteller — ließ es sich wie im Karussell auf dem Fußboden herumsausen.

Unsere Spiele waren kostenlos — sie erforderten nur unseren Eifer und manchmal auch unser Fingerspitzengefühl. Vielleicht ist dieses und jenes auch für die Kleinen von heute unterhaltsam; auf jeden Fall ist ein solcher Zeitvertreib phantasiereicher und anregender als manches phantasiereiche moderne Spielzeug.



Mit einem Blumenkranz im Haar fühlte sich jedes kleine Mädchen beinahe wie eine Prinzessin. Foto Rimmek

Lydia Kath

Die wilden Blumen des Sommers

Es ist Sommer geworden. Und zum sommerlichen Blumenbild gehören nun vor allem — wie einst daheim in den östlichen Feldern — der brennend-rote Mohn, die blaue Kornblume, die violette Kornrade, die alte Orakelblume Margerite mit ihren goldenen und weißen Sternköpfchen und die durchsichtigen Ritterspore mit ihren vielen Blautönen.

Blau und rot scheinen vor allem im Feld und auf der Wiese die vorherrschenden Farben des Blumensommers zu sein. Wer aber nicht nur eilig und mit flüchtigem Blick durch Felder und Wiesen geht, wird auch in den anspruchslosen Sommerpflanzen und -blüten eine eigene Schönheit entdecken. Denn zum sommerlichen Blumenbild gehören auch die zarte, weiße Ackerwinde, die süßduftende Kamille, die unscheinbare und doch so zierliche und vollkommene Blüte des Hirtentäschels, ja, der ganze Reigen der wilden Blumen und Kräuter, mit dem unsere Erde so großmütig bedacht wird.

Wer erinnerte sich beim Namen ‚Kamille‘ nicht daran, daß er als Kind einst durch die Felder ging, um die ‚echte Kamille‘ zu suchen und zu pflücken, diese Allerweltheilpflanze, die nach den Worten des Dichters „unverzagt darauf wartet“, daß man sie finden und sich von ihr helfen lassen solle. Wohltuend empfängt einen schon von fern ihr süßer, fast apfelähnlicher Duft. Er rührt von dem in den Blütenköpfen enthaltenen ätherischen Öl her, das krampf- und schmerzstillende Eigenschaften besitzt. Und ist nicht auch die Kamillenblüte schön, der kleine weiße Stern mit dem zurückgeschlagenen Randblättern und dem kegelförmigen Blütenboden?

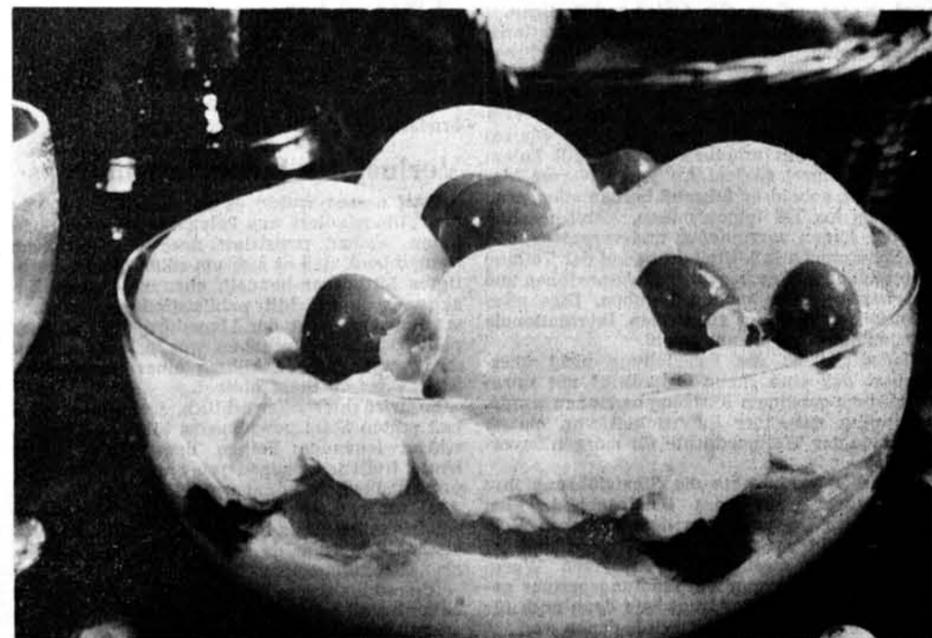
Alfred Lichtwark meint einmal, gerade „die wilden Blumen des Sommers“ sollte man viel genauer ansehen. An ihnen könnte die Freude

an der Farbe und der vielfältigen Form zu tieferem Bewußtsein erwachen. „Denn sie geben sich nicht so leicht wie die Modeblumen, sie wollen umworben und studiert sein.“

Schon die frühen Dichter der Tang-Dynastie im alten China haben das Gras und die winzigen Feldblumen besungen. Dürer hat sie gemalt, und man entdeckt verwundert, daß neben den Dichtern und Malern der Gotik und Romantik seltsamerweise gerade auch die Dichter unserer rastlosen Zeit oftmals Muße finden, die stille und anscheinend so wenig beachtete Schönheit der wilden Blumen und Kräuter zu preisen und zu besingen. Martha Saalfeld schreibt in ihren Emsländischen Gedichten: „Es blüht der Sand. Die zierliche Rosette des Hirtentäschels schmückt den Silbergrund...“ Auch Elisabeth Langgässer spürt beglückt die „Thymianfluten“ um sich her, sie besingt das Honiggras und das Cymbelkraut, das leuchtende Gold des Tomatensterns und die rote Bohnenblüte, die ihr wie ein feuriger Drache erscheint. Wie Wilhelm Lehmann genießt sie immer wieder den starken Duft der sommerlichen Kräuter, der wie in Wolken über der Welt schwebt: „Der Sommertag hat Duft gebräut — Wermut, Basilikum und Bohnenkraut.“

Schon um 900 hatten manche Klöster ihr ‚Sakristangärtlein‘. Und von den Mönchen lernten die Schloßfrauen, in einer Ecke des Burghofs ein Kräutergärtlein anzulegen und die Pflanzung zu züchten und zu pflegen, aus denen sich Salben und Heiltränke bereiten ließen. Sicherlich war neben Wermut, Beifuß, Baldrian und Labkraut auch die Kamille unter diesen ersten Heilpflanzen. Heute wie damals hat jede noch so klein und bescheiden, ihren Sinn, ihren Zweck — und ihre eigene Schönheit.

Birnenspeise „Philadelphia“



Für diese leckere Speise verrühren Sie zunächst einmal drei Präckchen Frischkäse mit einem Päckchen Vanillezucker. Dann schlagen Sie 1/4 Liter Sahne mit 100 Gramm Zucker steif und ziehen sie unter den schaumig gerührten Käse. Die Hälfte von dieser Masse füllen Sie in eine Schüssel und geben darauf eine halbe Dose Birnen und einige Kaiserkirschen aus der Dose. Dann streichen Sie die restliche Schaummasse darüber. Zum Schluß garnieren Sie mit den übrigen Birnen und Kirschen sowie gerösteten Mandelscheiben. Foto Contactpress

Und abends eine Bowle ...

An warmen Sommertagen taucht plötzlich der Gedanke auf: Jetzt sollte man eine Bowle ansetzen. Es können Früchte aus der Dose wie die eigenen frischen Erdbeeren sein, man kann Zitronen nehmen oder sogar Champignons oder Gurken — eine Bowle wird immer gelingen, wenn man weiß, wie man sie ansetzt.

Die Zutaten müssen einwandfrei sein, keine Früchte mit Druckstellen, keine matschigen Beeren, auch kein halbreifes Obst. Die Früchte müssen ganz reif sein, damit sie in der Bowle ihr volles Aroma entfalten können. Darum sollte man bei sehr reifen und süßen Früchten möglichst keinen Zucker zusetzen, dieser überdeckt leicht den Fruchtgeschmack. Bei sauren Früchten muß allerdings etwas Zucker zugefügt werden.

Zarte und blumige Weine eignen sich gut für eine Bowle. Man sollte nicht nach möglichst billigen Weinen suchen oder irgendeinen ‚Bowlenwein‘ kaufen. Nehmen Sie am besten erst eine Probeflasche und versuchen Sie den Wein ohne Frucht- und Sektbeimischung.

Setzt man die Früchte mit Weinbrand an, kann es bei reichlichem Genuß am nächsten Morgen einen schweren Kopf geben. Vorsicht überhaupt vor zu reichlichem Alkohol! Manche Bowle hat es ‚in sich‘, ohne daß man es nach den ersten Gläsern bemerkt. Autofahrern darf man auf keinen Fall versichern, da wäre ja nichts drin, der Schwips kommt oft unmerklich. Deshalb sollte man für Gäste, die keinen oder wenig Alkohol vertragen, eine alkoholfreie oder leichte Bowle ansetzen. Für jugendliche Gäste ist auf jeden Fall Selters statt Sekt zu nehmen.

Die Jugend wird auch begeistert sein, wenn man ihr ein Glas Eisbowle serviert: in ein Sektglas wird Vanilleeis gegeben, dann füllt man mit Bowle auf. So kann man auch am anderen Tag die Reste einer Bowle verwerten.

Der Bowle selbst sollten nicht zu viele Eisstücke zum Kühlen zugefügt werden, sie verwässern das Getränk. Besser ist es, mit kaltem Wein oder Sekt aufzufüllen.

Trübe Bowle sieht nicht gut aus. Die Früchte dürfen deshalb nicht püriert werden, eine mit Obstbrei angesetzte Bowle wird nie klar. Die

Vorbeugen ist besser als heilen

Der Grundsatz „Vorbeugen ist besser als heilen“ wurde von den Kassen der gesetzlichen Krankenversicherung bisher schon beherzigt, ohne daß sie durch das Gesetz dazu verpflichtet gewesen wären. Vom 1. Juli an aber haben die Versicherten für sich und ihre Familienangehörigen einen Rechtsanspruch auf kostenlose Vorsorgeuntersuchungen.

Kinder bis zum vierten Lebensjahr sollen vorsorglich daraufhin untersucht werden, ob Krankheiten vorliegen, die eine normale körperliche oder geistige Entwicklung in besonderer Maße gefährden. Dazu gehören vor allem Fehlbildungen des Herzens und der Hüftgelenke, Leistungsschwächen der Sinnesorgane, Schädigungen der Nervensysteme und die Rachitis.

Frauen haben vom Beginn des 30. Lebensjahres an jährlich einmal Anspruch auf Bezahlung einer Krebs-Vorsorgeuntersuchung. Für die Festsetzung der Altersgrenze war die medizinische Erkenntnis ausschlaggebend, daß bei Frauen vom 30. Lebensjahr an eine besondere Gefahr der Erkrankung an Krebs besteht, deren Folgen durch frühzeitige Erkennung abgewendet werden sollen.

Für Männer sieht das Gesetz erst vom 45. Lebensjahre an Krebs-Vorsorgeuntersuchungen vor — ebenfalls einmal pro Jahr. **np**

Früchte muß man nach dem Zerschneiden sofort in das Bowlengefaß geben, damit kein Saft verlorengeht.

Allgemein gilt dieses Rezept: 500 Gramm Erdbeeren (oder andere Früchte), eine Flasche Mosel, eine Flasche Rheinwein, eine Flasche Sekt. Die Früchte werden mit einer Flasche Wein bedeckt in das Bowlengefaß gegeben. Man stellt sie etwa zwei Stunden lang sehr kühl. Dann fügt man den restlichen Wein hinzu und schenkt kurz vor dem Servieren den eiskalten Sekt ein.

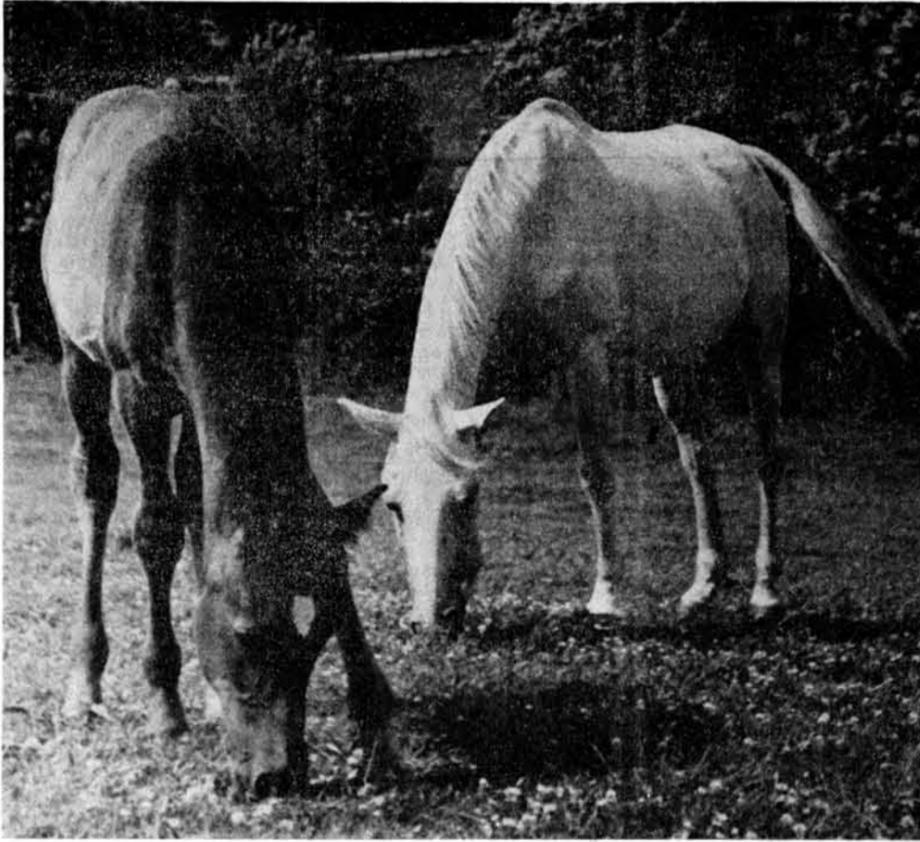
Sollte man doch allzu tief in das Bowlenglas geschaut haben, dann kann man am nächsten Morgen Nachdurst und Kater mit einem ‚Gegengift‘ bekämpfen: Man vermischt eine Flasche klaren Sprudel mit dem Saft von zwei Zitronen und serviert das Getränk mit viel Eis. **ld**

„Unsichtbares Beinmieder“

Der Strumpf soll künftig das Bein nicht nur wärmen und verschönen, sondern auch stützen. Dieses „unsichtbare Beinmieder“ gibt es in vier Größen als Strümpfe und in fünf Größen als Strümpfhose. Es wird in zwei modischen Farben produziert. Spezialfasern stützen und strafen das Beingewebe, was sich vor allem für Frauen vorteilhaft auswirkt, die viel stehen oder sitzen müssen, also beispielsweise für Hausfrauen, Verkäuferinnen, Stewardessen oder Sekretärinnen. In den USA haben die neuen Strümpfe bereits einen Marktanteil von mehr als fünf Prozent erzielt. Sie sind teurer als normale Strümpfe, sollen dafür aber auch haltbarer sein. **np**

Nur wenige nie berufstätig

Frauen, die nie im Leben einen Beruf ergriffen haben, werden immer seltener. In der Bundesrepublik sind von hundert Frauen im Alter von 40 und mehr Jahren nur zehn niemals berufstätig gewesen. 53 haben früher einmal gearbeitet, und 37 sind noch erwerbstätig. In den jüngeren Jahrgängen verschiebt sich das Bild noch erheblich zugunsten des Berufes. **ld**



Rudolf G. Binding
Trakehner

In der Öffnung dieser Augen lebt das Bedürfnis nach Reflexen einer anderen Weite als wir Menschen sie verstehen, wenn wir über Ebenen gehen. In ihren Nüstern atmet ein unaufhörlicher Wind der Weite, wenn sie den Wind ihrer Koppeln, wie erstarrt stehend, in sich einziehen. Ein Pferd kehrt sehr weit zurück — zu einem sehr engen Raum und in ein sehr enges Reich — wenn es mit warmer Nase, sehr vorsichtig und zart, um euch nicht zu erschrecken, mit zutraulich gesenktem Kopf in eure offene Hand bläst und seinen Augenrand an eurer Brust zu reiben sich herabläßt.

Weit ist das Reich, das den Pferden geheiligt ist. Weit ist die Ebene, weit ist der Himmel. Beide verschwimmen im Grenzenlosen. Nichts hemmt den Blick, und wo das Auge des Menschen einen Halt sucht, läuft die nicht endende Straße, laufen die unabsehbaren Felder, laufen die langen Alleen, ziehen die Wolken, fahren die ewigen Winde fernhin, lautlos, auf Nimmerwiedersehen, sich in der Unendlichkeit verlierend.

Die Sonne des Sommers ist heiß, wenn der Wind schläft. Aber sie geht unbestimmt und gleichsam aufgelöst im Licht des Tages über die endlose Kuppel des Himmels. Es ist als ob sie der Weite der Ebene ihr Recht lassen müsse und gegen sie nicht aufzukommen vermöchte. Ihr Licht ist matt und das Gold der Felder verschwebt in der großen Gleichung der Dinge. Die mächtigen Wälder stehen wie Schatten darin. Der Winter frißt selbst sie in eine lang lastende gleichförmige Decke von Weiß. Die entkräftete Sonne zeigt sich kaum mehr dem Auge. Höchstens wird an der Dichte des Himmels sehr hoch im florigen Weiß ein trüber dunkler Fleck sichtbar wie hinter mattem Glas.

Entnommen dem Band 'Das Heiligtum der Pferde', Elwert-Gräfe und Unzer Verlag, Marburg, burg.



Im Trab den Hügel hinunter vom Stall auf die Koppel: Trakehner Stuten mit ihren Fohlen in Rantzau. — Oben links: Zwei lassen sich das saftige Gras schmecken. — Unten: Acht Rappen warten auf die Vorführung.

Fotos Werner Menzendorf

den. Dehn seine beiden Stutchen Lotte und Grete (die Zwillinge der Braunen, die er mit Duscha gegen die Schimmel hatte tauschen müssen und die vorher noch nie ein Fohlen lebend zur Welt gebracht hatte), ja, diese Zwillinge waren als erste durchs Ziel gegangen:

„Und der Duscha war ja schon viel früher dran“, erzählte er, „es ging nachdem ABC, und er hatte nichts bekommen, das merkte schon jeder. Und ich kam ja beinahe als letzter dran. Und da kommt er doch an mir vorbei, klopf mir aufe Schulter und spielt: ‚Na Hans, du hast ja da auch noch sone zarte Jungfer zu stehn...‘ Ich biß die Zähne zusammen, am liebsten hätte ich ja gesagt von wejen Knechte abspenstlich machen und so, aber ich sachte nichts. Und denn wurden mein Gretchen und mein Lottchen vorgeführt, ich wußte gleich, daß ich bekomme. Die ganze Kommission wurde aufjerejt, und ich hörte sogar von weitem: ‚Bilder von Pferden!‘ Na, und den Duscha hab ich aufem Platz auch nich mehr jesehen, muß sich außem Staub jemacht haben. Sonst hätt ich ihm jesagt: Nu sind wir quitt, Karl. Aber son dammliges Jerede, als wenn ich nich jedes Jahr Preis bekomme. Ob nu die Schimmel oder die Braune die Mutter is, ja mein Stall...“

Und dann wurden die Stammbäume durchgenommen. Und Frau Samusch stellte fest, daß die Urmutter aller prämierten Stuten mit ihr als Heiratsgut auf den Hof gekommen war. Aber dann verwunderte sie sich doch und fragte: „Aber was is denn mit unser Schimmel bei Duscha, hat ihr Fohlen keinen Preis bekommen?“ Da aber meldete sich Fritz, der neue Großknecht, wieder zum Wort und er sprach es langsam und gewichtig, seiner Wirkung im voraus wohl bewußt:

„Die Fohlen, die Duscha vorgeführt hat, waren nicht von der Schimmel. Die Schimmel hatte schon im Herbst verworfen, jleich wie sie aus unserm Stall kam.“

Hedy Gross Die Schimmel und die Braunen

Alle Bauern waren damals bei uns in Masuren begeisterte Pferdezüchter. Aus der Westentasche, wird man sagen — na ja, meinetwegen. Am Gang der Pferde, an ihrer Farbe konnten wir auf Kilometer erkennen, von welchem Hof das Gefährt kam, den Wagen mit seinen Insassen brauchten wir gar nicht zu sehen. Die dicken, übermütigen Füchse, vom Walde herkommend, die konnten nur von Lask sein. Die schlanken, schmalen Rappen mit den schmalen Fesseln, die waren aus Hellmahnen, das wußte jeder. Ein Bauer züchtete die bezaubernden blonden Blessen — unverkennbar, wenn sie über den zugefrorenen See rasten, daß der winzige Schlitten nur so flog. Kleiner Kopf, die schlanken Beine berührten den Boden kaum, reinstes Trakehner Blut. Unser Großvater aus Sordachen fuhr immer mit Schimmelstuten.

In jedem Sommer kam eine Trakehner ‚Station‘ auf einen Bauernhof. Jeder hätte sie gern einmal bei sich gehabt. „Um das Deckgeld zu sparen“, sagten sie, aber in Wahrheit waren sie alle in die Hengste verliebt. Aber dazu hätten besondere Ställe eingerichtet werden müssen, und außerdem — die Frauen wollten es nicht, es gab zuviel Unruhe. Was für eine Aufregung schon, wenn ein paarmal während des Sommers ‚der Gestüter‘, wie sie den Betreuer der ‚Station‘ nannten, auf so einem Wunderhengst angeritten kam. Das Wiehern hörte man schon auf Kilometer, wenn er sich näherte. Alle Stuten mußten in Sicherheit gebracht werden, und die Kinder bestaunten nur aus sicheren Verstecken, wie ein Knecht sich mühte, diese Unbändigkeit an Kraft und Muskeln zu bewachen, während der ‚Gestüter‘ die Ställe ansah und im Haus einen Besuch machte. Es war unsagbar vital und aufregend.

Durch den frühesten Morgennebel zogen dann die Bauern Tag um Tag mit ihren Stuten dem Hof zu, auf dem die ‚Station‘ stand. Viel Zeit und Geld mußten sie opfern. Aber wer liebt, der rechnet nicht, der verschwendet auch Zeit, und sie waren alle in ihre Pferde verliebt. Das Deckgeld kostete für eine Stute zwanzig bis vierzig Mark, das war für solch kleinen Masurenbauern eine große Ausgabe. Die Aufzucht war schwierig. Solch edles, kleines Trakehnerfohlen ist empfindlich, schon der Trunk von der Milch einer erhitzten Stute kann es töten. Es durfte keine Zugluft im Stall sein. Und die Mutterstuten mußten doch auch für die Arbeit gebraucht werden. Das alles kostete viele Opfer und wäre mit den kleinen Panjepferden oder mit Halbschlag oder Kaltblut viel einfacher gewesen.

Aber dann kam dieser Tag der ‚Tierschau‘, wo fünfhundert Mark Prämie für ein Fohlen

fünfundzwanzig goldene Dukaten sein konnten.

Ja, nun habe ich diese lange Einleitung gemacht, da brauchte ich eigentlich nur noch einen ebenso langen Schluß: von der Bedeutung eines Großknechtes auf so einem Pferdezüchterhof etwa, und die kleine Geschichte in der Mitte könnte ganz weggelassen. Aber nein, ich will sie trotz dieser langen Einleitung doch noch erzählen; ein Außenseiter unter den Geschichten wird sie deshalb doch bleiben.

Da waren die Duschas und die Samuschs. Samuschs bekamen immer die vielen Preise auf den Tierschauen. Was Wunder, sie hatten ja auch dieses Prachtexemplar von Großknecht, den Adolf, mindestens sechs oder acht Jahre. Wenn man den nur weglocken könnte, ihn herüberlocken, dieser ‚Gedanke‘ ließ Duscha nicht mehr los, denn er hatte immer Pech mit seinen Pferden. Das Glück schien auf seiner Seite zu sein, er fand bald einen zugkräftigen Köder, um den Adolf zu fangen. Seine Großmagd, die Ute, ‚ging‘ ja mit dem Adolf. Die nahm er sich denn mal vor und versprach ihr allerlei goldene Berge, unter anderem das beste seiner Insthäuser, wenn der Adolf noch ein paar Jahre mit ihr zusammen bei ihm ‚in Dienst‘ käme. Und abends am Gartenzaun flötete die Ute all diese Versprechungen dem Adolf ins Ohr. Da staunte Samusch, als Martine herankam, nicht schlecht, daß sein treuer Knecht Adolf, der ihm fast wie ein Freund war, sich verändern wollte.

Aber das war noch nicht alles. Samuschs Schimmelstute, die die besten Fohlen brachte Jahr um Jahr, hatte auch so ihre ‚Nicken‘, ganz wie es einer Diva von hohen Graden zukommt. Sie ließ keinen an sich heran außer Adolf. Kam einer von hinten, bekam er eins mit der Hinterhand, näherte er sich von vorn, trug er einen Biß davon. So'n kleines Ohr ab, das war für den Schimmel eine Kleinigkeit. Was tun, auch die Schimmelstute mußte dem Adolf nachgeschickt werden; Samusch bot sie Duscha an. Verkaufen konnte er sie ja nicht, er durfte ja keinen anführen und hätte sie auch unter Garantie zurückbekommen. Er tauschte mit Duscha, dieser gab ihm eine hinreißend schöne braune Stute — aber was nützte das schon, sie hatte noch nie ein lebendes Fohlen zur Welt gebracht. Ja, Samusch war so richtig angeführt.

Die Monate vergingen, und es kam mal wieder die ‚Tierschau‘. „Fahrt Ihr auch?“ Das war die Frage im ganzen Dorf. Und jeder Bauer antwortete entsetzt: „Was? Wir zur Tierschau? Mit der alten Katz? Ja, wenn der Max und der Moritz Stutchen wären; Hengstfohlen haben wir den ganzen Stall voll, aber die wollen sie ja nicht prämiieren. Ja, andre Leute, die bekommen immer Stutchen, aber wir doch nicht.“ Man

mußte sich nur wundern, daß trotz dessen Paul, der Schmied, schon mindestens vierzehn Tage in der Morgendämmerung von Hof zu Hof wanderte und... ja, was konnte er schon anders tun, als die Hufe pflegen. Aber der biß sich lieber die Zunge ab, als daß er was erzählte. Und die Großknechte waren mit im Komplott, ach, aus dem kleinsten Hütejungen hätte man nichts herausbekommen. Sie waren so abergläubisch alle, und sie hielten auf jedem Hof zusammen.

Selbst die Frauen erfuhren nichts. Fragte Frau Duscha den Adolf: „Macht Ihr auch was zur Tierschau zurecht?“, so bekam sie zur Antwort: „Davon weiß ich nichts, der Herr hat noch nichts gesagt.“

Und machte Frau Samusch Fritz, den Nachfolger Adolfs auf die Pediküre, verbunden mit den Besuchten Paul des Schmieds aufmerksam und erkundigte sich: „Ist wohl zur Tierschau?“ Dann sagte der am liebsten gar nichts, wenn aber, dann nur zögernd: „Ach, das chlaub ich gar nich mal, das mußte sowieso mal jemacht werden.“ Punkt.

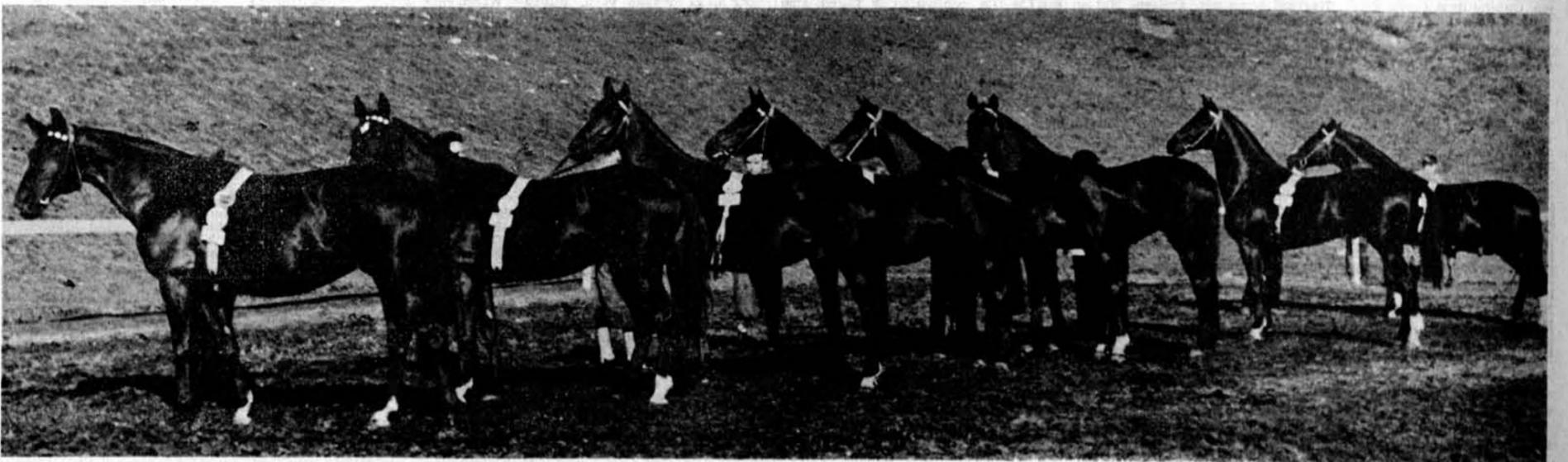
Trotzdem bereiteten die Frauen alles für die Stadtfahrt vor. Denn im letzten Augenblick, wenn August und Adolf und Fritz längst mit den kleinen Fohlenstuten unterwegs waren und auf alle Fälle auch noch ein paar Zweijährige im Halfter mitführten, dann stürmte der Bauer — welche Überraschung — in die Stube und rief: „Mach dich schnell fertig, wir fahren zur Tierschau!“

Es war längst alles fertig, deshalb lamentierte aber sowohl Frau Samusch wie Frau Duscha: „Aber warum nur, was fällt dir auf einmal ein! Das viele Eintrittsgeld, und nichts wird werden. Ja, die Hengstfohlen sind dies Jahr schön, aber die Stutchen... ach, du wirst dich nur blamieren.“ Sie waren eben wunderbar abergläubisch.

Diese Reden führten sie ja auch am Morgen dieses glühenden Sommertages. Am Abend, nach einem aufregenden Tag in Staub und Pferdegetrappel, da klangen sie ganz anders.

Um mit Samuschs Fritz anzufangen, der schlug sich an die Brust und erzählte den gaffenden Mädchen, während er ‚Lottchen‘ und ‚Gretchen‘, den beiden Preisträgerinnen, Zuckerstücken zwischen die Lippen schob: „Morjens beim Wechjehen hat ja der Herr zu mir jesacht, das liecht nur am Vorführen, denn hab ja ich den Preis gewonnen, ha, he, he. Aber Duscha hat ja selbst vorgeführt, und der war doch bei e Kavallerie...“

Und Samusch, dem im Herbst mit dem Adolf und der Schimmelstute alle Felle weggeschwommen zu sein schienen, konnte an diesem Nachmittage mit seinen Prahlerreien gar kein Ende fin-



Kurzinformationen

Vertriebenenressort

Bonn — Gelegentlich der Berufung von Dr. Wolfgang Rutschke auf eine der beiden Staatssekretärstellen im Bundesinnenministerium ist eine gewisse Umorganisation in diesem Hause vorgenommen worden. Die Vertriebenen-Abteilung, die Dr. Rutschke bisher leitete und die bisher dem Minister direkt unterstand, ist jetzt dem Staatssekretär unterstellt worden. Optisch ist die Neuregelung keine Verbesserung, in der Sache ist sie es doch; denn der Nachfolger von Dr. Rutschke in der Leitung der Vertriebenen-Abteilung, Dr. Liebrecht, ist kein Politiker, sondern ein Verwaltungsfachmann. Bei Gesprächen unterhalb der Ministerienebene wird durch die Neuregelung das Vertriebenenressort nunmehr wieder durch einen Staatssekretär vertreten, der kraft seines Amtes mehr Gewicht hat und als ehemaliger Abgeordneter auch politischen Einfluß besitzt. Hinzu kommt, daß Dr. Liebrecht wie Minister Genscher Flüchtling aus der sowjetischen Besatzungszone ist; das Zwischenschieben des Vertriebenen Rutschke bewirkt eine bessere Ausgewogenheit der Geschädigten-Gruppen in der Ressortspitze. N. H.

Krankenversicherung

Hamburg — Vom 1. Juli an haben alle von der gesetzlichen Krankenversicherung betreuten Frauen vom 30. und die Männer vom 45. Lebensjahr an Anspruch auf jährlich eine Untersuchung zur Früherkennung von Krebserkrankungen. Der Gedanke der Vorsorge aber ist für die Bevölkerung etwas umwälzend Neues: Sie soll plötzlich zum Arzt gehen, obwohl sie gar nicht krank ist. Um den Gedanken der Vorsorge populärer zu machen, hat die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) in einem Brief an alle Bundestagsabgeordneten (soweit sie mehr als 30 bzw. 45 Jahre alt sind) appelliert, mit gutem Beispiel voranzugehen. Die Ärzte aber sollten nach Auffassung der DAK besondere Sprechstunden für die Vorsorge-Untersuchungen einrichten. Hm

Landsleute in der Heimat

Bonn — In einer Antwort, die im übrigen zu mancherlei Kritik Anlaß gibt, hat der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesaußenminister klargestellt, daß die in den deutschen Ostgebieten noch wohnenden Deutschen von der Bundesregierung weiterhin als deutsche Staatsangehörige betrachtet werden (Bundestagsdrucksache VI/2056 Ziffern 1 und 10). Auf die Frage, welche Absprache die Bundesregierung mit der polnischen Regierung getroffen habe, um die Freizügigkeit der deutschen Staatsangehörigen und deutschen Volkszugehörigen sicherzustellen, antwortete die Bundesregierung mit dem Hinweis auf die „Information“ der polnischen Regierung, derzufolge die polnische Regierung zugesichert hat, „daß die Umsiedlung im Rahmen der Familienzusammenführung sowie von Personen, die aufgrund ihrer unbestreitbaren deutschen Volkszugehörigkeit auszureisen wünschen, erleichtert und beschleunigt werden soll.“ Die Bundesregierung bestätigt also erneut, daß nicht nur „Verwandte“, sondern auch „Bekannt“ in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen dürfen. Die Bundesregierung unterstreicht in ihrer Antwort im besonderen, daß die polnische Regierung in der „Information“ zugesichert habe, daß nach Inkrafttreten des Vertrages auch die Verwandtenbesuche erleichtert werden sollen.

Ein weitere Frage war darauf gerichtet, ob die Bundesregierung durch entsprechende Absprachen mit der polnischen Regierung dafür Sorge getroffen habe, daß den jetzt noch in der angestammten Heimat verbliebenen Deutschen ihre Menschenrechte in vollem Umfang gesichert werden. Die Bundesregierung antwortete, daß es sich bei dem in Frage stehenden Personenkreis aus der polnischen Sicht um polnische Staatsangehörige handele, denen nicht mehr und nicht weniger Rechte zustehen, als allen anderen polnischen Staatsangehörigen. Die Bundesregierung habe — so erklärte sie in der Antwort — die deutsch-polnischen Gespräche genutzt, um die Probleme der in „Polen“ zurückgebliebenen Deutschen eingehend zu erörtern. H. N.

Warum steigen Energiepreise?

Bonn — Nicht nur in der Bundesrepublik steigen die Energiepreise. Heizöl ist schon in allen Ländern teurer geworden. In Frankreich steigen die Gaspreise für die Haushaltsverbraucher um drei Prozent. Die französischen Großverbraucher in der Industrie müssen für das Naturgas eine Preissteigerung von 15 Prozent hinnehmen. Zuvor waren schon Strom, Benzin und Heizöl teurer geworden.

Auch in England haben Öl, Kohle und Strom die ersten Preissteigerungen bereits hinter sich. Das Gas für die Haushaltungen wurde schon im Januar um durchschnittlich 6 bis 7 Prozent teurer. Neue Gaspreiserhöhungen sind für die nächsten Monate geplant für einen größeren Verbraucherpreis mit ebenfalls 6 bis 7 Prozent. Den englischen Verbrauchern nutzt es auch wenig, daß der Kohlenbergbau verstaatlicht ist. Die Industriekohle wurde im April um rund 11 Prozent teurer, Koks um rund 16 Prozent. Im Sommer sollen die Preise der Brennstoffe für den Hausbedarf um 7 bis 8 Prozent angehoben werden.

In den USA haben die Energie-Engpässe zu spürbaren Verteuerungen geführt. Die Kohlenpreise steigen seit 1970 ständig an, Strompreiserhöhungen verteuern seit 1969 das Leben. Im vergangenen Jahr haben 40 große Energieversorgungsunternehmen die Abgabepreise heraufgesetzt. Im Frühjahr beantragte eine große New Yorker Elektrizitätsgesellschaft die Erhöhung ihrer Stromkreise um 14 Prozent. A. K.

Lastenausgleich:

Erwartungen gegenüber dem Gesetzgeber

Was wurde bisher erreicht und angepaßt? — Von unserem Bonner LAG-Mitarbeiter

Bonn — Mit dem Beginn der parlamentarischen Sommerferien hat nunmehr die sechste Legislaturperiode Halbzeit. Blickt man auf sie, was sie im Bereich des Lastenausgleichs brachte, so ist die Bilanz nicht üppig. Aber man kann auch nicht sagen, daß unverhältnismäßig wenig erreicht wurde. Es war wie in allen Legislaturperioden.

Der Auftakt war großzügig. Die neue Regierung legte ein Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz vor, das eine Erhöhung der Unterhaltshilfe um 30 DM, für Ehepaare um 50 DM vorsah. In der Vergangenheit waren regelmäßig nur 15 DM oder 20 DM zugelegt worden. Man kann aber nicht außer acht lassen, daß jetzt auch die Teuerung größer war als in der Vergangenheit. Zugleich mit der Unterhaltshilfeerhöhung wurde eine Aufbesserung des Selbständigzuschlages vorgenommen, und zwar im selben prozentualen Ausmaß wie die Unterhaltshilfeaufstockung.

Der Bundestag erzwang zusätzlich zur Regierungsvorlage eine Anhebung der Höchstgrenzen bei der Entschädigungsrente um 100 DM.

Sozialversicherung:

Gleichstellung mit Selbständigen

Angestellte fordern „Öffnung“ der Rentenversicherung

Hamburg — Wird die gesetzliche Rentenversicherung den Selbständigen geöffnet, so wollen auch die von der Versicherungspflicht befreiten leitenden Angestellten die Möglichkeit haben, ihre Befreiungsentscheidungen zu widerrufen. Die „Union der Leitenden Angestellten“ (ULA) weist darauf hin, daß mit der geplanten Möglichkeit, durch Nachentrichtung von Beiträgen den Selbständigen die Anrechnung von Kriegsdienst- und Ausbildungszeiten zu sichern, das Rentenrecht entscheidend verändert wird. Damit stehen die „Befreiten“ vor einer völlig neuen Situation. Um diese überraschende Hinwendung leitender Angestellten zur Sozialversicherung zu verstehen, muß man wissen, daß viele dieser Angestellten sich nur aus zwei Gründen befreien ließen: Zum einen wurden ihnen Kriegs- und Ausbildungszeiten nicht als beitragsfreie Ersatzzeit und Ausfallzeit angerechnet, weil die vorgeschriebenen Fristen nicht eingehalten waren, innerhalb derer vorher oder nachher eine versicherungspflichtige Tätigkeit aufgenommen sein mußte. Zum anderen war das Einkommen der leitenden Angestellten über die bis 1968 bestehende Versicherungspflichtgrenze hinausgewachsen, bevor sie mit 60 Pflichtbeiträgen das Recht erworben hätten, sich freiwillig weiter zu versichern.

Jetzt nun soll mit der Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige alles großzügig vereinfacht werden. Künftig soll es laut CDU/CSU-Entwurf für die Anrechnung von Kriegs- und Ausbildungszeiten genügen, wenn bei Eintritt des Versicherungsfalles die Hälfte der Versicherungszeit mit Beiträgen belegt ist. Gleichzeitig wird vorgerechnet, daß bei Nachentrichtung von 38 236 DM für den Zeitraum von Januar 1956 bis Dezember 1971 ein monatlicher Rentenanspruch von 410 DM erzielt wird, sofern keine Ausfall- und Ersatzzeiten vorliegen. In der Regel kann aber davon ausgegangen werden, je nach Dauer des Militär- und Wehrdienstes und insbesondere von nachfolgender akademischer Ausbildung, sind diese Zeiten gemeinhin aber noch wesentlich länger.

Ein Beispiel: Ein von der Versicherungspflicht befreiter diplomierter Chemiker des Jahres 1916 beispielsweise kann für den Zeitraum von 1936/37 bis 1945 acht Militärdienstjahre als Ersatzdienst vorweisen und weitere acht bis 9 Jahre Ausbildungszeit nach vollendetem 16. Lebensjahr. Folglich könnte er für 38 236 DM nicht 16 Jahre, sondern 32 Jahre nachversichern und einen Rentenanspruch erwerben, der annähernd doppelt so hoch sein würde wie der beispielsweise mit 410 DM. Tritt dieser leitende Angestellte mit 65 Jahren, also im Jahre 1981 in den Ruhestand, dann hat bis dahin die Rentendynamik dafür gesorgt, daß sich sein Anspruch abermals verdoppelt hat. Die Folge ist, daß er im Laufe von reichlich zwei Rentenjahren den gesamten nachentrichteten Beitrag wieder herausholt. Folglich lohnt es sich, einen Kredit aufzunehmen, oder eine Hypothek, und folglich ist es auch verständlich, daß die leitenden Angestellten darauf pochen, in dieser Hinsicht mit den Selbständigen gleichgestellt zu werden.

Darüber hinaus wird für den „Befreiten“ auch insofern eine neue Situation eintreten, als die Altersgrenze flexibel gestaltet werden soll, ohne daß vor dem Alter 65 beantragte Ruhegelder infolge der geringeren Beitrags- und längeren Rentenzeiten gekürzt werden sollen. Es liegt auf der Hand, daß eine zum Zwecke der Befreiung abgeschlossene Lebensversicherung solche Vorteile nicht bieten kann, weil hier versicherungsmathematisch kalkuliert werden muß, so daß eine Rente um so geringer wird, je früher sie gezahlt werden soll.

Zu diesen beiden geplanten Änderungen des Rentenrechts kommt die Erfahrung, daß im Zuge der Teuerung sich insbesondere die Kosten einer Krankenversicherung so erhöhen, daß die den Sozialrentnern gebotene kostenlose Krankenversicherung auch für leitende Angestellte interessant wird. Überhaupt beklagt man in

in der Novellengesetzgebung interessierte sich die neue Koalition fast nur für die Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone. Sie verbesserte im 23. Änderungsgesetz zum Lastenausgleichsgesetz deren Leistungen um etwa 1 Mrd. DM. Damit wurde die viel geforderte Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Vertriebenen nahezu erreicht, dies allerdings zu Lasten der Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten. Denn die Mittel für die zusätzlichen Leistungen werden dem Ausgleichsfonds entnommen, dessen Einnahmen bisher nur für die Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten bestimmt waren. Es wird daher von den Vertriebenen mit Nachdruck die Forderung aufrechterhalten, daß diese Milliarde aus neuen Quellen den Vertriebenen und Kriegssachgeschädigten zurückgegeben wird. Gelegentlich der 23. Novelle wurde der Jahrgang 1906 (Frauen 1911) in die Kriegsschadente der ehemals Selbständigen einbezogen.

Das dritte Lastenausgleichsänderungsgesetz dieser Legislaturperiode war wieder ein Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz. Es ist auf den 1. Juni dieses Jahres in Kraft getreten. Es sieht lediglich die Anhebung des Sozialversicherungs-

renten-Freibetrages um 12 DM vor. Auch das ist mehr, als bisher üblich war.

Ein weiteres Änderungsgesetz zum Lastenausgleichsgesetz (die 24. Novelle) ist im zuständigen Bundestagsausschuß bereits gutgeheißen, vom Plenum des Bundestages allerdings noch nicht verabschiedet worden. Das Gesetz geht auf einen Initiativantrag der CDU-Abgeordneten Jacobi zurück und schafft die von den Verbänden so lange geforderte Härteregelung. Umstritten war, wer die Vergaberichtlinien für die Härte-Mittel erläßt. Die Regierung wünschte die Zuständigkeit des Finanzministers und des Innenministers, die Verbände forderten dieses Recht für den Kontrollausschuß beim Bundesausgleichsamt, in dem die Verbände starken Einfluß haben. Es kam zu einem Kompromiß: der Kontrollausschuß erläßt die Richtlinien mit Zustimmung des Bundesfinanzministers und des Bundesinnenministers.

In der gesetzgeberischen Vorbereitung befindet sich ein weiteres Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz. Bis förmlich die Legislaturperiode-Halbzeit erreicht sein wird (d. h. nach Ende der parlamentarischen Sommerferien), wird die Bundesregierung dieses Gesetz im Bundesrat eingebracht haben. Über seinen Inhalt hat sie Wesentliches bereits bekanntgegeben. So wird die Anpassung ab 1. Januar (1972) erfolgen und nicht wie bisher stets ab 1. Juni. Die Unterhaltshilfe soll diesmal um 20 DM für den Berechtigten und 15 DM für den Ehegatten angehoben werden. Zweifelhaft ist noch, ob in diesem 4. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz regierungsseitig eine Erhöhung des Selbständigzuschlages beantragt werden wird. Von den Vertriebenen wird dies mit Nachdruck gefordert. Von den Vertriebenen wird aber auch noch die Anhebung der Freibeträge für Mieteinkünfte und für Kapitaleinkünfte auf je 60 DM erwartet; diese beiden Freibeträge sind seit 1965 nicht mehr der Preisentwicklung angepaßt worden.

Die Lastenausgleichsberechtigten wurden mittelbar von einem der großen anderen Gesetze dieser Legislaturperiode berührt, vom Änderungsgesetz zum Wohngeldgesetz. Es drohte aufgrund der Regierungsvorlage den Unterhaltshilfeempfängern, daß die Unterhaltshilfe auf das Einkommen, nach dem das Wohngeld bemessen wird, in wesentlich stärkerem Umfang angerechnet wird. Für einen Großteil der Unterhaltshilfeempfänger wäre der Zustand eingetreten, daß sie die 30 DM, die ihnen im 2. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz zugelegt worden waren, beim Wohngeld gleich wieder verloren hätten. Mit Hilfe der Opposition und einigen Vertriebenenabgeordneten der Koalition konnte die Regierungsabsicht verhindert werden.

ihrem Kreise, daß bei steigenden Geldentwertungsraten die private Vorsorge Mühe hat, mit der gesetzlichen Rentenversicherung zu konkurrieren. Wenn ab 1973 infolge der inflatorischen Lohnpolitik Rentenansparungsraten von 10 Prozent in Aussicht stehen, dann ist darin keine Beteiligung der Rentner am Wohlstand zu sehen, sondern vorwiegend ein Inflationschutz, der Privatsparern nicht im gleichen Maße zukommt.

Die Hinwendung der leitenden Angestellten zur Sozialversicherung sollte die Freunde der kollektiven Vorsorge nicht mit Triumph erfüllen. Auch sie müssen sich fragen, ob es unserer Gesellschaft und unserem Wirtschaftssystem auf die Dauer bekommt, wenn verleitet, schließlich lebt unsere Wirtschaft von dem Kapital, daß durch freiwilligen Konsumverzichts langfristig bereitgestellt wird, während die Sozialversicherung ohne Kapitalbildung von der Hand in den Mund lebt.

Horst Menzel

Rentenversicherung:

Alte Versicherungskarten umtauschen!

Maschinelle Umstellung soll allen Betroffenen Vorteile bringen

Frankfurt/M. — Die im Umlauf befindlichen Versicherungskarten ohne Versicherungsnummer sollen bis spätestens 30. Juni 1972 bei den

Ausgabestellen umgetauscht werden. Gleichzeitig ist die Ausstellung einer neuen Versicherungskarte mit Versicherungsnummer zu beantragen. Bisher wurden Versicherungskarten nur umgetauscht, wenn die für die Entgeltentragungen des Arbeitgebers vorgesehenen Felder gefüllt, wenn sie mit Beitragsmarken vollgeklebt waren oder wenn der Versicherte den Rentenversicherungszweig wechselte.

Der beschleunigte Umtausch alter Versicherungskarten in neue Versicherungskarten mit Versicherungsnummer ist deshalb notwendig, weil die Rentenversicherungsträger nur dann maschinelle Rentenauskünfte mit Hilfe ihrer Datenverarbeitungsanlagen erteilen können, wenn die Versicherungsdaten vollständig sind und elektronisch auf Magnetbänder gespeichert wurden. Ein solches Konto ist jedoch nur mit einer Versicherungsnummer ansprechbar; deshalb sollen allen Versicherten so schnell wie möglich Versicherungsnummer zugeteilt werden.

Bisher haben etwa 10 Millionen Versicherte eine solche Versicherungsnummer erhalten. Für die neue Aktion hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung dem Bundesrat den Entwurf einer Rechtsverordnung zugeleitet, die allen Versicherten den Umtausch umgehend ermöglicht. Um eine Überlastung der Ausgabestellen zu vermeiden, werden auch die Arbeitgeber durch diese Rechtsverordnung ermächtigt, für ihre rentenversicherten Beschäftigten als Dachweis eine gut lesbare Ablichtung der Versicherungskarte zu fertigen; in diesen Fällen ist die alte Versicherungskarte ohne Versicherungsnummer zugleich mit einem Antrag auf Ausstellung einer neuen Versicherungskarte mit Versicherungsnummer unmittelbar dem Rentenversicherungsträger zu übersenden. Auskunft erteilt jeder Träger der gesetzlichen Rentenversicherung.

Vordrucke für den Antrag auf Ausstellung einer neuen Versicherungskarte mit Versicherungsnummer sind bei den Ausgabestellen für Versicherungskarten und bei den Rentenversicherungsträgern erhältlich. Der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger weist darauf hin, daß diese Vordrucke vollständig ausgefüllt werden müssen, damit eine fehlerhafte Vergabe von Versicherungsnummern vermieden wird. Besonders wichtig ist es, die richtige Anschrift des Versicherten anzugeben, damit die neue Versicherungskarte mit Versicherungsnummer dem Versicherten rechtzeitig übersandt werden kann. V. R.

DAS EIGENHEIM BLEIBT BAUSPARZIEL Nr.1

Von den Öffentlichen und Landesbausparkassen mitfinanzierte Wohnobjekte* 1970

insgesamt 91.460 mit 160.825 Wohnungen

davon entfallen auf

65,3 % Eigenheime

24,2 % Eigentumswohnungen

10,5 % Mehrfamilienhäuser

* Kauf und Neubau Condor

Düsseldorf — Im Vorjahr haben die Kunden der Landesbausparkassen/Öffentlichen Bausparkassen 91 460 Wohnobjekte durch Kauf oder Neubau erworben. Bei fast zwei von drei Wohnobjekten handelte es sich um Eigenheime, bei nahezu einem Viertel um Eigentumswohnungen; nur zehn Prozent waren Mehrfamilienhäuser. Damit blieb auch 1970, selbst bei überdurchschnittlich gestiegenen Bauspreisen, das Eigenheim unverändert „Bausparziel Nr. 1“. Insgesamt lagen in den von den öffentlichen Bausparkassen mitfinanzierten Wohnobjekten 160 825 Wohnungen. Davon entfielen über 73 000 auf Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern, mehr als 65 000 auf Wohnungen in Mehrfamilienhäusern und 22 000 auf Eigentumswohnungen.

Am schönsten war es abends am Ufer des Rußstromes

Erinnerungen an Kuckerneese — Von Heinz Gruber

Man gelangte nach Kuckerneese über die feste Straße, die von Tilsit oder Heinrichswalde her kam und nach Karkeln und Rauterskirch weiterführte. In Sköpen ermöglichte eine eiserne Brücke die Überfahrt über die neue Gilge. Gleichzeitig trug die Fahrbahn dieser Brücke die Schienen der Kleinbahn.

Oft bin ich als Junge mit dem Fahrrad nach Sköpen gefahren, um am Geländer der Brücke, mitten über dem Fluß stehend, in die gurgelnden Wasser zu schauen. Fast kam man sich dann wie auf einem Schiff vor und die fließabwärts ziehenden Strudel nahmen die kindliche Phantasie mit auf die Reise in die weite Welt der Träume. Auf der Heimfahrt tauchte dann irgendwo über den fernem Wipfeln der Bäume der spitze Kirchturm des Ortes auf.

War man am Kirchhof vorbei, kam man über die Brücke der alten Gilge die Tilsiter Straße entlang in den Ort hinein. Man war zu Hause. Da war der Marktplatz, der sich von der schönen neuen Post an der Kirche vorbei bis zur Hohen Straße hinzog. An jedem Mittwoch füllte sich der Platz mit dem bunten Treiben des Wochenmarktes. Die Bauern der Umgebung waren mit Pferd und Wagen hereingekommen und boten ihre Erzeugnisse zum Kauf an. Fischer von Haff und Strom verkauften den Fang der letzten Nacht. Was für herrliche Fische gab es da: Zander, Hechte, Aale und Quappen wanderten in die Einkaufstaschen der Hausfrauen. Auf anderen Teilen der Marktes wurden lebende Tiere angeboten. Zwischen den Ständen gingen die Hausfrauen umher, kosteten und probten sorgfältig, ehe sie sich zum Kauf entschlossen.

An der oberen Kopfseite des Marktes, am Anfang der Hohen Straße, stand auf einem Hügel unter zwei mächtigen Fichten mein Geburtshaus. Rechts daneben war früher die Molkerei Sellenheit. Sie wurde später abgerissen und machte dem Gemeindeamt Platz. Ich kann mich nur noch dunkel an diese Zeit erinnern. Sehr gegenwärtig ist mir jedoch die Sprengung des großen Schornsteins. Vor Erregung zitternd standen wir damals auf unserem Hof und sahen, wie sich der Riese nach der Detonation der Sprengladung zur Seite neigte und in der Mitte zerbrechend abwärts stürzte, um in einer großen Staubwolke am Boden zu zerschellen.

Eine neue Schule

Auch für mich begann schließlich die Schulzeit. Die erste Schulklasse, die ich kennenlernte, befand sich im „Hotel Niederung Hof“, das damals an der Stelle der neuen Post stand. Die nächste Klasse lag im Kantorat, und ich wußte damals noch nicht, daß gerade diese Klasse einmal das Kinderzimmer in unserer Wohnung sein würde, als mein Vater Organist geworden war und wir das Kantorat bewohnten. Dann aber wurde die Hindenburgschule gebaut. An einem regennassen Tage standen wir Schüler um die lehmige Baugrube herum und wohnen

der Grundsteinlegung bei. Mit der Fertigstellung dieses schönen Baues wurde der Schulmischer ein Ende bereitet, und wir kamen in den Genuß dieser modern gestalteten Anlage mit Turnhalle und Lehrküche. Mein Weg jedoch führte weiter zur „Höheren Knaben- und Mädchenschule“. Mein Vater wurde später Organist, und wir zogen, nachdem wir einige Jahre in der Tilsiter Staße gewohnt hatten, in die Wohnung des Kantorats mit dem schönen großen Garten. Oft saß ich dann während des Gottesdienstes neben Vater auf der Orgelbank, streng ermahnt, nur ja nicht mit den Füßen auf die Baßpedale zu treten. Einmal ist mir das doch gelungen. Ich setzte ahnungslos einen Fuß auf die Pedale. Mitten in die Predigt des Pfarrers hinein tönte der Baß der Orgel. Ich möchte nicht wiedergeben, was mein Vater dazu sagte. Der Platz neben ihm blieb mir jedenfalls sehr lange Zeit versagt.

Glückliche Stunden waren es, wenn wir, mit Vaters Fernglas bewaffnet, den Kirchturm bestiegen durften und über die Dächer des Ortes hinweg Ausschau halten konnten.

Von der auf etwa halber Höhe des Turmes gelegenen Plattform sah man, wie schön der Ort eigentlich war. Die Anlage war großzügig. Überall zwischen den Häusern standen Bäume, einzeln oder in Gruppen. Beherrschend war der große, geräumige Marktplatz. Außerhalb des Dorfes wurde die weite Ebene der Wiesen und Felder von den Kopfweiden, die an den vielen Gräben entlang wie an einer Perlenkette aufgereiht standen, belebt. Über den Markt hinweg sah man das Gut Kaplanischken, die Windmühle die Ziegelei und den Damm des Rußstromes. Der Fluß selbst spiegelte sich nur an einer Stelle wider, wo man in eine seiner Windungen hineinsehen konnte. Bei gutem Wetter erblickte man von hier aus den Wasserturm von Tilsit, und wenn man großes Glück hatte, ermöglichte bei ganz klarer Sicht der Feldstecher den Blick bis zur Kurischen Nehrung, deren helle Dünenstreifen wie eine Fata Morgana über dem Horizont zu schweben schienen. Aber nahe dabei, unter dem Turm, war der Ort.

Die Häuserzeilen am Markt entlang wirkten städtisch, und in den Linden, die den Gehsteig säumten, summt während der Blütezeit die Bienen. Hier, zwischen dem Cafe Wittrin und dem Kantorat, flanierte die Jugend auf der „Rennbahn“. Da waren Geschäfte und Lokale. Ein großer Teil des Einkaufsbetriebes wickelte sich hier ab. Auf der anderen Seite neben dem Hügel der Kirche befand sich das „Hotel Deutsches Haus“. Mit ihm eng verbunden ist die Erinnerung an manches sommerliche Gartenfest oder viele Veranstaltungen im Saal mit anschließendem Tanz. Von der anderen Seite des Turmes blickte man auf die Gasanstalt mit ihren beiden Gasometern. Da waren die Hindenburgschule und der Bahnhof mit dem Kornhaus. Die Kleinbahn, die zwischen Großbritannien und Karkeln oder Rauterskirch verkehrte, wurde volkstümlich als „Feuriger Elias“ bezeichnet. Sie nahm im Güterverkehr eine gewichtige Stellung ein. Der Personenverkehr wurde später



Am Marktplatz in Kuckerneese

von modernen Bussen übernommen, die im Pendelverkehr zwischen Tilsit und Karkeln eingesetzt waren.

Als Kraftmeier konnte man die kleinen Zugmaschinen der Bahn nicht bezeichnen. So mußte schon mal in Sköpen, wo der Haltepunkt der Bahn am Fuße der langen Steigung lag, die den Schienenstrang zur Höhe des Damms emporführte, die Lokomotive ihren Zug noch einmal zurückdrücken, um den nötigen Schwung zur Überwindung der Höhe zu bekommen. Als ich Soldat war, ist mir eine besonders lustige Begebenheit mit der Bahn passiert. Ich war auf Wochenendurlaub von Königsberg her nach Hause gekommen und mußte am Sonntagabend wieder zurück zur Garnison. Der Omnibusverkehr war eingestellt worden, und die Bahn hatte wieder den Personenverkehr aufgenommen. Mit mir im Abteil befanden sich Schüler, die nach Tilsit in ihre Pensionen zurückführten. Wir schaukelten gemütlich durch die Felder, als die Bahn auf einmal spürbar langsamer fuhr. Einige Schüler blickten aus dem Fenster, um nach der Ursache dieser Bummellei zu sehen. Ihr schallendes Gelächter ließ mich ebenfalls aus dem Fenster blicken. Dank einer weitausholenden Kurve konnte man den Schienenstrang vor der Lokomotive überblicken. Ein Stück Jungvieh, das von seiner Weide ausgebrochen war, lief auf den Schienen vor dem Zug her. Der Heizer stand auf dem Kohlenkasten und warf mit Kohlestücken nach dem aufgescheuchten Tier, das schließlich auf einen über die Schienen führenden

Feldweg auswich und den Zug dumm glotzend vorbeiließ. Für Gesprächsstoff war für den Rest der Fahrt gesorgt.

Geschickt war der Ort angelegt. Hier in der Gabelung von Gilge und Kauke hatte man die wenigen leichten Erhebungen der Landschaft zur Gründung einer Ansiedlung wahrgenommen. Die Flüsse waren wohl der einst wichtige Transportweg, wobei die Kauke wohl als Querverbindung zwischen Gilge und Rußstrom diente. Die Eindeichung dieser beiden großen Flüsse schnitt dem Ort den Zugang auf dem Wasserwege zur Außenwelt ab und ließ die Kauke sowie die alte Gilge veröden und verwachsen. Zwischen Wasser und Ufer entwickelten sich breite Gürtel raschelnden Schilfes und die großen Blätter der Mummeln mit ihren gelben Blüten breiteten sich auf dem stehenden Wasser aus.

In den Weiden sangen Sprosser

Mich zog es immer wieder zum Rußstrom. Mit dem Fahrrad gab es mehrere Möglichkeiten, dahin zu kommen. So benutzte ich oft den Kloaken Weg oder ich fuhr die Labeikstraße hoch. Der kürzeste Weg war natürlich die Hafenstraße, auf der jung und alt im Sommer zum Baden zog. Oft machte an warmen Tagen auch das Postauto für wenig Geld Sonderfahrten zur Badestelle. Der helle, feine Sand am Ufer des Flusses lud zum ausgiebigen Sonnenbad ein.

Die Weidenbüsche dienten als Umkleidekabinen. Gelegentlich zogen Schlepper qualmend einige Lastkähne hinter sich her oder einer der Raddampfer bescherte den Badenden einen zünftigen Wellengang. Obwohl das Baden im Fluß eigentlich ungefährlich war, forderte der Strom doch Jahr für Jahr seine Opfer, die leichtsinnig an gefährlichen Stellen gebadet hatten.

Am schönsten war der Fluß am Abend, wenn unter den schräg stehenden Sonnenstrahlen die Wasseroberfläche das letzte Licht des Tages reflektierte. In den dichten Weidenbüschen, die in langer Reihe das Ufer säumten, schlügen die Sprosser. Dann lag ein unbeschreiblicher Friede über der Landschaft. Oft saß ich dann lage still in diesen Anblick versunken an der Kante des Damms. Vor mir lag das stille Vorland des Flusses und hinter mir, jenseits der flachen Wiesen, erhob sich der Kirchturm hoch über die Bäume und Dächer des Ortes. Wenn der Pferdeampfer blühte, waren die weiten Wiesen rötlich gefärbt. Dann war der Sommer da.

Nach Jahren des Glückes brach das Unheil über unsere Heimat herein.

Ein böser Traum, den ich einst während des Krieges als Soldat hatte, wurde wahr. Ich war wieder Kind und ging die Tilsiter Straße hoch dem Postamt zu. Als ich es fast erreicht hatte, stürmten lauter kleine Soldaten in eindeutiger russischer Uniform vom Markt her um die Ecke auf mich zu. Alle waren bewaffnet und machten Anstalten, mich anzugreifen. Versteint und entsetzt blieb ich zunächst stehen, dann aber drehte ich mich um, und lief davon, so schnell ich konnte. Es gab für mich ein Erwachen danach, den Traum vergessen aber konnte ich nicht.

Vergessen kann ich bis heute aber auch nicht das stille Dorf. Ich kann es nie mehr so sehen, wie es einst war. In meiner Erinnerung bleibt es jedoch unvergänglich: Das Märchenland meiner Kindheit.



Partie am Fluß

Fotos (2) Balszuweit

Hamburgische Landesbank
Konto Nr. 192344/010
Landmannsch. Ostpreußen e. V.

Treuespende für Ostpreußen

Postscheckkonto
Hamburg Nr. 1121
Landmannsch. Ostpreußen e. V.

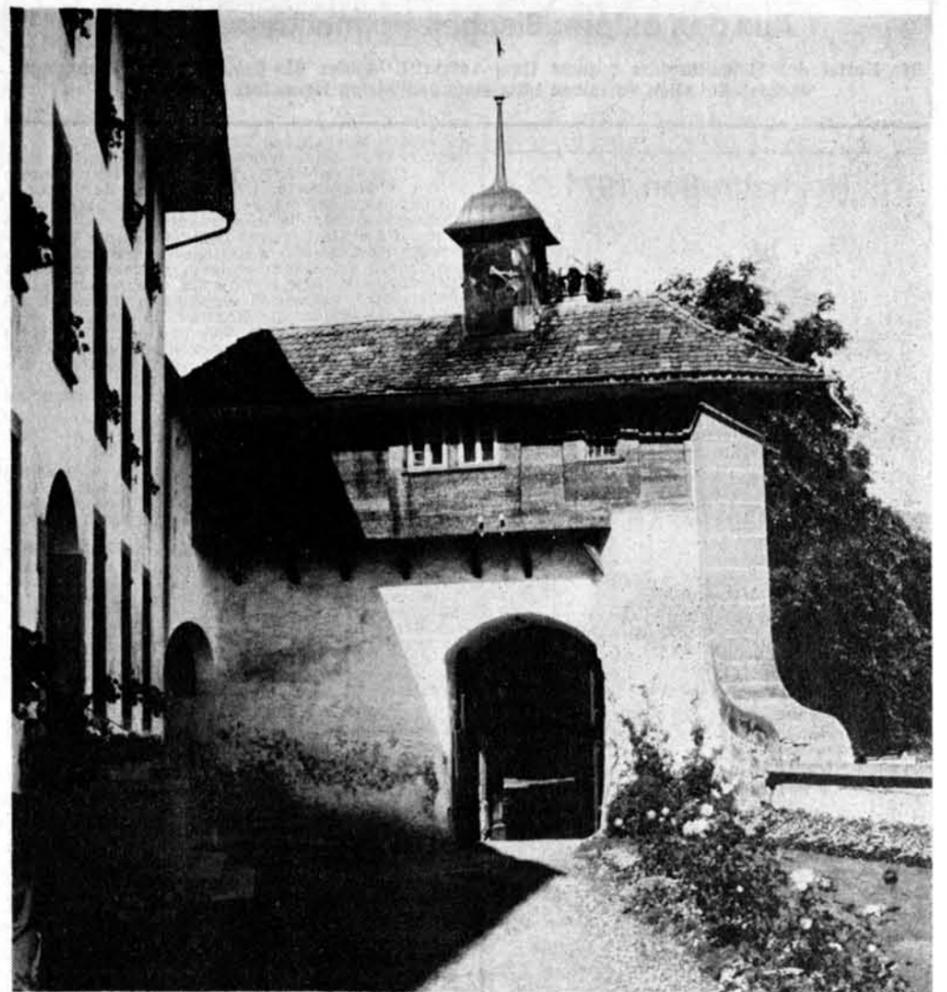
In Kriegszeiten übernahm der Orden die Stadtwache

Die Deutschherrenkommende Sumiswald im Emmental

Auf dem Hoftag von Ulm, am 20. Januar 1225, vergabte ein reicher Emmentaler, der Edle Lüthold von Sumiswald, vor König Heinrich VII. die Kirchen von Sumiswald und Dürrenroth mit Patronats- und Vogteirechten, sowie Grundbesitz, die Alpen Nidungen und Arni, dem deutschen Spital zu Jerusalem. Einer der Zeugen dieser Vergabung war der Berner Schultheiß Kuno von Jegenstorf. Vor dem Bischof von Konstanz bestätigte Lüthold von Sumiswald 1240 seine Schenkung.

Die Kommende Sumiswald entwickelte sich von Anfang an gut. Neue Schenkungen kamen hinzu, in bernischen Landen entstanden die Häuser Könitz und Bern, die für den einheimischen Adel anziehend wurden.

Am glanzvollsten vertreten in der Geschichte der Kommende Sumiswald sind die Glieder des Freiherrengeschlechtes Brandis. 1357 ist Mangold von Brandis Landkomtur der Ballei Elsaß-Burgund, Werner Brandis, der seine Jugend im Gefolge des Hochmeisters in Preußen verbrachte, wird Komtur von Könitz und später ebenfalls Sumiswald. Werner von Brandis trifft man als Komtur der Deutschordenshäuser Sumiswald und Hitzkirch (Luzernbiet).



Das Eingangstor des ehemaligen Ordenshauses Sumiswald. Heute ist es Armenhospital
Foto (2) Stauffer

Hatte man im 13. Jahrhundert in Sumiswald keine Komture bernischen Namens gehabt, so Führungsschicht; sie war auch dankbar für die geistigen Impulse, die vom ebenbürtigen Orden ausgingen. Außerdem übernahm der Orden in Kriegszeiten die Stadtwache. Im Jahre 1371 erneuerte die Kommende Sumiswald den Burgrichtsvertrag.

Als die Reformation in Bern durchgeführt wurde, beschloß man die Säkularisation der Komturei von Sumiswald, die ebenso wie Könitz ohne Vertrag in Berns Hände gekommen war, da beide Komture sich durch Wegreise einem erzwungenen Vertrag entzogen hatten. 1550 wurde auf der Tagsatzung die Stadt Basel mit der Vermittlung betraut.

Bürgermeister und Rat verhandelten mit den Delegationen, an der Spitze des Ordens stand Sigmund von Hornstein, während Hans-Franz Nägeli die Berner Delegation anführte. Es kam zu einem Vergleich. Der Orden gelangte wieder in den Besitz von Sumiswald und Könitz, während Bern ein günstiges Vorkaufsrecht erhielt. 1698 erwarb Bern dann den ganzen Besitz des Ordens und dieser kaufte im Reich eine neue Herrschaft.

Bern hatte mit dem Kauf des Deutschordens-Besitzes auch Verpflichtungen übernommen, die sozialen Charakter tragen. Allen Verpflichtungen kam Bern bis auf den heutigen Tag nach, wovon man sich bei einem Besuch im Spittel Sumiswald (dem alten Ordenshaus) überzeugen kann, und ehrte damit nicht nur die Arbeit des Ordens noch nachträglich, sondern auch sich selbst.

Walther Stauffer-Genf

Honig auf den Mund der Braut gestrichen

Bienen waren in Altpreußen unverletzlich – Der Orden förderte die Imkerei

Ein volles Jahrtausend bevor das Land der heidnischen Prussen durch den Deutschen Ritterorden in das Licht der mittelalterlichen Geschichte trat, gab es im Lande zwischen Weichsel und Memel schon in großem Maßstabe Bienenzucht. Alte Geschichtsschreiber erwähnen bereits vor Christi Geburt den Honig, der aus dem Bernsteinlande kam. Die Prussen wußten den Wert der süßen Bienennahrung aber nicht nur als Handelsobjekt, sondern auch für ihren eigenen Gebrauch zu schätzen. Die vielen wilden Bienen in den weiten Waldungen Altpreußens lieferten den Honig nicht nur in überreicher Menge, sondern sie galten als unverletzliche Tiere, die niemand willkürlich töten durfte, wie auch als moralische Vorbilder durch ihren Fleiß und Gemeinschaftssinn. Wenn die alten Prussen einen Bienengott und eine Bienengöttin unter den niederen ihrer Heidegötter verehrten, so ist das ein weiteres Zeichen für die Geltung, welche den Bienen und der Bienenzucht in Altpreußen schon vor Jahrtausenden zukam.

Es ist allgemein bekannt, daß schon die germanischen Stämme sich des Honigs der Wald-bienen zur Bereitung des Met bedienten. Weniger wird man wissen, daß im Prussenlande aus Honig, Stutenmilch und Gerstensaft ein mündiges, aber auch stark berauschendes Getränk für die hohen Feste bereitet wurde. Man gab sogar den Verstorbenen kleine Krüge mit diesem Honiggetränk als Wegzehrung mit in die Gräber.

Betrat die Braut bei einer prussischen Hochzeit zum ersten Mal das Haus ihres Mannes, bestrich man ihr, bevor sie die Schwelle überschritt, den Mund leicht mit Honig und führte sie dann erst zum Herde. Als einziges Süßmittel

jener Zeit war der Waldhonig aus Altpreußen ein begehrtes Handelsmittel, dessentwegen römische und griechische Händler den weiten, gefährlichen Weg in das unwirtliche Waldland wagten.

Der Deutsche Orden, der ja nach Festigung seiner Herrschaft in Preußen gleichzeitig auch die größte Handelsgesellschaft seiner Zeit im deutschen und europäischen Osten war, verstand es klug, sich dieses begehrten Stoffes aus der prussischen „Wildnis“ zu bedienen. War die Imkerei der Prussen bei allem Umfang wenig planmäßig, da nur die unzähligen Stände der wilden Bienen in den Baumstämmen der Wälder ausgebeutet wurden, so sorgte die Ordensverwaltung für eine planmäßige Beutnerwirtschaft. Beuten nannte man die Bäume, in deren Höhlungen ein Bienenvolk sich niedergelassen hatte und Beutner wurden die Imker genannt, deren Arbeit von hoher Bedeutung für den Ordensstaat war. Unter den Ausfuhrwaren des Ordens stand in seiner Blütezeit nach Getreide und Holz das Bienenwachs wertmäßig an dritter Stelle. Noch zu Zeiten Friedrichs des Großen waren die Einnahmen aus den preußischen Staatsforsten aus Honig und Wachs größer als die aus dem damaligen Holzverkauf.

600 Tonnen Zinshonig

Verwaltungsmaßnahmen des Deutschen Ordens führten an den Rändern der ausgedehnten Waldungen an der Ost- und Südgrenze des Ordensstaates zur Anlage von Siedlungen, deren Bewohner in erster Linie der Bienenzucht nachgingen. Solche Beutnerdörfer entstanden vorwiegend in den Schutzgebieten der Ordensburgen entlang dem Waldgürtel. Sie sind in Südostpreußen von Osterode über Ortelsburg, Johannisburg, Lyck und Lötzen ebenso zu finden wie um Angerburg, Insterburg und Ragmit. Wie die Jagd wurde die Bienenzucht als Regal des Ordens betrachtet, für das die Beutner der herrschaftlichen Erlaubnis zur Ausübung ihres Gewerbes bedurften, wie sie dafür abgabeverpflichtet waren. Je nach Größe des verliehenen Landes und Waldgebietes mußten die Beutner oder Zeidler entsprechenden Zins an Wachs und Honig an ihr zuständiges Ordenshaus abliefern und meistens den Rest dort auch verkaufen.

Eine Aufzeichnung des Pflegers von Seesten aus dem Jahre 1449 enthält die damals wohl üblichen Bedingungen: „Welcher Mann aus den Dörfern Beuten in der Seestenschen Wildnis hat, die sind alle zu preußischem Recht, dagegen wer Beuten bei sich im Dorfe in Stöcken hat, die behält derselbe zu kölmischem Rechte, daran hat die Herrschaft kein Recht. Aber von den Beuten in der Wildnis gibt jeder Beutner von einem Zeichen drei Ranzken zum Hause Zins, und was die Beutner darüber an Honig gewinnen, das geben sie die kölmische Tonne voll zum (Ordens) hause für 2 1/2 gute Mark. Das Wachs und Werk behalten sie selbst mit Unrechte.“

Die Tonne, nach der in jener Zeit der Honig gemessen wurde, hatte 96 Stof. Ein Stof faßt nach heutigem Maß 8/7 Liter. Wachs berechnete man nach Steinen und Pfunden. Ein Kulmer Stein hatte 24 Pfund, in Königsberg rechnete man ihn zu 40 Pfund. Das Marienburger Aemter-

buch verzeichnet am 1. Mai 1396 im Haus Balga 13 Tonnen und zu Michaelis 1404 27 Tonnen Honig, die in der Burgkellern lagerten. Im Amte Brandenburg waren für das Jahr 1383 an Zinshonig 36 Tonnen fällig. Insgesamt wird die Abgabe von Zinshonig der Beutner an den Orden in dieser Zeit auf jährlich 600 Zentner und von Zinswachs auf jährlich 65 Zentner geschätzt.

Honigernte im Beutenwald

Die ursprünglichen Beuten waren alte, hohle Bäume, in denen seit jeher die wilden Bienen ihre Waben anlegten. Der Orden sorgte dafür, daß methodisch Bäume ausgehöhlt und die Höhlung mit einem Brett verschlossen wurde, in dem ein Flugloch war. Durch Einreiben der Baumhöhle mit Honig oder Beifuß lockte man neue Völker hinein.

Die Honigernte wurde im Beutenwalde so vorgenommen, daß der Beutner sich aus morschem Holz einen „Schmoker“ fertigte, den er anzündete und mit dem er dann den Baum erstieg. Der Schmoker räuchernte die Bienen aus, was in oft größeren Höhen schwierig war. Die Hälfte der honiggefüllten Waben wanderte in einen Tragkorb, die andere verblieb den Bienen zur Winternahrung.

Strenge Gesetze sorgten dafür, daß Diebstahl von Wachs und Honig, ja sogar schon das Überschreiten der festgelegten Beutengrenzen streng bestraft wurde. Auch das Verfälschen des Honigs galt als Verbrechen, für das der Tod durch den Strang in einigen Fällen bekannt geworden ist. Bald kamen die Beutner von selbst darauf, die hohlen Baumstücke mit der Bienenwohnung abzusägen und mit dem Volk in den Gärten aufzustellen. Diese aus dem Baumklotz bestehenden Bienenhäuser nannte man in Altpreußen noch lange Klotzbeuten.

200000 Bienenvölker

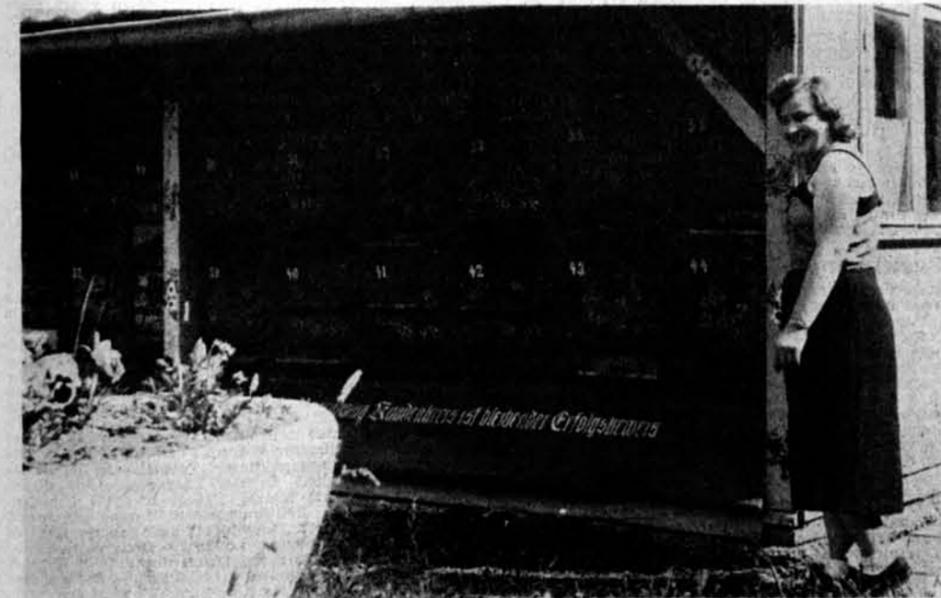
Bei der uralten Beutnertradition ist Altpreußen und später auch Ost- und Westpreußen immer ein Bienenland gewesen. Als Teil bäuerlicher Betriebe hat sich die Bienenzucht noch bis zur letzten Jahrhundertwende in weiten Teilen des Landes erhalten. In den Waldgebieten konnte man vor 1900 auf jedem Bauergrundstück 12 bis 20 Bienenstöcke sehen, die damals noch alle aus den altüberlieferten Klotzbeuten bestanden. Allerdings wurden im vorigen Jahrhundert mehr und mehr auch die Stohbeuten bevorzugt, die sich in den harten ostpreußischen Wintern bewährt hatten. Vereinzelt fand man bis in die jüngste Zeit in Wäldern einige wenige Beutkiefern und im Kreise Osterode gab es vor 1914 sogar noch eine Beutlinde.

Trotz der Klotzbeuten war die ostpreußische Bienenzucht keineswegs rückständig. Der ostpreußische Altmeister Kanitz gab mit dem Kanitzkorb seinen Landsleuten eine moderne Strohbeute, die weiteste Verbreitung fand. Auch bienenzüchterisch waren Ostpreußens Imker beispielgebend, wozu die stattlich anerkannte Imkerschule Korschen wesentlich beitrug. 30 000 Imker betreuten in Ostpreußen rund 200 000 Bienenvölker und standen damit an der Spitze der neuzeitlichen deutschen Imkerei.

Ein Sgraffito gegenüber der 1512 geweihten Kirche von Sumiswald zeigt den Bau des Ordenshauses

änderte sich dies im 14. Jahrhundert. Die Kommende Sumiswald weist nun Namen erster bernischer Geschlechter auf. 1305 ist es Berchtold von Buchegg, der Sohn Heinrichs, der als letzter die Würde eines Landgrafen in Burgund bekleidet hatte, der Landkomtur der Ballei Elsaß-Burgund. Er nahm am 22. April 1313 Kuno von Erlach, den Bruder des Siegers von Laupen, in den Orden auf. Unter Robert von Geroldseck, einem Süddeutschen, trat wahrscheinlich das Haus Sumiswald ins bernische Burgrecht.

Der Orden hatte damals in Bern das Patronat und die Seelsorge der Stadtkirche inne. Dies entsprach dem ritterlichen Geist der bernischen



Bienenhaus eines ostpreußischen Imkers

Aus den ostpreußischen Heimatkreisen ...

Die Karte des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Heimattreffen 1971



- 19./20. Juni, Angerburg: Angerburger Tage in Rotenburg (Wümme).
19./20. Juni, Gumbinnen: Hauptkreistreffen in Bielefeld, Haus des Handwerks.
19./20. Juni, Lyck: Jahrestreffen in Hagen, Markt, Festzelt „Auf der Springe“.

Angerburg

Kreisvertreter: Friedrich-Karl Mithaler, 2 Hamburg 13. Postfach 8047. Telefon 04 11 / 45 23 42.

Angerburger Tage am 19. und 20. Juni in Rotenburg (Wümme): Sonnabend, 20 Uhr, kultureller Abend in der Aula der Realschule.

Gumbinnen

Kreisvertreter: Dipl.-Ing. Dietrich Goldbeck, 4812 Brackwede, Winterberger Straße 14.

Wohin an diesem Wochenende? Natürlich nach Bielefeld zu unserem Hauptkreistreffen der Gumbinner und der ostpreußischen Salzburger in ihrer Patenstadt.

Das neue Heimatbuch „Der Kreis Gumbinnen“ — Vor etwa einem Jahr wurde das Manuskript des neuen Buches über unseren Kreis vorgelegt.

Jahrestreffen in Hagen am 19./20. Juni. — Mit dem 29. Hagen-Lycker Brief haben alle die Einladung zum Jahrestreffen erhalten.

dem Schatzmeister bestellt werden. Anschrift: Karl Olivier, 48 Bielefeld, Hauptstraße 3a. Hierzu bitten wir, das im Heimatbrief Nr. 16 gedruckte Formular zu benutzen.

Insterburg Stadt und Land

Kreisvertreter Stadt: Prof. Dr. Georg-Winfried Schmidt, Gießen Kreisvertreter Land: Fritz Naujoks, Krefeld. Geschäftsstelle: 415 Krefeld-Fischeln, Kölner Straße 517. Telefon 0 21 51 / 63 26 33.

Humanistisches Gymnasium Insterburg — 34 Jahre nach bestandenen Abitur kommen die Abiturientenjahrgänge Februar 1937 und März 1937 des Humanistischen Gymnasiums in Insterburg am Sonnabend, 23. Oktober 1971, im Hotel „Friedenstal“.

Königsberg-Stadt

Erster Stadtvertreter: Prof. Dr. Fritz Gause, Essen Geschäftsstelle: Harry Janzen, 2 Hamburg 62, Tweelentebek 103. Telefon 04 11 / 5 24 34 24.

Hindenburg-Oberrealschule — Das Sondertreffen der Stelldammer Realschule und der Hindenburg-Oberrealschule, das wir bei Gelegenheit des „Königsberger Treffens“ am 15. und 16. Mai in der Duisburger Mercatorhalle veranstalteten, war gut besucht.

Labiau

Kreisvertreter: Hans Terner, 213 Rotenburg/Wümme, Imkersfeld 23. Telefon 0 42 61 / 31 47.

Kreistreffen: Bis zum großen Wiedersehen in Hamburg gibt es nur noch einen kurzen Zeitraum. Geben Sie bitte als Bezahler des Ostpreußenblattes allen Landsleuten Kenntnis, von denen bekannt ist, daß sie nicht über diesen Termin informiert sind.

Urlaub im Patenkreis: Falls jemand einen Urlaub fern des Massentourismus plant, bietet sich — gerade für uns — der Kreis Land Hadeln in idealer Weise an.

Lyck

Kreisvertreter: Otto Skibowski, 357 Kirchhain. Postfach 113. Telefon 0 64 22 / 8 40.

Jahrestreffen in Hagen am 19./20. Juni. — Mit dem 29. Hagen-Lycker Brief haben alle die Einladung zum Jahrestreffen erhalten.

Jahrestreffen in der Patenstadt Hagen — Die jungen Lycker treffen sich am 20. Juni von 14 bis 18 Uhr in den Ostdeutschen Heimatstuben.

Osterode

Kreisvertreter: Hans Strüver, 333 Helmstedt, Schützenwall 13. Telefon 0 53 51 / 3 20 73.

Treffen der Oberschüler. — Die „Ehemaligen“ der beiden Oberschulen aus Osterode treffen sich am Sonnabend, 10. Juli, ab 16 Uhr in Hannover im Brauer-Gilde-Haus im Ägl. Lm. Starbatty weist darauf hin, daß diejenigen Oberschüler, die 1931 — also vor 40 Jahren — ihr Abitur bestanden, sich am 10. Juli zunächst bis 16 Uhr im Hotel am Rathaus einfinden und hernach geschlossen am großen Schülertreffen im Brauer-Gilde-Haus teilnehmen.

Treffen der Kameradschaft des III./Inf.-Regt. 3 — Die Angehörigen der Kameradschaft des III. Bataillons Inf.-Regt. 3 treffen sich am Sonnabend, 4. September, in Recklinghausen, Städtischer Saalbau.

Kennen Sie die Heimat wirklich?

Die Antwort auf unsere Bildfrage O 57

Einige Einsender tippten bei dem Bild, das wir in Folge 17 vom 24. April mit der Kennziffer „O 57“ veröffentlichten, auf Jägerhöhe bei Angerburg, auf Kruttinnen, auf Wartenburg, die meisten aber erkannten richtig: Es war das Kurhaus Pillauken bei Osterode, am Drewenzsee gelegen.

„Das Bild zeigt Pillauken am Drewenzsee. Das abgebildete Gästehaus wurde 1935 von Peter Schulz gebaut, den meine Mutter in zweiter Ehe geheiratet hatte. Viele Erholungssuchende und Ausflügler fanden dort Entspannung und genossen den herrlichen Ausblick. Täglich verkehrte das Motorschiff „Konrad“ auf dem acht Kilometer langen See zwischen Osterode und Pillauken.

Aus der stattlichen Zahl der weiteren richtigen Antworten veröffentlichen wir — ohne Honorar — diesmal noch eine weitere Zuschrift, weil wir hoffen, einer treuen Leserin damit zu neuen Kontakten mit alten Bekannten zu verhelfen. Frau Lieselotte Heinrich, geb. Jeromin, schreibt: „Die abgebildete Gruppe vor der Kulisse des Kurhauses Pillauken gehörte zum Personal der Heeres-Standortverwaltung Osterode, das Bild entstand etwa 1941/43.“



bitzki (aus Gr.-Grieben stammend), Ilse Damus (Schillerstraße), Irmgard Matuttis (Mackensenstraße), Elfriede Ellwitz, Ingrid Ulrich (Graudenzer Straße), Lisa Salden (Bismarckstraße), Gerda Bachmann (Bahnhofstraße). Leider habe ich von keiner dieser Mitarbeiterinnen eine Anschrift, alle Bemühungen blieben ohne Ergebnis.“

sich auch am nächsten Tag, am 5. September, zu dem großen Osteroder Kreistreffen, das ebenfalls im Städtischen Saalbau stattfindet, einfinden werden.

Pr.-Eylau

Kreisvertreter: Gerhard Doepner, 24 Lübeck-Moisling, Knusperhäuschen 5. Telefon 04 51 / 80 18 07.

Das Kreistreffen in der Patenstadt Verden am 12. und 13. Juni brachte abermals eine Zunahme des Besuchs gegenüber den Vorjahren. Mancher war nach langer Pause einmal wiedergekommen: „Grade, weil man doch jetzt zeigen muß, daß wir da sind.“

Das vom Kreis durch Horst Schulz, Toppenrienen, herausgegebenen Heft 1 der Kreisgeschichte Pr.-Eylau, das die Ordenszeit bis 1525 behandelt, ist jetzt lieferbar und kann gegen Einsendung von 5,70 DM beim Verfasser, H. Schulz, 5 Köln, Brüsseler Straße 102, bestellt werden.

Rastenburg

Kreisvertreter: Heinrich Hilgendorff, 2321 Fiehm, Post Kletkamp. Telefon 0 43 45 / 3 66.

Zu unserem Hauptkreistreffen am 29. August wird mit sehr viel Besuch gerechnet. Es ist daher unbedingt erforderlich, sich schon jetzt um ein Übernachtungsquartier zu bemühen. Bitte wenden Sie sich dieserhalb an das Verkehrsamt bei der Stadtverwaltung in Wesel, Abteilung 80, das Ihnen gerne dabei behilflich sein wird.

Röbel

Vorsitzender des Vorbereitungsausschusses: Gerhard Wolf, 3 Hannover-Linden, Hahnenseestraße 8, Telefon 49 36 68.

Das Jahrestreffen aller Röbeler findet am 25. und 26. September in Hannover in der Gaststätte der Herrenhäuser Brauerei statt. Das ist das Ergebnis

einer Besprechung am 6. Juni in Hannover, zu der die Bundesgeschäftsführung eingeladen hatte und an der Vertreter der Kreisgemeinschaft und des Heimatbundes teilnahmen. Zur Vorbereitung des Treffens wurde ein Ausschuss gebildet, dessen Vorsitz Lm. Gerhard Wolf (Anschrift s. oben) übernommen hat.

Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Dr. Fritz Beck; Geschäftsstelle: G. Koehler, 23 Kiel, Muhlusstraße 70, Telefon Nr. 04 31 / 33 29 35.

Ein frohes Wiedersehen in der Pfalz — Ein zweites Treffen für den Entlassungsjahrgang 1940 der Klasse VI a ehemaliger „Herzog-Albrecht-Schüler“ aus Tilsit fand in diesem Jahr am 22. und 23. Mai in Malmkammer bei Neustadt an der Weinstraße statt.

Wahlau

Kreisvertreter: Werner Lippke, 2358 Kaltenkirchen, Oersdorfer Weg 37. Telefon 0 41 91 / 20 03.

Das 1. Jungendtreffen am 8./9. Mai in Lüneburg war erfolgreich. Die Referate „Neue deutsche Ostpolitik“ und „Ostpolitik aus sowjetischer Sicht 1970/1971“ eröffneten interessante Perspektiven: Wieviel Entspannung verträglich die Sowjetunion? Ist eine Isolation Westdeutschlands für die Sowjets zu erreichen?



Jetzt wird ausgeliefert

Wie uns die Druckerei mitteilt, ist die Auslieferung des Buches „Sie kamen übers Meer“, das wir in den letzten Wochen wiederholt ankündigten, in vollem Gange. Auf 216 Seiten bietet es eine konzentrierte Zusammenfassung des Geschehens der Flucht und Vertreibung und der vorausgegangenen Ereignisse. Dokumentarische Fotos auf Kunstdruckpapier illustrieren das damalige Geschehen. Haben Sie diesen wertvollen Beitrag zur Zeitgeschichte schon bestellt? Falls nicht, sichern Sie ihn sich noch heute, denn die Auflage ist begrenzt.
 Sie kamen übers Meer 8,40 DM.
 Zuzüglich 50 Pf Porto- und Versandkosten je Exemplar.
 Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft
 2 Hamburg 13, Postfach 8327

**Vorkämpfer für Ostdeutschland
 Dr. Oskar Eggert 75 Jahre alt**

Der Mitbegründer und langjährige Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, Oberstudienrat i. R. Dr. Oskar Eggert, vollendete am 16. Juni in Oberhausen das 75. Lebensjahr. Ostpreußensprecher Reinhold Rehs war leider durch eine ministerielle Besprechung in Bonn verhindert, dem verdienstvollen Mitstreiter für die Sache des deutschen Ostens selbst die Glückwünsche der Ostpreußen zu überbringen. An seiner Statt überreichte ein Mitglied des Bundesvorstandes ein wertvolles Buchgeschenk und verband damit die guten Wünsche der Landsmannschaft Ostpreußen für den Historiker Pommerns.

Im Jahre 1948 gehörte Dr. Oskar Eggert zu den Gründern der Pommerschen Landsmannschaft, deren Sprecher er dann 18 Jahre lang war, ohne es sich jemals leicht zu machen. Zusätzlich bekleidete er noch das Amt des Vorsitzenden der Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands und wurde auch in das Präsidium des Bundes der Vertriebenen berufen. Heute ist er Ehrenvorsitzender der Pommerschen Landsmannschaft wie der Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands. Stets ist Dr. Eggert in seinem umfassenden Wirken dabei auch für seine Schicksalsgefährten eingetreten. Mit geraden, schlichten Worten und der Stärke der ehrlichen Überzeugung tritt er immer wieder für die Sache des deutschen Ostens ein. Darüber hinaus fand Dr. Eggert noch die Zeit, sich eingehend mit der Geschichte seiner pommerschen Heimat zu beschäftigen. Er zeichnete sich nicht nur durch das Anlegen strenger Maßstäbe bei der Auswertung überlieferten Quellenmaterials aus, sondern lieferte auch selbst wertvolle Beiträge zur Geschichte Pommerns. War die Anerkennung seines politischen Wirkens das Bundesverdienstkreuz, so ehrten ihn, der seit fast 40 Jahren der Historischen Kommission für Pommern angehört, seine pommerschen Landsleute 1970 durch die Verleihung des Pommerschen Kulturpreises 1969. Im Jahre 1961 als Oberstudienrat in den Ruhestand versetzt, trat Dr. Eggert aus gesundheitlichen Gründen im Herbst 1969 von seinem Amt als Pommernsprecher zurück.

ODS – Schülerseminar

Der Ostpolitische Deutsche Studentenverband veranstaltet vom 9. 7. – 12. 7. 1971 im Jugendheim Malgarten bei Bramsche ein Seminar „Moral und Politik – Die Frage nach Schuld, Sühne und Strafe im politisch-historischen Bereich“. Teilnahmeberechtigt sind Schüler und Schülerinnen im Alter von 16 bis 20 Jahren. Referate werden gehalten u. a. über „Vergangenheitsbewältigung“, „Moral und Politik“, „Kriegsschuldfrage“, „Moral und Politik in theologischer Sicht“.
 Außer einem Unkostenbeitrag von 20,- DM entstehen den Teilnehmern keine Kosten; Fahrtkosten 2. Klasse werden erstattet.

Anfragen und Anmeldungen an: Hans-Michael Fiedler, 34 Göttingen, Nikolausberger Weg 112.

Die Menschen zueinander führen

Deutsch-dänische Altenreizeit der Gemeinschaft Junges Ostpreußen im Ostheim

„Zu Hause in Ostpreußen hieß es, man müsse erst einen Scheffel Salz miteinander gegessen haben, um Freundschaft schließen zu können. Hier aber war die Freundschaft schon nach zwei Tagen besiegelt“, schmunzelte Hans Linke, der Bundesgruppenwart der Gemeinschaft Junges Ostpreußen, im Speisesaal des Ostheims in Bad Pyrmont. Und der dänische Major Buhl fügte hinzu: „Wir haben eine herrliche Zeit miteinander verbracht und viel erlebt, was wir zu schätzen wissen.“

Es ging diesmal freilich nicht um die Jugend. Sie war „nur“ Initiator einer gemeinsamen deutsch-dänischen Altenreizeit im Ostheim gewesen, die Menschen aus zwei Nationen einander näher bringen sollte. Wobei der Begriff „Alt“ nicht ganz wörtlich zu nehmen ist, denn Major Buhl zum Beispiel, der die dänische Gruppe leitete, ist erst 40 Jahre alt.

Eine Woche lang lebten Ostpreußen und dänische Bürger aus Oksbøl gemeinsam im Ostheim, unternahm Wanderungen, sahen Filme wie „Schwarzes Kreuz auf weißem Mantel“ und „Unser Leben – unser Streben“, der von der Gräberarbeit der Ostpreußenjugend in Dänemark berichtet, hörten Schallplatten mit ostpreußischen Liedern und die Stimme Agnes Miegels, die einst auch in Oksbøl interniert war, besuchten das Kloster Corvey und eine Porzellanfabrik, aus der manches Erinnerungsstück den Weg nach Dänemark antrat.

Sprachschwierigkeiten gab es nicht. Wenn es einmal sprachlich schwierig wurde, half entweder der Major oder eine dänisch sprechende Ostpreußin. „Es dauerte nur Stunden, dann waren wir im schönsten Einvernehmen“, bestätigte uns Frau Rinas, die die Teilnehmer betreute.

Damit war der von der Gemeinschaft Junges Ostpreußen verfolgte Zweck dieser Frei-



Ein herzlicher Händedruck zur Besiegelung der Freundschaft: Major Buhl (lks.) und Hans Linke
 Fotos Stamm

zeit erreicht: „Der Krieg entfremdet die Völker“, sagte Hans Linke, „aber die Jugend kennt ihn nur vom Hörensagen und hat deshalb nicht die Vorurteile, die Erwachsene manchmal gegeneinander hegen. Wir waren daher der Meinung, daß die Jugend auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen sollte, die Menschen zueinander zu führen. Ich habe im Kriege Menschen sterben

sehen, und über Gräbern haben wir in Dänemark uns die Hand gereicht. Wir müssen alles tun, damit Kriege wie der letzte sich nicht wiederholen. Sinn dieser Freizeit war es deshalb, daß Menschen aus zwei Völkern, die sich einst mit Mißtrauen gegenüberstanden, sich näher kennenlernen sollten.“

Bei Egon Jensen, dem langjährigen Bürgermeister von Oksbøl und jetzigen Oberhaupt der neugebildeten Großgemeinde Blavand mit Oksbøl als Mittelpunkt, stieß Hans Linke mit diesem Gedanken auf volles Verständnis wie schon bei der ersten Altenreizeit vor vier Jahren. Auf dänischer Seite tat man ein übriges und setzte den Teilnehmerkreis anders als beim erstmalig zusammen, um die Verständigungsbasis allmählich zu verbreitern. Ein besonderes Wort des Dankes widmete Hans Linke auch der Landsmannschaft Ostpreußen, die das Zustandekommen dieser Freizeit finanziell ermöglichte.

Der Begegnung in Bad Pyrmont soll im August eine zweite in Oksbøl folgen, während die Ostpreußenjugend zur Gräberarbeit in Dänemark weilt. Schon jetzt wurden dazu die ersten Einladungen von dänischer Seite ausgesprochen: „Du wohnst bei mir.“ Zum gleichen Zeitpunkt wird auch die Bundesspielschar der Gemeinschaft Junges Ostpreußen in Oksbøl weilen und dort den Insassen der Altersheime Freude bereiten. Im Mittelpunkt des Treffens soll wieder eine Andacht auf dem deutschen Friedhof stehen, bei der Pastor Riger-Kusk in deutscher Sprache der Toten aller Völker gedenken wird. Den Abschluß bildet ein musischer Abend vor dänisch-deutschem Publikum im Tourist-Hotel von Oksbøl. Im Oktober schließlich wird eine offizielle Abordnung der Gemeinde Blavand mit Bürgermeister Jensen, Pastor Riger-Kusk und Oberstleutnant Baron Gyl-denkrone, dem Kommandeur der Panzerschule Oksbøl und Mitglied des Gemeinderates, in die Bundesrepublik kommen.

„Skal“ und „Prost“ klang es durcheinander, als Major Buhl zum Abschluß der Begegnung in Bad Pyrmont „auf die Freundschaft“ trank. Zuvor hatten die dänischen Gäste mit kleinen Geschenken für Hans Linke, Frau Rinas und Heimleiter Horst Goerke ihrem Dank für die herzliche Aufnahme und Betreuung Ausdruck gegeben.



Wer ist Däne, wer Deutscher? Es dauerte nur Stunden, bis sie in Bad Pyrmont Freunde wurden.

„Wer die Heimat liebt wie du...“

Im Gedenken an unsere Mitarbeiterin Dr. phil. Ida Kunigk

„Ich bin ein Kind. Und alle Schatten
 schichten
 Sich wundersam, und voll Vertraulichkeit
 Summt Mutter Nacht, summt mir ins Ohr
 Geschichten...
 Geschichten hör ich, die mein Leben waren.
 Nun sind es Märchen nur... So schlaf ich
 ein.“ (Tielo)

Der große Schlaf, der unser Dasein umrundet, ist über Dr. phil. Ida Kunigk gekommen. Unerwartet ist sie am 28. Mai entschlafen. Eine Gnade für die Entrückte, ein Schock für die Familie, ja für uns alle, die wir zurückbleiben. Und ein Verlust im kulturellen Leben, der wirklich kaum zu ersetzen ist. Den Lesern des „Ostpreußenblattes“ ist Ida Kunigk herzlich vertraut, und viele Landsleute verehrten ihre beispielhaften Beiträge in Anthologien.



Die Hochbegabte war im Leben so bescheiden, daß man meinte, sie schämte sich ihres Wissens und Könnens. Sie war Schülerin der Professoren Nadler und Ziesemer. Als Mitarbeiterin am Deutschen Sprachatlas besaß sie das absolute Gehör auch für die feinsten Abtönungen unserer ostpreußischen Muttersprache, die nun zur „Heimat der Vertriebenen“ geworden ist. Im Schuldienst war die Oberstudienrätin a. D. einmal Deutschlands jüngste Studienrätin gewesen, und viele ehemalige Schülerinnen blieben ihr bis heute dankbar verbunden.

Sie war auch im Privaten Pädagogin. Nicht, daß sie doziert oder geschulmeister hätte, aber sie lebte immer der Verpflichtung, die „Stiefkinder des Lebens“ kräftig zu machen, das „Ziel

der Klasse“ zu erreichen. Mit dem sicheren Gefühl für Qualität verband sich bei ihr eine Macht des Glaubens, die jeden, an den sie glaubte, trug. Sie gebot über jene Liebe, deren Wunsch es ist, „seinen Mitmenschen ohne jeden Grund und Selbstzweck Gutes zu erweisen“ (A. Brust).

Sie war nicht nur eine Ostpreußin, sie war Ostpreußen. Sie lebte die Heimat. Wer mit ihr zusammenkommen durfte, der kam nach Hause. Und, was wir nie vergessen sollten: sie kannte „den Ernst des Lachens“. Es gab wenig Menschen, mit denen man so von Herzen lachen konnte wie mit ihr. An dieses ihr klare Lachen wollen wir denken, damit sie uns, denen sie hier keine Freuden mehr machen kann, eine dauernde Freude bleibt.
 K. F.

Rominter Hirsch „Roland“ ist tot

Im niedersächsischen Wisentgehege bei Springe ist der Star Tausender von Berufs- und Amateurfotografen verendet – der Platzhirsch „Roland“ aus der Rominter Heide. Der vor Jahren importierte Liebling der Besucher wurde nur acht Jahre alt. 1970 war „Roland“ ein ungerader 24Ender geworden.
 Gr.

Rastplatz „Masuren“ in Bayern

Auf der neuen Autobahnstrecke Nürnberg–Würzburg gibt es jetzt einen Parkplatz, der von der Bundesautobahnverwaltung offiziell den Namen „Rastplatz Masuren“ erhalten hat. Den Namen, der an Ostpreußen erinnern soll, verkünden große Schilder.

Dieser masurische Rastplatz in Bayern ist vorbildlich. Er wirkt besonders anziehend durch seine Hügellage und den dichten Baum- und Buschbestand. Ein Königsberger Autofahrer aus München: „Ein guter Einfall! In Masuren fand man überall solche malerischen Winkel.“ Gr.

**Sorge um Vertriebenenbelange
 Sonderstatus geht verloren**

Wie berechtigt die scharfen Proteste des seinerzeitigen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen Reinhold Rehs gegen die beabsichtigte Auflösung des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte gewesen sind, dürfte durch die jüngste Entwicklung ganz augenfällig werden, die den „Rheinischer Merkur“ zu der Feststellung veranlaßte:

Als die SPD/FDP-Regierung 1969 das Vertriebenenministerium auflöste, vermuteten Opposition und Vertriebene zu Recht, daß dadurch eine Politik des Zurückweichens vor den Forderungen des Ostens angekündigt werden sollte. Bdv und CDU/CSU protestierten dagegen – wegen der Mehrheitsverhältnisse im Parlament jedoch ohne Erfolg. Immerhin: Genscher überhörte den Protest nicht und wollte durch Kooperation mit den Vertriebenen den sich anbahnenden Konflikt um die neue Ostpolitik für seinen Tätigkeitsbereich entschärfen. Er verlieh der Vertriebenenabteilung des Innenministeriums eine Sonderstellung, indem er sie sich persönlich unterstellte.

Noch Ende Mai unterstrich Genscher die Bedeutung dieser Entscheidung, als er den nach Peter Paul Nahms Rücktritt zum Ministerialdirektor und Leiter der Vertriebenenabteilung avancierten FDP-Abgeordneten Rutschke in sein neues Amt des Staatssekretärs im Innenministerium einführte. Inzwischen jedoch deutet alles darauf hin, daß der mit Rutschkes Aufstieg verbundene erneute Wechsel in der Leitung der Vertriebenenabteilung zu deren weiterer Deklassierung führen dürfte. Sie soll ihren Sonderstatus verlieren.

Aus der landsmannschaftlichen Arbeit in . .

BERLIN

Vorsitzender der Landesgruppe Berlin: Kurt Jurkowski, 1 Berlin 61, Stresemannstr. 90-102 (Europa-haus), Telefon 03 11 / 2 51 07 11.

- 4. Juli, So., 9.10 Uhr, Heimatkreis Lyck: Dampferfahrt zur Pfaueninsel, Abfahrt Kottbusser Brücke.
4. Juli, So., 16.00 Uhr, Heimatkreis Tilsit-Stadt: Tilsit-Ragnit, Elchniederung, Stargard-Saatzig: Kreistreffen im Restaurant 'Zum Alten Fritz', Berlin 27, Karolinenstraße 12. U- und S-Bahn Alttiegel, Busse 14, 13, 15 und 20.
4. Juli, So., 15.00 Uhr, Heimatkreis Labiau - Samland: Kreistreffen im Haus der ostdeutschen Heimat, Berlin 61, Stresemannstraße 90, Raum 116.
11. Juli, So., 16.00 Uhr, Heimatkreis Memelland: Kreistreffen im Vereinslokal 'Schillerlocke', Berlin 12 (Charlottenburg), Krumme Straße 63, Ecke Schillerstraße. U-Bahn Deutsches Opernhaus.

HAMBURG

Vorsitzender der Landesgruppe Hamburg: Eberhard Wiehe, 2 Hamburg 62, Am Ohlmoorgraben 14, Telefon 04 11 / 5 20 77 67. Geschäftsstelle: 2 Hamburg 13, Parkallee 86, Telefon 04 11 / 45 23 42. Postscheckkonto Hamburg 96 05.

Sonderfahrt nach Lüneburg - Alle angemeldeten Teilnehmer für die Tagesfahrt zum Ostpreußischen Jagdmuseum nach Lüneburg werden gebeten, sich am Sonntag, 19. Juni, pünktlich um 8.30 Uhr vor dem Hauptingang des Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof einzufinden. Von dort aus erfolgt die Abfahrt in einem großen Sonderbus. Es wird darum gebeten, die Teilnehmerbeiträge möglichst in passendem Geld bereitzuhalten. Die Kassierung erfolgt im Bus.

Bezirksgruppen
Bergedorf - Montag, 21. Juni, 13.30 Uhr, Busfahrt für ältere Landsleute, durchgeführt von der Polizei Hamburg, Auskunft bei Woll-Scharfetter, Alte Holstenstraße 50.

Frauengruppen
Fußbüttel - Donnerstag, 24. Juni, 15.30 Uhr, trifft sich die Frauengruppe im Bürgerhaus, Langenhorn, Tangstedter Landstraße 41 (U-Bahn Langenhorn-Markt).

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein: Günter Petersdorf, 23 Kiel, Professor-Anschütz-Straße 69, Geschäftsstelle: Kiel, Wilhelminenstraße 47/49, Telefon 04 31 / 4 02 11.

Uetersen - Nächste Versammlung am 5. Juli, 19.30 Uhr, mit Vorführung von Farbdias aus Masuren. Außerdem Anmeldungen für die Ganztagsfahrt an die Schlei am 25. Juli. - Bei der letzten Mitgliederversammlung wurden mehrere langjährige Mitglieder mit Ehrenurkunden ausgezeichnet. Für alle Anwesenden gab es außerdem eine kleine Überraschung.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Raddatz, Wolfsburg, Niedersachsen-Nord: F.-W. Raddatz, 318 Wolfsburg, Am Stammelteich 24, Telefon Nr. 0 53 61 / 4 93 45. Niedersachsen-West: Fredi Jost, 457 Quakenbrück, Hasestraße 60, Telefon 0 54 31 / 5 17. Niedersachsen-Süd: Siegfried Saßnick, 3 Hannover, Bischofsholer Damm 142, Telefon 05 11 / 81 52 33.

Arbeitstagung der Gruppe Niedersachsen-West - Im Bührener Jagdhaus bestritt der Gesamtvorstand der Gruppe Niedersachsen-West seine letzte Sitzung dieser Legislaturperiode unter Vorsitz von Fredi Jost. Im Mittelpunkt stand der am Sonntag, 9. Oktober, stattfindende Ostpreußentag unter der Schirmherrschaft des Niedersächsischen Ministers für Bundesangelegenheiten, Herbert Heilmann. Dieser Tag trägt das Motto 'Wer Gewalt anerkennt, verliert den Frieden'. In der Eröffnungsfeier um

IDEE KAFFEE Der berühmte Magenfreundliche

16.30 Uhr im Saal Gösling hält die Festrede Professor Dr. H. Wolfram aus Göttingen. Nähere Einzelheiten zum Programm und zum Ostpreußentag wird am abschließendem Festball durch Rundschreiben. Da an diesem Tage im selben Lokal um 11 Uhr die Landesdelegiertentagung stattfindet, bittet der Landesvorstand um vollständiges Erscheinen der Vorsitzenden bzw. deren Stellvertreter. Der Vorstand bittet alle Gruppen und Kreisgruppen zahlreich zum Ostpreußentag in Quakenbrück zu erscheinen und die etwaige Stärkemeldung der Landesgeschäftsstelle spätestens bis zum 30. September mitzuteilen.

Cloppenburg - Die Kreisgruppe fährt am Sonntag, dem 9. Oktober, zum Ostpreußentag der Gruppe Niedersachsen-West nach Quakenbrück. Nähere Einzelheiten über Fahrt und Programmgestaltung des Tages werden den Landsleuten unmittelbar nach der Sommerpause mitgeteilt.

Quakenbrück - Die Frauengruppe begeht ihren Sommerausflug am Dienstag, 6. Juli, nach Hamburg. Abfahrt um 7 Uhr mit Bus vom Bahnhofsvorplatz, Rückkehr gegen 22 Uhr. In Hamburg werden der Tierpark Hagenbeck und das Fährhaus Schullau besichtigt. Neben den Mitgliedern können auch Interessenten zum Fahrpreis von 25,- DM teilnehmen (bei der Anmeldung zu entrichten). Ab sofort nimmt die Frauenleiterin, Fraülein Christel Thews, Koppelstraße 6 (Telefon 29 48), täglich in der Zeit zwischen 12 und 13 Uhr Anmeldungen entgegen. Letzter Anmeldetag Mittwoch, 30. Juni.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen: Harry Poley, 41 Duisburg, Duissenerstraße 91. Stellvertreter: Erich Grimon, 493 Detmold, Postfach 296. Geschäftsstelle: 4 Düsseldorf, Duisburger Straße 71. Telefon 02 11 / 48 26 72.

Düsseldorf - Sonnabend, 19. Juni, 14.30 Uhr, Wanderung, Treffpunkt Endstation der Straßenbahn in Kaiserswerth, Führung durch Herrn Wiskant. - Donnerstag, 24. Juni, 16 Uhr, Alternativen im Eichendorffsaal des Hauses des Deutschen Ostens. Das Westdeutsche Tourneetheater Remscheid führt zum 25. Todestag von Gerhart Hauptmann eines seiner letzten Stücke 'Einsame Menschen' auf. - Dienstag, 29. Juni, 19.30 Uhr, Treffen der Paris-

Berlinerfahrer und der Freunde dieser Städte im Haus des Deutschen Ostens. Bitte Dias, Filme und Bilder mitbringen.

Köln - Ostpreußenrunde am Donnerstag, 24. Juni, 19.30 Uhr, im Kolpinghaus, St.-Apern-Straße/Ecke Heienstraße. Thema: 'Deutsche und Polen im Laufe der Jahrhunderte', von Max Wambeck, letzter deutscher Senator im polnischen Senat. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Rees - Wesel - Sonntag, 27. Juni, Tagesbusausflug nach Sondern im Hochsauerland, Fahrt über Dortmund, Lüdenscheid entlang der Listertalsperre. Sondern liegt am Biggsee und ist eine äußerst romantische Gegend. Auf dem 34 km langen Biggsee können mit Fahrgastschiffen Rundfahrten unternommen werden. Baden möglich. Mittagessen, mit Blick auf den See und das dahinter liegende Waldgebiet. Gäste herzlich willkommen. Anmeldungen bis spätestens 20. Juni bei Schatzmeister J. Knobel, 423 Wesel, Niederstraße 3.

Warendorf - Am Mittwoch, 23. Juni, Fahrt der Frauengruppe nach Heringhausen. Abfahrt 9 Uhr Wilhelmplatz, Fahrpreis 7,80 DM.

Witten - Samstag, 26. Juni, 20 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Café Jütte, Widestraße, mit Lichtbildvortrag, aktuellen Themen und Besprechung des Familienausfluges ins Rauental am folgenden Sonntag. Treffpunkt dazu 14.30 Uhr in der Gaststätte Rauendahl, Busverbindung bis Bommern (Bundesverlag oder Wasserturm), Spiele und Wettkämpfe für Kinder und Erwachsene. Jeder erwachsene Teilnehmer erhält einen Bon über 1,50 DM. - Anmeldungen für die Tagesfahrt nach Königswinter mit Dampferfahrt nach Linz am Rhein bis 20. Juli bei Lm. Blechert, Bahnhofstraße 60, Fahrpreis 10,- DM (bei Anmeldung zu zahlen). - Im Juli und August keine Zusammenkünfte.

HESSEN

Vorsitzender der Landesgruppe Hessen: Konrad Opritz, 63 Gleien, An der Liebighöhe 20, Telefon Nr. 06 41 / 3 81 47.

Kassel - Dienstag, 6. Juli, 15 Uhr, heimatische Kaffeestunde in der Gaststätte Hahn, Wolfsanger, Spiekershäuser Straße 5 (Linie 6 bis Schule Spiekeranger). - Skatabend und gemütliches Beisammensein am jedem ersten Freitag im Monat im Bürgerhaus, Holl. Straße (Linie 1).

BAYERN

Vorsitzender der Landesgruppe Bayern: Walter Baasner, 8 München 23, Clemensstraße 48/IV II., Telefon 08 11 / 30 46 86.

Würzburg - Am Sonntag, 20. Juni, Sommerausflug mit Autobus nach Schwäbisch Hall. Fahrtroute: Bad Mergentheim, Zisterzienserkloster Schöntal (Besichtigung), Friedrichsruhe (Mittagessen), Schwäbisch-Hall (Spaziergang auf die Comburg), Fest Vellberg (Kaffee und Restaurant). Kosten: Mitglieder 5,- DM, Kinder halben Preis; Gäste 10,- DM. Verbindliche Meldungen bis 16. Juni an Franz Weiß, Würzburg, Rote-Kreuz-Straße 13/4, oder telefonisch 09 31 / 7 89 59 an den Vorsitzenden Paul Bergner. - Nächstes Mitgliedertreffen im 'Volksgarten' im Steinbachtal am Dienstag, 6. Juli, 20 Uhr (Wanderung).

Erdöl im Kreis Putzig

Danzig - Unter der Überschrift 'Großer Erfolg polnischer Geologen' veröffentlicht die Danziger Zeitung 'Glos Wyrzeza' auf der ersten Seite einen Bericht, in dem es heißt, polnische Geologen hätten im Kreis Putzig wesentliche Erdölvorkommen entdeckt. Es bleibe jedoch abzuwarten, ob das hier lagernde Erdöl 'rentabel ausgebeutet werden kann.' Bis jetzt hätten sich, so schreibt die Zeitung abschließend, alle für die Probebohrung zuständigen Dienststellen - bis zum Ministerium in Warschau - 'sehr zurückhaltend' geäußert.

„Mut und Entschlossenheit zeigen“ Kultur- und heimatpolitische Tagung der Landesgruppe Bayern



Junge Generation in Bayern: Der Vorsitzende der LMO-Landesgruppe Walter Baasner (Zweiter von rechts) im Gespräch mit Landesjugendwart Jörg Lauschke (links) und dessen Stellvertretern Gerd Patzelt (Mitte) und Franz Tessun (rechts).

München - 'Die bewahren und erhalten, aber für jeden vernünftigen Fortschritt offenen Kräfte unseres Staates operieren heute zersplittert, vereinzelt, zerfahren. Die Schwäche des Guten ist wieder einmal die Stärke des Bösen. Es fehlt der gemeinsame Wille zur Konzentration, um in Freiheit zu überleben.'

Das war das Fazit einer großangelegten Rede von Dr. Heinz Burneleit, Stuttgart, Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, anlässlich der kultur- und heimatpolitischen Tagung der LMO-Landesgruppe Bayern in München. Der Redner brachte eine schonungslose Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Ost-West- bzw. West-Ost-Beziehungen unter dem Titel 'Realitäten und Irrealitäten' und eine Vorausschau auf die künftige Entwicklung. Dr. Burneleit rechnete hart mit der Ostpolitik der gegenwärtigen Bundesrepublik ab. Wegen der grundsätzlichen Ausführungen wird das Ostpreußenblatt in einer seiner nächsten Ausgaben ausführlich auf die Rede eingehen.

Zu Beginn der Tagung im Münchner Haus des deutschen Ostens gab dessen Leiter, Herr Simon, einen kurzen Überblick über das vor knapp einem Jahr eingerichtete Haus und über die damit verbundenen Schwierigkeiten.

In seinem Bericht zur Lage sagte der 1. Vorsitzende der Landesgruppe Bayern, Baasner, daß es heute für jede Partei problematisch sei, die Regierungsverantwortung zu tragen, wenn man die gesamte politische Entwicklung in der Welt sehe. Zur Unterzeichnung der Verträge in Moskau und Warschau durch Bundeskanzler Brandt und Bundesaußenminister Scheel meinte Baasner u. a. wörtlich: 'Statt des Husarenritts nach Osten wäre es für die Bundesrepublik Deutschland besser gewesen, das Bündnis mit dem Westen zu pflegen und weiter zu festigen.'

Baasner richtete an die fast hundert Delegierten der Landesgruppe, Vorsitzende der Bezirks-, Kreis- und örtlichen Gruppen, sowie die Leiterinnen der Frauengruppen, Jugendgemeinschaf-

ten und Arbeitskreise, Kultur- und andere Fachreferenten, die ernste Warnung, nicht alles zu glauben, was in Presse, Hörfunk und Fernsehen geboten werde. 'Wenden Sie sich Medien zu, die noch objektiv sind', rief Baasner aus. 'Das Ostpreußenblatt ist vielen zu politisch. Aber - wo wollen Sie sich denn überhaupt noch orientieren? Nur dort können Sie sich noch unvoreingenommen informieren!'

Der Erste Vorsitzende schloß seinen knappen inhaltsreichen Bericht mit mahnenden Worten an die Leiter aller Gruppierungen, mehr denn je zusammenzuhalten. 'Es liegt an uns, Mut und Entschlossenheit zu zeigen und nicht zu resignieren.'

Als besonderes und erfreuliches Ereignis werteten die Landsleute die Teilnahme des für die landsmannschaftliche Arbeit beim Ostpreußenblatt zuständigen Redakteurs Horst Zander, Hamburg. In einem dynamischen Referat sprach er über 'Unsere Landsmannschaft und unser Ostpreußenblatt heute', das bei den Teilnehmern lebhafteste Anerkennung fand.

Mit der Arbeitstagung in München (auf deren Ergebnis das Ostpreußenblatt bereits in Folge 24 auf Seite 14 hingewiesen hat) verbunden waren auch die satzungsgemäßen Wahlen des Vorstandes der Landesgruppe Bayern. Beim geschäftsführenden Vorstand ergaben sich keine Veränderungen, alle wurden einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender Walter Baasner, 2. Vorsitzender Horst Roßoll, Schatzmeister Kurt Weinert, Schriftführer Otto Pahlke, alle München.

In den erweiterten Vorstand wurden folgende Landsleute gewählt: Erich Diester, München, kultur- und heimatpolitischer Referent; Helmut Damerau, München, Referent für politische und landsmannschaftliche Grundsatzfragen; Gerhard Baczko, Erlangen, Aktionsreferent; Klaus Molkenint-Howen, Schwabach, Sozialreferent; Dr. H. Radke, Oberschleißheim, Referent für Presse und Öffentlichkeitsarbeit. In den Landesjugendausschuß gewählt wurden Irma Danowski, Ansbach, und Elfriede Schimanski, Schweinfurt. Bestätigt in ihren Ämtern wurden Frauenreferentin Anni Walter, Augsburg, und die Jugendreferenten Jörg Lauschke, München, Franz Tessun, München, Gerd Patzelt, München, die von den Delegierten ihrer Gliederungen bereits gewählt worden waren, Kassenprüfer wurden Kurt Heberle und Oskar Stürz, beide München.

Am zweiten Tag der Tagung sprach Landesjugendwart Jörg Lauschke harte und klare Worte zur Jugendarbeit im Lande und zur Gemeinschaft Junges Ostpreußen. Über Aufgaben zur Intensivierung der Ostkunde im Unterricht befaßte sich Erich Diester. Als wichtigen Kulturreferent Gerhard Baczko und mit Maßnahmen der heimatpolitischen Aktionsausschüsse referatbeitrag stellte Anni Walter die Frauenarbeit heraus.

Jugendarbeit in Bayern

Der kultur- und heimatpolitischen Arbeitstagung vorausgegangen war der Landesjugendtag der Gemeinschaft Junges Ostpreußen, Landesgruppe Bayern, in Eichstätt. Die Zusammenkunft war gekennzeichnet durch zwei wegweisende Referate des Bundesgeschäftsführers der Gemeinschaft Junges Ostpreußen, Gerhard Neumann, Hamburg, über 'Gefährdungsmomente der deutschen Demokratie und ihre Ursachen' und 'Innere und äußere Kräfte in der deutschen Politik als entscheidende Faktoren'. Beide Referate (das eine Sonntagabend, das andere Sonntag gehalten) schlossen sich lebhaften Diskussionen an. Bei der Neuwahl der Landesgruppenführung kamen die schon oben genannten und von der Delegiertentagung des Erwachsenenverbandes als Jugendreferenten bestätigten jungen Landsleute Lauschke, Tessun und Patzelt an die Spitze der GJO-Bayern. Herzlich wurde der bisherigen Leiterin der GJO-Landesgruppe, Elfriede Schimanski, gedankt, die nicht mehr kandidierte. In einem Gespräch mit dem Ostpreußenblatt bat Landesjugendwart Jörg Lauschke um den Hinweis, daß alle Jugendlichen, die sich im Lande Bayern für Jugendarbeit interessieren, sich an ihn oder einen seiner Vertreter wenden mögen. Seine Anschrift: 8 München 90, Am Bergstieg 9.

Horst F. Jürgens

Anna Fieberg

Bootsfahrt mit Hindernissen

Wir machten einen Personalausflug unserer Firma L. Bartenwerfer, Inh. Richard Deskau, Tilsit, Deutsche Straße 66 (Porzellan, Kristall, Glas en gros und en détail) — doch ich brauche nicht mehr aufzuzählen, denn jeder alte Tilsiter kennt die Firma Bartenwerfer noch. Also genau gesagt, es war eine Motorbootfahrt nach Ragnit, Westerplatte. Für die Rückfahrt war Lampionbeleuchtung vorgesehen, eventuell auch Mondschein, aber jetzt vergoldete die Abendsonne noch die Ufer der Memel. Wir hatten um sieben Uhr Geschäftsschluß gemacht, sonst lief der Betrieb bis gegen acht Uhr. Man schrieb das Jahr 1912.

Von der Anlegestelle, nahe der Luisenbrücke, starteten wir zu fröhlicher Fahrt. Unser Motorboot brauste in flottem Tempo los. Uppig belegte Brote und Kartoffelsalat wie auch reichliche Getränke hobten die ohnehin schon beste Stimmung, und so wurde dann natürlich auch aus voller Kehle und frischer Brust gesungen. Was lag näher als mit „Goldene Abendsonne“ zu beginnen, die Strom und Ufer wirklich in Gold getaucht hatte! Dann folgten Operettenschlager.

Wie schön war doch immer eine Fahrt auf der Memel. An dem einen Ufer ging's am Engelsberg vorbei, dann der Schloßberg und Obereißeln, die litauische Schweiz. In Ragnit wurden wir mit Hallo empfangen. Freunde der Firma Bartenwerfer hatten sich eingefunden, und es gab vergnügte Stunden mit Wein, Gesang und Tanz.

Alle Teilnehmer kamen auf ihre Kosten, und erst nach Mitternacht begann die Lampionheimfahrt. Der Mondschein fiel aus, denn es hatte während unserer Feier auf der Westerplatte geregnet, der Himmel war trübe und ohne Sterne.

Nach langem Rufen und Winken ging's mit Volldampf los. „Muß i denn zum Städte hinaus“ sangen wir zum Abschied. Aber schon beim nächsten Lied gab es einen fürchterlichen Bums und einen Ruck, daß wir fast von den Sitzen flogen. Schlagartig verstummte der Gesang.

Was war passiert? Unser Bootsführer, der schon vor der Abfahrt seine Bedenken gegen die Lampionbeleuchtung angemeldet hatte, war gegen ein kleines Floß gefahren, weil die Lampions ihm die Sicht nahmen. Doch schon ging die Fahrt weiter. Gott sei Dank, es war nichts passiert. Bald kehrte die Stimmung wieder, man sang und lachte. Wir hatten wieder flotte Fahrt, und der heimatische Hafen war nicht mehr allzufern. Da unterbrach ein ohrenbetäubender Knall den Rundgesang, ein Wasserstrahl schoß hoch empor, und die Nächstsitzenden wurden patschnaß. Der Motor fiel aus, das Schiff war leck. Ein Tumult entstand, Panik! Alle Mann an die Pumpen! hörte ich, und eine andere Stimme:

„Alle nach vorne!“ Und wir stolperten über die Lampionscherben am Boden, auf dem bereits das Wasser unserer lieben Memel zu steigen begann.

Die starken Männer pumpten aus Leibeskräften, denn es ging wirklich ums Ganze. Nur wenige Schwimmer waren an Bord. Wir waren zwar nicht mehr weit von Tilsit entfernt, aber noch mitten auf dem Strom — und die Memel ist tief!

Es gelang wirklich, das sinkende Motorboot dem Ufer näher zu bringen. Wir waren nicht mehr weit entfernt vom Engelsberg und wateten durch knietiefes Wasser an Land. Nun aber begann eine Kletterpartie — der Engelsberg mußte erklommen werden. Der Lehmboden war vom Regen aufgeweicht. Wir robbten dieses Ungeheuer von Berg hinauf, etwa einen Meter höher, um einen halben Meter abzurutschen. Ein Glück nur, daß wir keine Zuschauer hatten, sie wären an Lachkrämpfen zugrunde gegangen.

Jemand rief: „Ich kann nicht mehr, bleib liegen, bis ein Unfallwagen kommt!“ Ja, wie sollte hier ein Unfallwagen diesen Lehmberg herunterrutschen? Nun waren alle Mann auf halber Höhe angelangt, und der Zaun, der den Cafégarten des Engelsberg-Restaurants nach der Memel hin abschirmte, gebot Halt.

Dem Wirt war die Firma Bartenwerfer ein Begriff, er bezog sein ganzes Porzellan und Glas von uns, aber er schlief jetzt, um 4 Uhr morgens, fest mit seinem ganzen Haus. Unser Rufen schwoll zu einem machtvollen Chor vollkommen ramponierter Stimmen an. Es muß grauenvoll geklungen haben. Wirklich, der Wirt war wach geworden. Er brüllte wütend, er wolle den Hund loslassen. Unser Prokurist donnerte dagegen: „Hier ist Firma Bartenwerfer, machen Sie auf, Mann, wir sind Schiffbrüchige, unser Motorboot liegt in der Memel!“ Nun waren natürlich alle Türen offen. Wir jedoch lehnten es ab, die gastlichen Räume zu betreten. Wir sahen grauenhaft aus: Schuhe und Strümpfe, Kleider und Mäntel lehmverdreht und durchnäßt. Aber wir waren gerettet!

Ja, es hätte tatsächlich viel schlimmer kommen können! Nach einem Morgenmarsch durch ganz Tilsit kam ich in der Kasernenstraße an. Meine Lieben hatten seit drei Uhr aus den Fenstern gesehen, jetzt war es sechs Uhr. Unsere Motorbootfahrt war in den nächsten Tagen Stadtgespräch.

Unser Chef, der nicht mit von der Partie gewesen war, sagte am Telefon zu wiederholten Malen: „Denken Sie nur, meine ganze Firma wäre diese Nacht beinahe versoffen! Ich wäre mit Fräulein Krügel allein übrig geblieben.“ Fräulein Krügel war die erste Verkäuferin, die aus irgendeinem Grunde nicht mitgefahren und so dem nächtlichen Abenteuer entgangen war.

Gerhard Weichert

Aus der Schule geplaudert

Im Jahre 1930 hielt der Oberprimaner Herbert Spirgel in der schönen Aula des Insterburger Gymnasiums eine zehn Minuten lange Rede über den Frieden. Es war keine gewöhnliche Rede, sondern Herbert hielt diese Rede im Rahmen eines internationalen Wettbewerbs, den der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, für Schüler höherer Lehranstalten der ganzen Welt ausgeschrieben hatte. Herbert hatte Erfolg und wurde als Deutschlands bester Friedensredner nach Amerika eingeladen, wo ihm der Präsident einen Preis für seine schöne Rede verlieh. Ein halbes Jahr darauf stieg er auf solche Weise berühmt gewordene Herbert Spirgel in das Abitur. Aber da sah es böse aus.

Nachdem Herbert die Oase der Deutschprüfung mit Hilfe eines selbstverfaßten, überaus schwungvollen Gedichtes erfolgreich durchschritten hatte, bewegte er sich fast nur noch in einer dünnen, vegetationslosen Wüste. Es wurde schließlich so schlimm, daß der staatliche Kommissar, Oberschulrat Dr. Reicke, die Prüfung unterbrach, den Kandidaten hinausschickte und einen Kriegsrat abhielt. Man war der einstimmigen Meinung, daß der Weltfriedensredner, dessen Name in allen Zeitungen gestanden hatte, unbedingt durch das Examen gelotst

werden müsse, und betraute den Physiklehrer mit dieser Aufgabe.

Der Prüfer holte weit aus. Er fragte den Kandidaten, was ihm wohl bei seinem Aufenthalt in Amerika, der ja in den Sommer fiel, so alltäglich besonders aufgefallen sei. Herbert wartete nicht lange. Er legte begeistert los: die himmelstürmenden Riesenbauten, die von Titanenhänden ...

Bei den Titanenhänden unterbrach ihn der Examinator: „Um Himmels willen, ich meine die Hitze, die Sie doch bestimmt erlebt haben.“

„Ja“, versicherte Herbert, ziemlich ernüchert, „es waren ganz ungläubliche Hitzegrade, das Thermometer zeigte über 80 Grad.“

„Sehen Sie, mein lieber Spirgel, darauf will ich ja hinaus. Nun sagen Sie: Welchen Namen führt denn das Thermometer, das Sie da gesehen haben?“

Spirgel schwieg.

„Aber denken Sie doch mal nach: Welches Thermometer zeigt denn, abweichend von den anderen Thermometern, so hohe Grade an?“

Herbert Spirgel überlegte, während der Lehrer seine Lippen zu einem leisen „F“ (für Fahrenheit) spitzte. Da kam ihm der rettende Gedanke: „Das Fieberthermometer!“



Hünengrab bei Rauschen

Foto Mauritius

Robert Pawel

Musikalische Rache

Da gab es im Nachbardorf zwei unzertrennliche Freunde: der eine etwas dunkler, immer zu Scherzen und Wippchen aufgelegt, der andere groß und blond mit hellen Augen. Selten war einer von ihnen allein anzutreffen; der Freund mußte immer dabei sein, wenn es galt irgendeinen Schabernack auszutüfteln. Die Leute im Dorf nannten sie nur noch die „Passer“, womit in unserem Pferdeländchen ja alles gesagt war.

Dabei mochte sie jeder gut leiden, denn mit ihren Späßchen traten sie niemand zu nahe und wurden schon gar nicht persönlich oder beleidigend. Der dunklere Georg war auch deshalb so beliebt, weil er mit wahrer Meisterschaft das Orgelspiel beherrschte und sonntags zum Gottesdienst feierlich Präludien und Choräle ertönen ließ.

So waren die beiden unzertrennlichen Jahre hindurch die Freude ihrer Umgebung, bis dem Georg eines Tages die „Frau fürs Leben“ begegnete.

Es war zunächst eine Art heimliche Liebe, die Freund Hans gar nicht gewahr wurde. Als Georg dann immer weniger Zeit für den Freund übrig hatte, erschien diesem die Sache doch verdächtig. Er brauchte sich nicht einmal viel umzusehen, bis er den „Störenfried“ ihrer Freundschaft gefunden hatte. Das Komische daran war, daß dem Hans das Mädchen auch gefiel! Und da sie sich der Georg heimlich angelacht hatte, fand sein Freund auch nichts dabei, sie ihm ebenso heimlich auszuspannen.

Es dauerte nicht lange, und Hans konnte stolz dem Freund seine bevorstehende Hochzeit mitteilen. Der war natürlich wie vor den Kopf geschlagen und konnte es überhaupt nicht fassen. Doch als sein erster Zorn verrauchte war, da dachte er noch einmal an ihre schöne und beständige Freundschaft, der so ein Ereignis eigentlich nichts anhaben dürfte. Doch eine Rache für diese Hinterlist schwor er dem Hans

schon jetzt zu; so ganz einfach sollte er nicht davonkommen. Und als er dann zur Hochzeit eingeladen wurde, sagte er freundlich zu und erbot sich sogar, für den Freund in der Kirche die Orgel zu spielen.

Das kleine Gotteshaus war bis zum letzten Platz gefüllt, und die Orgel erklang feierlich, als Brautpaar und Hochzeitsgäste eintraten und langsam zum Altar schritten. Doch auf einmal stutzte nicht nur der Pfarrer, auch die kleine Festgemeinde wußte nicht mehr, wie sie nach dem aufgeschlagenen Gesangbuch singen sollte: War das eigentlich ein Kirchenlied, das die Orgel nun intonierte? Bald konnte jeder die bekannte Melodie „Fuchs, du hast die Gans gestohlen...“ heraushören. Sie kam immer wieder in den verschiedensten Tonarten; mit wahrer Kunst zog Georg alle Register und ließ alle Orgelpfeifen ertönen.

Der kleinen Gemeinde wurde es unheimlich, und mancher geriet ins Schwitzen. Durch die ganze heilige Handlung hindurch ging die Melodie weiter und kam schließlich mit größter Lautstärke zu einem brausenden Finale. Und jeder der Anwesenden wußte: Das war wieder einmal ein Streich, den sich nur der Georg ausdenken konnte. Nein, was es da nachher vor der Kirche und erst recht bei der Hochzeitsfeier zu lachen gab! Selten hat es eine so vergnügte Hochzeit im Dorf gegeben.

Der Hase

Der einstige Fürstbischof von Ermland war ein großer Freund von Hasen. Als die Leute des Pfarrers von Heinrich eines Tages einen starken Hasen gefangen hatten, lag es nahe, diesen dem Hochwürdigen Herrn zum Präsent zu machen.

Der Hase wurde in eine Lischke gesteckt, und der Kalkant (Balgentreter) wurde beauftragt, den Hasen mit einem Begleitschreiben nach dem 30 Kilometer entfernten Frauenburg zu bringen und beim Bischof abzuliefern. Der Kalkant wußte aber nicht, daß er einen Mümmelmann transportierte.

Unterwegs plagte den Kalkanten die Neugierde, was wohl in der Lischke herumrabbelte. Ganz vorsichtig öffnete er sie und — mit einem Satz war Meister Lampe auf und davon.

Verblüfft blickte der Bote dem Hasen nach. Nun war guter Rat teuer. Was tun? Er dachte lange nach und setzte dann seinen Weg fort.

Im bischöflichen Schloß in Frauenburg gab er den Brief ab und ging danach in die Küche, um sich für den Rückweg zu stärken.

Es dauerte nicht lange, bis der Bischof mit dem Brief in der Hand in die Küche kam und fragte:

„Wo habt Ihr denn den Hasen?“

„Den Hasen?“ fragte der Kalkant unschuldig.

„Na ja, den Hasen. Euer Pfarrer hat mir doch geschrieben, er hat mit Euch einen Hasen geschickt. Das steht doch hier auf dem Papier.“

Da hörte der Hochwürdige Herr die Antwort:

„Würdiger Herr Bischof! Es ist man gut, daß er wenigstens noch auf'm Papier steht. Ich dacht all, das Biest wär ganz weg!“

A. G.



Lastkähne auf der Memel bei Tilsit

Foto Schumacher

Wir gratulieren...

zum 95. Geburtstag

Rehse, Hedwig, geb. Klein, aus Heiligenwalde und Königsberg-Ponarth, Maybachstraße 31, jetzt 404 Neuß, Schlesienstraße 7, am 19. Juni

zum 93. Geburtstag

Kummetz, Auguste, geb. Schulz, aus Angerapp, jetzt 1 Berlin 65, Afrikanische Straße 147b, bei Laabs, am 22. Juni

zum 92. Geburtstag

Ostrik, Johann, aus Pillau II, Große Fischerstr. 14, jetzt 303 Walsrode, Quintusstraße 33, am 24. Juni
Zöllner, Wilhelmine, geb. Bürger, aus Ortelsburg, jetzt 714 Ludwigsburg, Brüner Straße 10, am 24. Juni

zum 91. Geburtstag

Buyny, Charlotte, geb. Czymoch, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt 285 Bremerhaven, Langenacker 23, am 17. Juni
Czempner, Hans, aus Kreis Allenstein, jetzt 242 Eutin, Hostenstraße 4, am 24. Juni

zum 90. Geburtstag

Engellat, Franziska, geb. Götschalk, aus Bartenstein und Königsberg, Roßgärtner Predigerstraße 27, jetzt 29 Oldenburg, Münnichstraße 73a, am 24. Juni
Klingebeil, Emma, geb. Puschneritz, aus Insterburg, Georg-Friedrich-Straße 1, jetzt 233 Eckernförde, Schleswiger Straße 112, am 20. Juni
Krause, Franz, Landwirt, aus Steindorf, Kreis Labiau, jetzt 317 Gifhorn, Celler Straße 36, am 14. Juni
Scherreks, August, Obersteuereinspektor i. R., aus Braunsberg, Seeligerstraße, jetzt 28 Bremen, Uelzener Straße 1, am 23. Juni
Schönhoff, Minna, aus Pörschken, Kreis Heiligenbeil, jetzt 3524 Immenhausen, Berliner Straße 47, am 23. Juni

zum 89. Geburtstag

Brandt, Wilhelm, Gendarmiermeister i. R., aus Lyck, Christiankehmen, Kreis Darkehmen, und Rominten, Kreis Goldap, jetzt bei seiner Tochter Elisabeth Plaumann, 2301 Dänischenhagen, am 18. Juni
Tiedtke, Marie, aus Lyck, jetzt 892 Schongau, Im Tal 8 I, am 21. Juni

zum 88. Geburtstag

Chlosta, Franz, aus Götkendorf, Kreis Allenstein, jetzt 1 Berlin 27, Berliner Straße 86, am 20. Juni
Härke, Bertha, aus Gr. Engelau, Kreis Wehlau, Augustin und Friedland, jetzt zu erreichen über Kurt Krüger, 3352 Einbeck, Bismarckstr. 29, am 17. Juni
Prischmann, Luise, aus Babziens, Kreis Rastenburg, jetzt bei ihrem Sohn Ernst, 7416 Gönningen, Rentlinger Straße 44, am 21. Juni

zum 87. Geburtstag

Ehrenboth, Auguste, geb. Schiemann, aus Melonkeim, Kreis Pr.-Eylau, jetzt bei ihrer Tochter Erna Zielke, 87 Würzburg, Matternstockstraße 31, am 26. Juni
Jeschonnek, Emilie, aus Beierswalde/Glasau, Kreis Goldap, jetzt 3161 Schillerslage Nr. 99, am 26. Juni
Kaehs, Johann, aus Fürstene, Kreis Röbel, jetzt 2 Hamburg 65, Koppelweg 10, am 25. Juni
Lipski, Otto, aus Nickelsbagen, Kreis Mohrungen, jetzt 9996 Broehenzell, Altersheim, am 18. Juni
Szeplanski, Karoline, geb. Odlozinski, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, jetzt 2 Hamburg 70, Kiehmans-eggstieg 18, am 30. Mai

zum 86. Geburtstag

Kaminski, Johann, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt 519 Stolberg, Lilienweg 47, am 26. Juni

zum 85. Geburtstag

Bertulat, Albert, aus Tulpeningen, Kreis Schloßberg, jetzt 4006 Erkrath-Unterbach, Steinstraße 21, am 17. Juni
Mancke, Heinrich, aus Königsberg, Tragheimer Pulverstraße 42, jetzt 244 Oldenburg, Kurzer Kamp 15, am 26. Juni
Mauer, Otto, Verwaltungsangestellter, aus Königsberg, jetzt 1 Berlin 46, Renatenweg 15, am 26. Juni
Mikoleit, Berta, geb. Klaudat, aus Girschunen und Kalehnen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt 242 Eutin-Neudorf, Breslauer Straße 5, am 17. Juni
Naporra, Johann, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt 462 Castrop-Rauxel, Schulstraße 7, am 23. Juni
Piltz, Gustav, Uhrmachermeister und Juwelier, aus Königsberg, jetzt 62 Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 38, am 23. Juni
Spitzki, Berta, geb. Schwede, aus Guldenboden, Kreis Mohrungen, jetzt 3151 Dungenbeck, Am Anger 109, am 19. Juni
Thiel, Friedrich, aus Mertinsdorf, Kreis Sensburg, jetzt 4152 Kempen, Hoogen, Mühlenweg 10, am 18. Juni
Wiebe, Martha, geb. Frenkler, aus Tilsit, Schlageterstraße 2a, jetzt 314 Lüneburg, Godestraße 4, am 25. Juni

zum 84. Geburtstag

Janowski, Elisabeth, geb. Schütt, aus Osterode, Baderstraße 8, jetzt 244 Oldenburg, Kurzer Kamp 25, am 23. Juni
Malessa, Gustav, Bürgermeister von Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt 6415 Petersberg, Stiffler Weg 13, am 19. Juni
Ognibeni, Johanna, aus Treuburg, Steinweg 3, jetzt bei ihrem Sohn Gerhard, 401 Hilden, Haselweg 2, am 26. Juni

zum 83. Geburtstag

Hoyer, Anna, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt 1 Berlin 62, Hauptstraße 160, am 25. Juni
Kerwien, Minna, geb. Paulat, aus Königsberg, jetzt bei ihrer Tochter Frau Georg, 822 Traunstein, Hochkalter Straße 2, am 19. Juni
Knappke, Charlotte, aus Lyck, jetzt 75 Karlsruhe-Rüppur, Helnring 79, am 23. Juni
Lemm, Charlotte, geb. Hornemann, aus Danzig, jetzt 741 Reutlingen, Hegelstraße 9, am 12. Juni
Matzkuhn, Fritz, Kaufmann, aus Muhlack, Kreis Rastenburg, Rastenburg, Gerdauen und Neuteich, jetzt 401 Hilden, Hoffelder Straße 42, am 17. Juni

zum 82. Geburtstag

Krüger, Luise, geb. Walpuski, aus Erben, Kreis Ortelsburg, jetzt 5 Köln 41, Sulzgürtel 12, am 26. Juni
Wolter, Johann, aus Willpole, Kreis Tork, jetzt 2421 Nüchel, am 24. Juni

zum 81. Geburtstag

Baudeck, Ida, aus Pillau I, Lotsenstraße 6, jetzt 237 Rendsburg, Am Seekenbeck 14, am 25. Juni
Olschinski, Marie, aus Rastenburg, Straße der SA 44, jetzt 2322 Lütjeburg, Augrund 10, am 22. Juni
Schöttke, Georg, aus Königsberg, Ponarther Hofstr. 2, jetzt 463 Bochum, Eifelstraße 16, am 15. Juni

zum 80. Geburtstag

Adler, Gustav, aus Dittlaken, Kreis Insterburg, jetzt 334 Wolfenbüttel, Frankfurter Straße 24, am 25. Juni
Böhnke, Otto, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt 244 Oldenburg, Stettiner Straße 2, am 20. Juni
Botsch, Frieda, geb. Reinhard, aus Stullichen, Kreis Angerburg, jetzt 3 Hannover-Davenstedt, Hildeboldstraße 24, am 24. Juni
Dehn, Fritz, Elektromeister, aus Königsberg, Hagenstraße 34, jetzt 3001 Altwarmbüchen, Mozartstr. 18, am 18. Juni
Emmenthal, Franz, Sattlermeister, aus Labiau, jetzt bei seinen Kindern Lothar Emmenthal und Brigitte Missy, 2178 Otterndorf, Von-Klenck-Straße 4d, am 20. Juni
Goebel, Ernst, Uhrmacher, aus Pr.-Holland, jetzt 785 Lörrach, Hüfinger Straße 85, am 11. Juni
Kirstein, Valentine, aus Osterode, Friedrichstraße 4, jetzt 287 Delmenhorst, Gebrüder-Grimm-Straße 3, am 20. Juni
Labussek, Paul, Landesoberinspektor i. R. der Landesversicherungsanstalt, aus Königsberg, Schrötterstraße 173, jetzt 4 Düsseldorf, Färberstraße 30, am 24. Juni
Neidenberger, Paul, aus Allenstein, jetzt 6381 Seulberg, Hunzburgerstraße 2, am 19. Juni
Schmidt, August, Landwirt, aus Kubillen, Kreis Goldap, jetzt 2 Wulksfelde, Post Tangstedt, am 22. Juni
Wolf, Albin, aus Arnau, Kreis Samland, und Fliegerhorstkommandantur Königsberg-Devau, Personalstelle, jetzt 632 Aisfeld, Grünberger Straße 36, am 16. Juni
Wölke, Meta, geb. Panter, aus Kreis Marienwerder, jetzt 242 Eutin-Neudorf, Schweriner Straße 9, am 22. Juni
Zipprik, Hermann, Stadtoberinspektor i. R., aus Bartenstein, General-Litzmann-Straße 3, jetzt 24 Lübeck, Leuchnerstraße 1, am 28. Juni

zum 75. Geburtstag

Gießmann, Auguste, geb. Naschinski, aus Hohenstein, Kreis Osterode, jetzt 23 Kiel, Weibenburgstraße 36, am 18. Juni
Iskeleit, Otto, Kürschnermeister i. R., aus Königsberg, Unterrollberg 5-6, jetzt 6 Frankfurt, Mörfelder Landstraße 149, am 25. Juni
Jerock, Luise, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt 318 Wolfsburg-Delmenrode, Theodor-Heuß-Straße 70, am 18. Juni
Kalmus, Ida, aus Locken, Kreis Osterode, jetzt 2081 Bönningstedt, Kieler Straße 109, am 23. Juni
Kuschinske, Walter, aus Schwenkendorf, Kreis Mohrungen, jetzt 6501 Laubenheim, Schubertstraße 11a, am 23. Juni
Lalla, Minna, geb. Bieber, aus Kehlerwald, Kreis Angerburg, jetzt 3139 Riskau, am 21. Juni
Lenz, Maria, aus Stadt Felde, jetzt 238 Schleswig, Süderdomstraße 1, am 20. Juni
Rudowski, Karl, aus Liebemühle, Kreis Osterode, jetzt 215 Buxtehude, Neue Straße 9, am 20. Juni
Steputat, Ella, aus Tilsit, Stollwecker Straße 36, jetzt 24 Lübeck, Plöniesstraße 22, am 25. Juni

zur goldenen Hochzeit

Birkeleit, Albert und Frau Gertrud, geb. Baak, aus Gilge, Kreis Labiau, jetzt 2082 Uetersen, Kühlenstraße 22, am 17. Juni
Kiehl, Willy, Schneidermeister, und Frau Selma, geb. Templin, aus Willenberg und Mohrungen, jetzt 2371 Alt Davenstedt, am 11. Juni
Müller, Friedrich und Frau Auguste, geb. Schiemann, aus Gr. Langwalde, Kreis Rastenburg, jetzt 7921 Dettingen, Flurstraße 9, am 18. Juni
Willemelt, Albert und Frau Magda, geb. Nekat, aus Untereißela, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt 207 Ahrensburg, Waldemar-Bonsels-Weg 151, am 13. Juni

zum Abitur

Großmann, Gerd (Landwirt Erich Großmann und Frau Gertrud, geb. Meyer, aus Seehügel, Kreis Angerapp, jetzt 2431 Hobstin), hat am Gymnasium Neustadt das Abitur bestanden
Packhäuser, Sabine (Packhäuser, Bruno, Schmiedemeister, und Frau Elfriede, geb. Pillgramm, aus Mühlhausen, Kreis Pr.-Holland, jetzt 5158 Horrem, Rathausstraße 30a), am Albertus-Magnus-Gymnasium in Köln
Quassowski, Claus-Dieter (Hans Quassowski und Frau Erna, geb. Schmidt, aus Reichensee, Kreis Löthen, jetzt 48 Bielefeld, am Poggenbrink 35), hat am Ratsgymnasium das Abitur bestanden
Skibbe, Ulrich (Skibbe, Roland, Landwirt, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, und Frau Ursula, geb. Padefike, aus Krammsdorf, Kreis Gumbinnen, jetzt 535 Euskirchen, Im Bruch 6), am Emil-Fischer-Gymnasium
Stoll, Irmgard (Stoll, Joachim und Frau Edith, aus Rochlack und Stockhausen, jetzt 495 Minden, Fasanenstraße 5), am Städtischen Gymnasium in Bad Oeynhaus
Tessin, Rainer (Kunstmaler Heinrich Tessin † und Frau Ilse, geb. Rich, aus Lyck, jetzt 43 Essen, Hülsmanstraße 89), hat am Gymnasium Essen-Borbeck das Abitur bestanden
Thiel, Gabriele (Thiel, Kurt †, Volks- und Realschulkonrektor, und Frau Lieselotte, geb. Bubel, aus Königsberg, jetzt 63 Gießen, Asterweg 60), an der Ricarda-Huch-Schule

Von Mensch zu Mensch

Lehrer a. D. Ernst Pentzlin, früher im Kreis Fischhausen tätig, jetzt in Hamburg-Fuhlsbüttel ansässig, wurde vom Bundespräsidenten mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Seit 1948 arbeitet er ehrenamtlich in der Betreuung seiner Fischhausener Landsleute und gibt, nun 80jährig, noch den Fischhausener Heimatbrief heraus. Die Auszeichnung wurde ihm vom Hamburger Sozialsenator Ernst Weiß überreicht.

Walter Pultke, früher Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bochum, wurde vom Deutschen Sängerbund mit der goldenen Nadel für 50jährige Mitgliedschaft und einer Ehrenurkunde ausgezeichnet. Er ist noch heute aktiv im MGW „Schlägel und Eisen“ in Bochum.

Rundfunk und Fernsehen

HÖRFUNK

Sonntag, 20. Juni 1971

9.15 Uhr, Deutschlandfunk: Im dunklen Waserlauf. Gedichte von Georg Heym
11.05 Uhr, Sender Freies Berlin, 1. Programm: Galerie des Theaters. Eine überregionale Umschau mit Berliner Berichten

Montag, 21. Juni 1971

9.00 Uhr, Hessischer Rundfunk, 2. Programm: Die Iremde Hiite. Polen im Brevier
10.20 Uhr, Norddeutscher und Westdeutscher Rundfunk, 1. Programm: Politik und Sprache. Was heißt „sozialistisch“? (Schulfunk)
10.30 Uhr, Hessischer Rundfunk, 2. Programm: Frauen in der „DDR“

Dienstag, 22. Juni 1971

9.05 Uhr, Norddeutscher und Westdeutscher Rundfunk, 1. Programm: Wie macht man Frieden? Der Wiener Kongreß 1815 (Schulfunk)
19.30 Uhr, Radio Bremen, 2. Programm: Vom ideologischen Barock zum Glasbeton. Architektur in der „DDR“
20.05 Uhr, Deutschlandfunk: Krieg gegen Rußland. 3. Teil: Nach Hillers unheilvollstem Schritt
20.10 Uhr, Norddeutscher Rundfunk, 3. Programm: Schulfunk für Erwachsene. Ein Magazin zur Lebenshilfe
21.00 Uhr, Hessischer Rundfunk, 2. Programm: Abendstudio. Heute vor 30 Jahren: Unternehmen Barbarossa. Der Überfall auf die Sowjetunion

Mittwoch, 23. Juni 1971

16.00 Uhr, Westdeutscher Rundfunk, 2. Programm: Zwischen Rhein und Oder
17.45 Uhr, Bayerischer Rundfunk, 2. Programm: Das ostdeutsche Tagebuch

Donnerstag, 24. Juni 1971

16.00 Uhr, Radio Bremen, Hansawelle: Deutsche Volkslieder, gesungen vom Dresdner Kreuzchor
22.45 Uhr, Radio Bremen, Hansawelle: Bei Preußens Freiheit, die sie meinten... 2. Folge

Freitag, 25. Juni 1971

15.15 Uhr, Süddeutscher Rundfunk, 2. Programm: Archiv-Blätter aus Sachsen-Anhalt
20.10 Uhr, Norddeutscher Rundfunk und Sender Freies Berlin: Die „DDR“ zwischen Stabilität und Aufweichung

Sonnabend, 26. Juni 1971

13.15 Uhr, Saarländischer Rundfunk, Studio-welle: Orchesterkonzert. E. T. A. Hoffmann: Sinfonie Es-Dur
15.30 Uhr, Bayerischer Rundfunk, 2. Programm: Osteuropa und wir. Berichte. Kommentare und Meinungen
20.30 Uhr, Sender Freies Berlin, 1. Programm: Seespek. Hörspiel von Heinz Piontek

FERNSEHEN

Sonntag, 20. Juni 1971

12.50 Uhr, ZDF: Fragen zur Zeit. Dreißig Jahre danach. Deutschland-Sowjetunion heute.

Kennen Sie die Heimat wirklich? (A 60)



Der Teufel der Technik, der manchmal durch die Druckereien geistert, hat uns in der letzten Folge einen Streich gespielt. Er sorgte dafür, daß an dieser Stelle ein Bild erschien, das bereits seine Erklärung enthielt. Das war natürlich nicht vorgesehen. Vergessen wir also das Foto aus Folge 24.

Heute bringen wir ein neues Bild aus unserer Serie „Kennen Sie die Heimat wirklich?“ Dazu stellen wir wieder die fünf Fragen:

1. Was stellt dieses Bild dar?
2. Wann ungefähr ist das Bild entstanden?
3. Welche bemerkenswerten Einzelheiten erkennen Sie auf dem Bild?
4. Was wissen Sie darüber?
5. Welche persönlichen Erinnerungen verbinden sich für Sie mit diesem Bild?

Die aufschlußreichste Antwort wird wieder mit 20,— DM honoriert. Betrachten Sie das Bild genau und schicken Sie Ihre Antworten auf die Fragen mit der Kennziffer A 60 spätestens in 10 Tagen, also bis Dienstag, 29. Juni 1971, an

Das Ostpreußenblatt 2 Hamburg 13, Parkallee 84

Bestellung  **Das Ostpreußenblatt**
Die Zeitung erscheint wöchentlich

Neuer Bezieher: _____
Genau Anschrift: _____
Letzte Heimatanschrift (für die Kreiskartei) _____
Werber (oder Spender bei Patenschaftsabon.) Name und Anschrift: _____
Gewünschte Werbefläche: _____

Die Bestellung gilt ab sofort / ab _____ bis auf Widerruf.
Bezugsgebühr monatlich DM 3,20. Zahlung soll im voraus erfolgen für
 ¼ Jahr DM 9,60 ½ Jahr DM 19,20 1 Jahr DM 38,40 durch
 Dauerauftrag oder Einzelüberweisungen auf das Postscheckkonto 8426 in Hamburg oder auf Konto 192 344 bei der Hamburgischen Landesbank.
 gebührenfreien Einzug vom Konto des Bezieher Spenders 25

Nr. _____ bei: _____
 monatlichen Bareinzug beim Bezieher durch die Post.

Bitte ausschneiden und als offene Briefdrucksache (20 Pf) senden an: **Vertriebsabteilung**
Das Ostpreußenblatt 2 Hamburg 13 - Postfach 8047
 Parkallee 84 - Telefon (0411) 452541/42

Nach schwerer Krankheit entschlief mein lieber Mann und herzenguter Vati, unser Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Heinz Podzuhn
geb. 13. 5. 1921 † 5. 6. 1971
aus Tilsit

In stiller Trauer
Hildegard Podzuhn,
geb. Kelluweit
Sabine
und alle Angehörigen

235 Neumünster, im Juni 1971
Max-Richter-Straße 7

Tretet her, Ihr meine Lieben, nehmet Abschied, weint nicht mehr, Heilung war mir nicht beschieden, meine Krankheit war zu schwer. Wär' so gern bei Euch geblieben, denn Ihr war't mein ganzes Glück, doch ich mußte von Euch scheiden und komm' niemals mehr zurück.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief am 2. Juni 1971 meine über alles geliebte Frau, unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Oma

Maria Boczkowski
geb. Grzybek
aus Gimmendorf/Ostpr.
im 62. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz
im Namen aller Angehörigen
Emil Boczkowski

x 2712 Crivitz, den 2. Juni 1971
Bleicherstraße 8

Pfötzlich und für uns noch unfaßbar entschlief nach einem arbeitsreichen Leben unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Helene Skibbas
geb. Haupt
aus Seckenburg, Kreis Elniederung
geb. 30. 3. 1903 gest. 9. 6. 1971

In stiller Trauer
Albert Skibbas und Frau Lucie,
geb. Lindenblatt
Erwin Schilke und Frau Herta,
geb. Skibbas
Silvia und Thomas

453 Ibbenbüren-Dörenthe, Glogauer Straße 20

Die Beerdigung fand am 14. Juni 1971 auf dem Südfriedhof in Ahlen (Westfalen) statt.

Nach einem arbeitsreichen Leben voll Liebe und Güte für uns entschlief heute meine liebe Frau, unser gute Mutti, Schwiegermutter, Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Ulrike Arndt
geb. Weck

geb. am 21. 9. 1894 in Poppendorf, Kreis Wehlau

In tiefer Trauer
Gustav Arndt
Heinz Arndt und Frau Anneliese, geb. Becker
Kurt Arndt und Frau Ellen, geb. Platowitsch
Ulrich, Berndt und Ulrike
sowie alle Angehörigen

338 Goslar, Ortelsburger Straße 22, den 3. Juni 1971

Fern ihrer geliebten Heimat haben wir unsere liebe Entschlafene am 7. Juni 1971 auf dem Friedhof Feldstraße zur letzten Ruhe gebettet.

Am 25. April 1971 entschlief nach langer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Ernst Buchhorn
aus
Sollau, Kreis Pr.-Eylau, Ostpr.
im vollendeten 77. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Olga Buchhorn, geb. Schwarz
und Kinder

24 Lübeck, Grimbartweg 6

Ihre Familienereignisse werden weltweit bekannt durch Anzeigen im Ostpreußenblatt

Am 4. Juni 1971 ist meine liebe, gute Mutter, unsere immer treusorgende, liebe Omi, Frau

Margarete Nordalm
geb. Sinnhuber

nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 68 Jahren gestorben.

Jesco Nordalm
Swinda und Britta Nordalm

44 Münster/Westf., Am Schloßgarten 18
5 Köln 41, Peter-v.-Fleesteden-Straße 33

Trauerfeier und Beisetzung der Urne finden am Montag, dem 28. Juni 1971, um 14 Uhr auf dem Zentralfriedhof in Münster statt.

Wer unter dem Schirm des Höchsten sitzt und unter dem Schatten des Allmächtigen bleibt, der spricht zu dem Herrn: Meine Zuversicht und meine Burg, mein Gott, auf den ich hoffe. (Psalm 91)

Selma Harnack
geb. Fischer

† 14. 9. 1895 † 8. 6. 1971
in Venedien, Kreis Mohrungen in Bremen

Verwaltungsdirektorswitwe
aus Heilsberg, Kabathstraße 8, vormals Pr.-Holland, Markt 15

In stiller Trauer
Joachim Harnack und Frau Christel,
geb. Crueger
Werner Harnack und Frau Heiga,
geb. Böttcher
Ulrich Harnack und Frau Anneliese,
geb. Geller
Magdalena Fischer
Enkelkinder und Verwandte

Bremen, Schwerinstraße 8, den 10. Juni 1971

Ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein.

Ein liebevolles Mutterherz hat aufgehört zu schlagen. Nach langer, schwerer Krankheit entschlief unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Oma und Tante

Auguste Gudat
geb. Rammonat
Hainau, Kreis Ebenrode
geb. 11. 8. 1900 gest. 4. 6. 1971

In tiefer Trauer
Günter Taxacher und Frau Dora,
geb. Gudat, mit Uwe und Christa
5271 Frömmersbach/Gummersbach
Gerhard Gudat und Frau Marta,
geb. Zielasek, mit Udo
56 Wuppertal, Weddigenstraße 30

56 Wuppertal-Langerfeld, Weddigenstraße 30
Die Beerdigung fand am 9. Juni 1971 auf dem Friedhof in Langerfeld statt.

Über allen Gipfeln ist Ruh!

Am 28. Mai 1971 entschlief sanft im gesegneten Alter von 93 Jahren unsere gütige, geliebte Mutter, Großmutter, Urgroßmutter und Cousine, Frau

Klara Kairies
geb. Mattejat
Witwe des Schulrats a. D. Christoph Kairies aus Tilsit

In Liebe und Dankbarkeit gedenken ihrer
Martin Kairies und Frau Margot, geb. Schucht
Heinz Kairies, Apotheker, und **Frau Inge**,
geb. Langkopf, Apothekerin
Dr. med. Alfred Lübbert und Frau Jutta,
geb. Kairies
Dr. med. Hanna Schaumann
Reinhard Schaumann, Dipl.-Ing., und **Frau Ingrid**
Burghard Kairies, Dipl.-Kfm.
Friedrich Kairies
Ulrich Weicht, Dipl.-Ing., und **Frau Sabine**,
geb. Lübbert
Dr. med. Claus Lübbert
Reinhard, Peter und Verena Schaumann als Urenkel
Cousine Paula Schankath

Die Beisetzung fand am 2. Juni 1971 in Oker statt.
3382 Oker am Harz, Ordensritterstraße 32

Nach erfülltem Leben entschlief am 12. Mai 1971 meine liebe Mutter, unsere Schwiegermutter, Oma und Uroma

Hedwig Klischewski
geb. Pafzwahl
aus Lyck, Ostpreußen, Kaiser-Wilhelm-Straße 61
— Restaurant „Zur Hütte“ —

im Alter von 89 Jahren.

In stiller Trauer
Gerda Schimanski, geb. Klischewski
Bruno Schimanski
Martha Klischewski, geb. Günther
Enkel, Urenkel
und alle Anverwandten

2 Hamburg-Volksdorf, Frankring 5 d, den 2. Juni 1971

Bis zur letzten Stunde auf eine Nachricht von ihrem vermissten Sohn Ernst hoffend, entschlief nach langem, schwerem Leiden am 16. April 1971 meine liebe Mutter, Schwiegermutter, unsere gute Großmutter und Urgroßmutter

Mathilde Helm
geb. Pieper
aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit

im Alter von 84 Jahren.

In stiller Trauer
Ewald Helm und Frau Luise,
geb. Hartmann
ihre Enkel **Herbert Helm und Frau Ursel**,
geb. Heising
Dorothea Helm
ihre Urenkelin **Eva-Regina Helm**

565 Solingen, Giselherweg 8
Ihre letzte Ruhestätte fand sie auf dem ev. Friedhof Solingen-Ketzberg.

Am 30. April 1971 entschlief im Alter von 70 Jahren meine liebe Frau

Marianne Neumann
geb. Chlinski
aus Königsberg Pr., Viehmarkt 12

Sie folgte unserem Sohn
Heinz
der noch am 26. April 1945 gefallen ist.

In tiefer Trauer
Herbert Neumann

48 Bielefeld, Beckhausstraße 116
Die Beisetzung fand statt am 5. Mai 1971 auf dem Sennefriedhof der Stadt Bielefeld.

Nach einem erfüllten Leben starb im fast vollendeten 91. Lebensjahre unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwägerin und Tante

Maria Begerau
geb. Hunsalz
aus Stannen, bei Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit

In stiller Trauer
Edit Begerau, Falkensee
Rudolf Begerau und Frau Hildegard,
geb. Plauschinat
Gustav Kroll und Frau Maria,
geb. Begerau, Dahlen, Neubrandenburg
Otto Pliquet und Frau Eva,
geb. Begerau, Falkensee
Franz Sommer und Frau Eilfriede,
geb. Begerau, Aalen, Württemberg,
Sachsenstraße 17

4041 Vorst bei Neuss, Linning 28, den 25. Mai 1971

Auf dem Gemeindefriedhof in Falkensee fand sie ihre letzte Ruhestätte.

Fern der geliebten Heimat entschlief am 29. April 1971 unsere geliebte Mutter

Gertrude Kiehl
geb. Schwarz
aus Schwanis, Ostpreußen

kurz vor ihrem 90. Geburtstage.

In stiller Trauer
Fritz Kiehl, Hamburg
Gertrude Birkenhagen, geb. Kiehl,
Flensburg
und alle Angehörigen

239 Flensburg, Twedter Markt 92

Heute wurde unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Elisabeth Fittkau
geb. Hennig
aus Ludwigsberg bei Liebenühl

im Alter von 90 Jahren heimgerufen.

In dankbarem Gedenken
Charlotte Jürgens, geb. Fittkau
Arnold Jürgens
Hans Fittkau
Margarete Nowitzki, geb. Fittkau
Heinz Nowitzki
Elisabeth Legat, geb. Fittkau

468 Wanne-Eickel, An der Burg 53, Kapellen über Moers,
Bielefeld, München, den 11. Juni 1971

Pfötzlich und unerwartet entschlief am 28. Mai 1971 unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Oma

Herta Schimmelpfennig
geb. Obersteller
Gut Kermen, Kreis Angerapp

im Alter von 63 Jahren.

In tiefer Trauer
Horst Schimmelpfennig
Fam. **Werner Schimmelpfennig**

4541 Leeden, Hasberger Straße 7

Nach langem Leiden entschlief mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

William Niemann
aus Königsberg Pr., Hagenstraße 12 a

im Alter von 77 Jahren.

In tiefer Trauer
Anni Niemann, geb. Will
und alle Angehörigen

34 Lübeck, Geniner Straße 64 b, den 13. Juni 1971

Vater aller Armen,
du aller Herzen Licht und Ruh.
Am hohen Pfingstfest, dem 30. Mai 1971, rief der himmlische
Vater unsere liebe, fromme Mutter, Schwiegermutter, Groß-
mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Mathilde Dietrich

geb. Schacht

aus Schillamühle/Schönbrück, Kreis Allenstein

im Alter von 76 Jahren in sein himmlisches Reich.

Sie starb, versehen mit den Sterbesakramenten der röm.-kath.
Kirche, fern ihrer geliebten ostpreußischen Heimat in Lehnin,
Kreis Brandenburg (Mitteldeutschland).

In tiefer Trauer
im Namen aller Hinterbliebenen
Horst Dietrich

404 Neuß, Elisenstraße 19

Wir haben unsere Mutter am 4. Juni 1971 auf dem Waldfriedhof
in Lehnin zur letzten Ruhe gebettet.

Nach länger, schwerer Krankheit und nach einem Leben auf-
opfernder Liebe und Arbeit entschlief am 9. Mai 1971 meine
liebe Frau, unsere herzensgute Mutter

Luise Klunkat

geb. Peschel

aus Tilsit, Sommerstraße 3

im 67. Lebensjahre.

In stiller Trauer
August Klunkat
Dorothea Klunkat
Werner Klunkat und Familie
Ruth Klunkat

2306 Preetz, Möwenstieg 4

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, den Tod des

Diplom-Landwirts

Alfred Pleines

* 4. 9. 1902 † 19. 5. 1971

Waldrode, Kreis Ortelsburg, Goldap

anzuzeigen.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen

Maria Pleines, geb. Hein
Karl-Heinrich Pleines
Peter Pleines
und Geschwister

A. Lams, geb. Pleines

1 Berlin 41, Feuerbachstraße 23/25

Die Trauerfeier hat am Dienstag, dem 25. Mai 1971, um 11.30 Uhr
im Krematorium, Berlin 65, Gerichtstraße 37-38, stattgefunden.

Plötzlich und unerwartet entschlief in Osterode am
Harz unser lieber Vater, Großvater, Urgroßvater,
Bruder, Schwager und Onkel

Carl Schade

aus Insterburg, Ostpreußen

* 18. 7. 1893 † 29. 5. 1971

Im Namen aller Angehörigen
Walter Schade

51 Aachen, Friedrichstraße 67/69

Am 9. Juni 1971 verstarb unerwartet der

Angestellte

Wolfgang Born

im 68. Lebensjahre

Der Verstorbene war seit dem Jahre 1956 bei den Heimat-
auskunftstellen in Lübeck tätig und wurde als erfahrener und
wertvoller Mitarbeiter geschätzt.

Wer werden sein Andenken in Ehren halten.

Der Finanzminister
des Landes Schleswig-Holstein
Quaïen

Der Vorsitzende
des Personalrates
Wokulat

Fern seiner lieben Heimat verstarb am 19. Mai 1971 nach kurzer,
schwerer Krankheit, jedoch für uns plötzlich und unerwartet,
mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Opa,
Bruder, Schwager und Onkel

Gustav Jegotka

aus Tannenheim, Kreis Johannisburg, Ostpreußen

im Alter von 75 Jahren.

In stiller Trauer

Auguste Jegotka, geb. Sott
3251 Halvestorf-Hope Nr. 95
Irma Pieper, geb. Jegotka, und Familie
3251 Groß-Berkel, An der Breite 3
Elli Albert, geb. Jegotka, und Familie
3251 Groß-Berkel, Unter dem Totenberg 21
Manfred Jegotka und Familie
322 Alfeld (Leine), Karl-Krösche-Straße 8

Die Beerdigung fand am 23. Mai 1971 statt.

Wir trauern um meinen treusorgenden, lieben Mann, um
meinen stets gütigen Vati

Kreisbauinspektor a. D.

Paul Hinz

aus Osterode, Ostpreußen

der im 85. Lebensjahre von uns gegangen ist.

Frieda Hinz, geb. Boguhn
Hannelore Kronenberg, geb. Hinz

3113 Suderburg, Sietstraße 5
Die Beisetzung fand am 9. Juni 1971 in Suderburg statt.

Nach schwerer Krankheit entschlief heute mein lieber Mann,
unser guter Vater und Großvater, Bruder, Schwager, Vetter,
Onkel und Großonkel

Wolfgang Born

geb. 16. 2. 1903 gest. 9. 6. 1971
aus Dommelkeim, Kreis Bartenstein

In stiller Trauer

Hildegard Born, geb. Wenk
Jürgen Born und Frau Jutta
Erich Bihl und Frau Urte, geb. Born
Klaus Eichhorn und Frau Elke, geb. Born
Dörte Born
7 Enkel
und alle Angehörigen

2418 Ratzeburg, Roonstraße 7, den 9. Juni 1971

Müh' und Arbeit war Dein Leben,
Ruhe hat Dir Gott gegeben.

Fern seiner geliebten Heimat entschlief sanft am 23. Mai 1971
im Alter von 70 Jahren mein lieber Mann und guter Vater,
Schwiegervater, Opa, Schwager und Onkel

Karl Riemke

In stiller Trauer

Frieda Riemke, geb. Lau
Herbert Riemke und Frau Margret,
geb. Rabe
Birgit als Enkelkind
und alle Verwandten

4923 Extertal-Asmissen, Linderhofe 63

Lasset uns nicht trauern
darüber,
daß wir ihn verloren haben,
sondern
wir wollen Gott dankbar sein
dafür,
daß wir ihn gehabt haben.

Am 17. Mai 1971 erlöste der Herr
meinen lieben Mann, unseren
guten Vater, Schwiegervater,
Großvater, Urgroßvater, Bru-
der, Schwager und Onkel

Wilhelm Zakrzewski

aus Brodau/Ostpreußen

im 87. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen:

Wilhelmine Zakrzewski
geb. Bukowski

3041 Meinholz Nr. 16, im Mai 1971

Die Beisetzung hat am Freitag,
dem 21. Mai 1971, vor der Fried-
hofskapelle Wietendorf statt-
gefunden.

Deutliche Schrift
verhindert Satzfehler



Fern seiner unvergessenen Heimat starb im
92. Lebensjahre mein lieber Vater, Großvater,
Onkel und Schwager, der

Landwirt und ehemalige Kreisbetreuer
des Heimatkreises Stallupönen (Ebenrode)

Gustav Spieß

am 24. April 1971.

In stiller Trauer

Gerta Hufenbach, geb. Spieß
Horst Hufenbach
Hans-Joachim Hufenbach

1 Berlin 21, Zinzendorfstraße 7, den 10. Juni 1971

Die Trauerfeier haben stattgefunden.

Heute entschlief nach kurzer Krankheit plötzlich und
unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater,
Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und
Onkel

Horst Eckloff

aus Schirten, Kreis Hellingenbeil

im Alter von 66 Jahren.

In stiller Trauer

Elly Eckloff, geb. Schmidt
Heinz Eckloff
Roswitha Eckloff
Helga Eckloff, geb. Limbach
Enkelkind Lothar
Familie Kurt Eckloff

5202 Kurscheid, Altenburg, Neuß, den 30. Mai 1971

Plötzlich und für uns alle noch unfassbar entschlief am 1. Juni
1971 nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser
guter Vater, Schwiegervater und Opa

Otto Wacht

aus Wolfsee, Kreis Lötzen, Ostpreußen

im Alter von 78 Jahren.

In stiller Trauer

Elfriede Wacht, geb. Bytzeck
und Kinder

65 Mainz-Laubenheim, Schubertstraße 9

Die Beisetzung hat am 5. Juni 1971 stattgefunden.

Nach einem erfüllten, arbeitsreichen Leben entschlief am
25. Mai 1971 unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und
Onkel

Müllermeister und Mühlenbauer

Otto Podszuweit

aus Kiesdorf, Kreis Schloßberg

im Alter von 75 Jahren.

In stiller Trauer

im Namen aller Angehörigen
Willy Podszuweit

24 Lübeck, Gertrudenstraße 15

Trauerfeier war am 1. Juni 1971 um 11.15 Uhr in der Kapelle
des Burgtor-Friedhofes.

Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief heute mein lieber Mann, unser
guter Vater und Großvater

Bernhard Drucekler

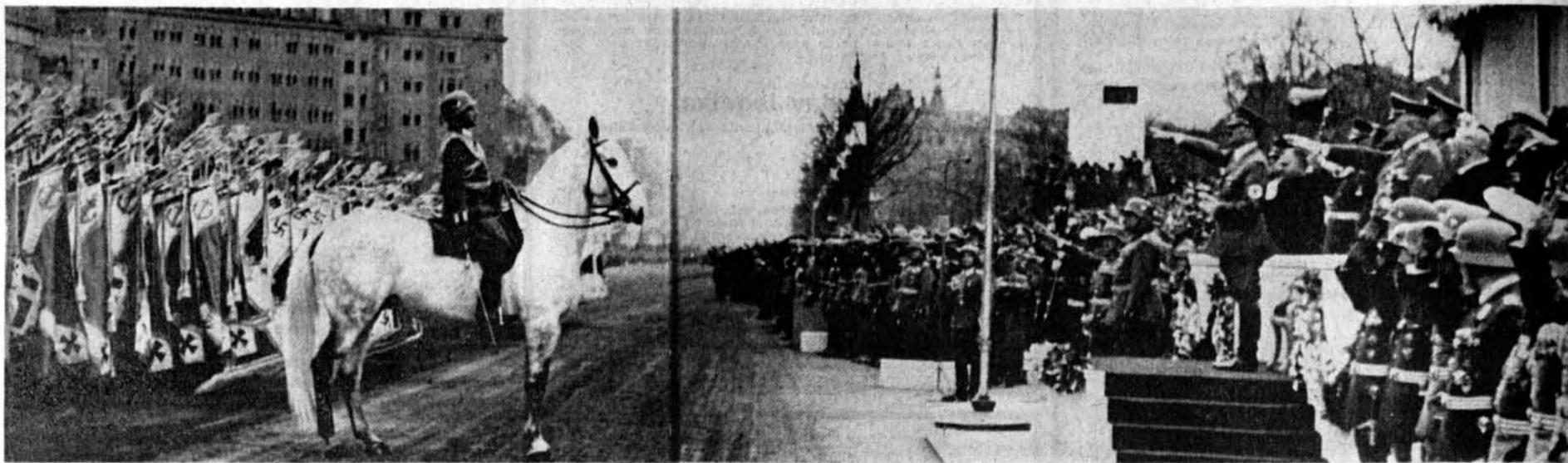
Landgerichtsdirektor a. D.

aus Zinten, Ostpr., Hindenburgallee 3

Es trauern um ihn

Susanne Drucekler, verw. Riedelsberger, geb. Gernhöfer
Dietrich Müller und Frau Regine, geb. Drucekler
Klaus Müller und Frau Wiebke, geb. Petersen
Ekkehard Sensfuß und Frau Elisabeth, geb. Müller
Karl Riedelsberger und Frau Anke, geb. Rohmann
Peter Riedelsberger und Frau Sonnhild, geb. Klein
im Namen aller Verwandten

817 Bad Tölz, Am Winacker 15, den 6. Juni 1971



Letzte Geburtstagsparade am 20. April 1939: Vier Monate später vereinbarten sich Hitler und Stalin über die Aufteilung Polens

Foto: Archiv

Kein Krieg kommt aus heiterem Himmel. Er wurzelt vielmehr in Ereignissen und Entscheidungen, die von den Völkern oft nicht sogleich in ihren Zusammenhängen erkannt werden. Was den 2. Weltkrieg angeht, so sind die Ursachen verhältnismäßig leicht aufzuspüren. Diese Ursachen liegen nicht zuletzt in dem Versailler Vertrag begründet. Aus diesem „Frieden von Versailles“ mußte in dem Augenblick eine kritische Situation entstehen, wenn in dem geschlagenen Deutschland der Versuch unternommen würde, die Bedingungen dieses Diktats zu lockern oder gar sich ihrer zu entledigen. Aber selbst das würde nicht so einfach gewesen sein, wenn nicht die materielle Not, die die breiten Schichten des deutschen Volkes erfaßt hatte, die Menschen für die Parolen aufgeschlossen hätte, die eben Versailles als die Ursache allen Unglücks bezeichneten.

Dabei ist es keineswegs so, daß erst Hitler das Diktat gebrandmarkt hätte, vielmehr haben sich frühere Reichsregierungen und auch sozialdemokratische Staatsmänner und Politiker mit Entschiedenheit gegen diesen Vertrag von Versailles gewandt. Das bezog sich sowohl auf die den Deutschen auferlegten Reparationen wie auf die Gebietsverluste, die das Deutsche Reich hinnehmen mußte. Zu diesen Entscheidungen, die sich auf das Territorium Deutschlands bezogen, gehörte vor allem die Abtrennung Ostpreußens vom Reich, die Errichtung der „Freien Stadt“ Danzig und des Korridors, der Polen einen direkten Weg zur Ostsee ermöglichen sollte. Es hat deshalb auch im Lager der Alliierten nicht an mahnenden Stimmen gefehlt, die zum Beispiel in der für Danzig und den Korridor geschaffenen Entscheidung die Wurzel eines größeren Übels und den Ausgangspunkt künftiger militärischer Auseinandersetzungen gesehen haben.

Hitler hat in den Jahren seines Ringens um die politische Macht in Deutschland diesen Kampf vorwiegend in einer Auseinandersetzung mit dem Versailler Diktat und seinen Folgeerscheinungen geführt. Da das Nachkriegsdeutschland in den zwanziger Jahren eine zunehmende Verelendung der Massen erfuhr, kann es eigentlich nicht wunder nehmen, daß Hitlers Parolen eine starke Anziehungskraft auszuüben vermochten.

Nach 1933 ging Hitler zielstrebig daran, die „Fesseln des Versailler Vertrages“ zu lösen. Im Jahre 1935 stand die vom Völkerbund überwachte Abstimmung des Saarlandes an, das sich mit 99 Prozent für die Rückkehr zum Reich entschied. Ubrigens eine Entscheidung, die Frankreich auch korrekt respektiert hat. Am 1. März 1935 kehrte das Saarland zu Deutschland zurück. Ein Konkordat, das Hitler mit dem Heiligen Stuhl abschloß und das von Franz von Papen und dem damaligen Kardinal-Staatssekretär und späteren Pacelli-Papst in Rom unterzeichnet wurde, trug ebenfalls wesentlich dazu bei, das neue Regime in Deutschland aufzuwerten.

Versailles wird demontiert...

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Remilitarisierung des Rheinlandes, alles das waren Stationen, die Hitler in dem Glauben bestärkten, daß er eine Revision des Versailler Vertrages durchführen könnte, ohne daß es deswegen zu einem Kriege kommen würde. Hätte beispielsweise allein nur Frankreich gegen die Remilitarisierung des Rheinlandes mit einer militärischen Aktion geantwortet, so wäre das für Hitler zu einem Fiasko geworden. Die in die Städte des Rheinlandes „symbolisch“ einmarschierende Wehrmacht — es waren Einheiten in Bataillonsstärke — vermochten sich zwar des Jubels der Bevölkerung zu erwehren, mit starken Waffen anrückenden französischen Verbänden wären sie jedoch hoffnungslos unterlegen gewesen.

Heute fragt man sich, weshalb wohl die Westmächte damals nicht eingegriffen und Hitler gestoppt haben. Wir vermögen nicht der sowjetischen These zu folgen, daß die Großindustrie dieser Länder mit Hitler im Bunde war; vielmehr glauben wir, daß die psychologische Situation in den westlichen Ländern ein nicht unerheblicher Faktor für die Entscheidung

ihrer Regierungen war. Denn sowohl in England wie auch in Frankreich hatte sich im Verlaufe der Jahre immer mehr die Überzeugung durchgesetzt, daß man einen Weg finden müßte, um Versailles zu überwinden. Hinzu kam allerdings, daß Hitler zunächst mit einer so geschickten Überrumpelungstaktik zu arbeiten vermochte, daß seinen Gegenspielern wenig Raum für eigene Schachzüge blieb.

Der „Anschluß“ Österreichs ist in einem gewissen Sinne auch unter diesem Aspekt gesehen worden. Als sich die Österreicher auch nach dem verlorenen Kriege 1918 zur gemeinsamen deutschen Nation bekannten, trafen sie auf das Verbot der Siegermächte. Der von Hitler propagierte „großdeutsche Gedanke“ hat in Österreich weit mehr Widerhall gefunden als etwa in den preußischen oder anderen Gebieten des Reichs. Das mag darin begründet sein, daß Wien einmal die Hauptstadt eines größeren

und als das Ergebnis einer massiven Erpressung gewertet.

Kehren wir noch einmal zum Münchner Abkommen zurück: unbestreitbar ist, daß damals vielfach geglaubt wurde, nunmehr könnte eine Epoche friedlicher Entwicklung anbrechen. Man hielt Hitler für saturiert. Wie hat Hitler die Situation eingeschätzt? Nachdem die Saarfrage gelöst war, hatte er mehrfach erklärt, daß es nun keine territorialen Fragen mit Frankreich mehr geben werde. Das wurde jenseits des Rheins so verstanden, daß Elsaß-Lothringen für Hitler kein Problem sei. Im Westen gab es für Hitler auch nichts zu erben. Er mag von dem Gedanken ausgegangen sein, daß der Westen ihm freie Hand lasse, wenn er in Mittel- und Osteuropa eine Veränderung der Landkarte anstreben werde. Es war aber kaum anzunehmen, daß die Westmächte auf lange Sicht gesehen ein Volk in der Mitte Europas, daß die 100-

fassung bestätigt, Paris und London hätten sich aus dem Grunde auf Kosten der Tschechoslowakei mit Deutschland geeinigt, um selbst nun Ruhe und außerdem Hitler auf Osteuropa abgelenkt zu haben.

Von diesen Überlegungen ihrer Politiker hatten die Völker selbst keine Kenntnis: Chamberlain war auf dem Londoner Flughafen begeistert begrüßt worden, als er von seinem Treffen mit Hitler zurückgekehrt war und der französische Premier Daladier stand lange unter dem Eindruck des Empfanges, den ihm die Franzosen bereiten, als seine Maschine in Le Bourget gelandet war. Schließlich verdient hier festgehalten zu werden, daß die französische Kammer das Münchner Abkommen mit der erdrückenden Mehrheit von 535 gegen 75 Stimmen bei 3 Enthaltungen ratifizierte. Damals glaubten die französischen Abgeordneten, daß mit München der Frieden gerettet sei; viele von ihnen sprachen aus, daß die Korrektur des Unrechts von Versailles den Weg für eine echte Völkerverständigung öffnen werde.

Anders schon lagen die Dinge an der Themse: der nach London zurückgekehrte Neville Chamberlain mag von der Absicht erfüllt gewesen sein, der Opposition Wind aus den Segeln zu nehmen, als er die Billigung des von ihm unterzeichneten Abkommens mit einer Steigerung der britischen Rüstung verband, und in der Tat wurden durch das Unterhaus, das seine Sitzungen am 3. Oktober aufnahm, die Militärkredite um 100 Prozent angehoben. Statt der 400 sollten in Zukunft 800 Pfund Sterling aufgewendet werden. In der viertägigen harten Aussprache über die Politik der Regierung Chamberlain hatte der Erste Lord der Admiralität, Duff Cooper, seine Bedenken angemeldet; vor allem aber war es Winston Churchill, der für die konservative Opposition Worte scharfer Kritik fand. Nur ganz knapp konnte eine Regierungskrise vermieden werden, wenn auch die Erklärung der Regierung: „Das Unterhaus spricht der Politik der Regierung Seiner Majestät, durch die in der gegenwärtigen Krise der Krieg vermieden wurde, seine Billigung aus und unterstützt ihre Bemühungen zur Sicherung eines dauerhaften Friedens“, noch eine Billigung von 369 gegen 150 Stimmen fand. Die von der Regierung gewählte Formulierung, daß durch ihre Politik in der gegenwärtigen Krise ein Krieg verhindert wurde, mag dabei die Brücke für die Billigung des Münchner Abkommens gewesen sein.

Churchills Rede

Churchill hatte in seiner Unterhausrede zum Münchner Abkommen erklärt, „niemals kann es Freundschaft geben zwischen der britischen Demokratie und der Nazimacht“ und er hatte München nicht als das Ende, sondern als „den Beginn einer Abrechnung“ bezeichnet, „bloß der erste Schluck, der Vorgeschmack des bitteren Trankes“, solange bis „wir in einer großartigen Wiedergewinnung unserer moralischen Gesundheit und kriegerischen Stärke von neuem entstehen und mutig eintreten für die Freiheit wie in alter Zeit“. Churchills Rede fand damals keineswegs ungeteilten Beifall, denn man erinnerte sich daran, daß er am 17. September 1937 — also ein Jahr früher — in einer Rede wörtlich erklärt hatte: „Man kann das System des Herrn Hitler mißbilligen und dennoch seine patriotische Leistung bewundern. Wenn unser Land jemals geschlagen würde, könnte ich nur wünschen, wir möchten einen ebenso unbeugsamen Vorkämpfer finden, der uns unsere Macht wiedergäbe und uns auf den Platz zurückführte, der uns in der Völkergemeinschaft gebührt.“

In diesen Oktobertagen des Jahres 1938 jedoch wurde deutlich, daß eine weitere Veränderung der europäischen Landkarte zu einem militärischen Zusammenstoß mit Hitler führen mußte. Obwohl auch Hitler diese Entwicklung kaum verborgen bleiben konnte, gab er seinem Generalstab die Weisung, Vorbereitungen für die Erledigung der „Rest-Tschechei“ zu schaffen für den Fall, daß sie „etwa eine deutschfeindliche Politik treiben“ würde.

Die Würfel rollten weiter. Im Moskauer Kreml beobachtete Josef Stalin mit konzentrierter Aufmerksamkeit den Fortgang dieses gefährlichen Spiels. Wird fortgesetzt

Blick in unser Jahrhundert:

Die Würfel rollen...

Europa nach dem Münchner Abkommen

„Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ war, solange, bis 1806 der Kaiser Franz die deutsche Kaiserkrone niederlegte. Das war zu der Zeit, da Napoleon den Höhepunkt seiner Macht erreicht hatte und darangegangen war, Europa in seinem Sinne neu zu ordnen.

Die Kanzler Dollfuß und Schuschnigg vermochten auch nicht das Volk gegen Hitler zu mobilisieren; der „Blumenfeldzug“ nach Österreich, über den es unzählige Bilddokumente gibt, zeigt, daß Hitler mit seinem Gedanken vom Großdeutschen Reich in der Bevölkerung Österreichs einen starken Widerhall gefunden hatte. Aber selbst österreichische Nationalsozialisten haben sich die Entwicklung anders vorgestellt. Sie glaubten vor allem, daß der „Österreicher“ Adolf Hitler den Schwerpunkt des neuen Großdeutschen Reichs in die alte Kaiserstadt Wien verlegen werde und sie waren folglich maßlos enttäuscht, als Österreich, „zur Ostmark“ degradiert, in Gaue aufgeteilt und von Berlin aus durch Reichsstatthalter verwaltet wurde.

Selbst als die Engländer und Franzosen sich bereit fanden, in München — im Zusammenwirken auch mit Italien — jenes Abkommen zu unterzeichnen, von dem Prag heute verlangt, daß es „von Anfang an ungültig“ gewesen sein soll, wichen die westlichen Demokratien weniger vor der Waffendrohung Hitlers zurück. Vielmehr war bei ihnen — zumindest unterschiedlich — gegenwärtig, daß nach dem Ersten Weltkriege das Sudetenland ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung und das Selbstbestimmungsrecht der Tschechoslowakei zugeschlagen worden war. Die „Väter“ der Tschechoslowakei haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß dieser Staat zur Eindämmung der deutschen „Hegemonie“ geschaffen worden war. Vor allem aber stützten sich die Engländer bei ihren Entscheidungen auf das Gutachten des in die Tschechoslowakei als Berichterstatter entsandten Lord Runciman, der die Rückgabe der deutschen Gebiete ausdrücklich empfohlen hatte.

Wer diese Zusammenhänge mißachtet oder nicht berücksichtigt, muß ganz zwangsläufig zu einer Fehlbeurteilung der Lage kommen. Dieses von Hitler proklamierte „Heim ins Reich“ — das sich ebenso auf Memel bezog, war aber in dem Augenblick nicht mehr glaubhaft, als die garantierte Rest-CSR besetzt und zum „Protektorat Böhmen und Mähren“ erklärt wurde. Die von dem Staatspräsidenten Hacha, einem früheren hohen Verwaltungsjuristen altösterreichischer Schule ausgesprochene Bitte, dieses Gebiet ebenfalls „in den Schutz des Reiches“ zu nehmen, wurde im Westen nicht mehr geglaubt

Millionen-Grenze überschreiten mußte, tolerieren würde. Eine solche Kraft würde — vor allem nach englischer Auffassung — das „Gleichgewicht Europas“ verändern.

Weshalb also haben die Engländer das Abkommen in München unterzeichnet, obwohl sie damit rechnen mußten, daß Hitler den Anschluß des Sudetenlandes auch nur als eine Ausgangslage für weitere Aktionen ansehen werde? Sicherlich wird auch hier die Geschichte erst die letzte Antwort geben können: war man tatsächlich bereit zu glauben, Hitlers Expansionsdrang werde mit dem Sudetenland restlos befriedigt sein? Oder aber fühlten sich die Westmächte militärisch noch nicht stark genug und wollten zunächst einmal Zeit gewinnen, um bei sich selbst die Voraussetzungen für eine spätere Auseinandersetzung zu schaffen?

Nach dem Ersten Weltkriege hatte man den Völkerbund gegründet; Deutschland hatte diesem Gremium der Völker — in gewissem Maße einem bescheidenen Vorläufer der heutigen UNO — angehört, bis Hitler in spektakulärer Weise seinen Austritt aus dieser Weltorganisation verkündete. Der Völkerbund an sich jedoch war existent, wenngleich auch die Wirkung der Maßnahmen, die er gegen Aggressionen verhängte, bereits mehr als fragwürdig geworden war. Hier sei nur an die Sanktionen erinnert, die der Völkerbund gegen Italien ergriffen hatte, als dieses Abessinien mit Krieg überzog. In Genf, dem Sitz des Völkerbundes, agierte damals der sowjetische Außenminister Litwinow, der bei seinen Gesprächen mit französischen Staatsmännern seinem Zorn Luft machte und sich gegen die Entscheidung Frankreichs und Englands hinsichtlich der Rückgabe des Sudetenlandes aussprach.

Vor allem aber war es Josef Stalin, inzwischen zum Herrscher über die Sowjetunion aufgestiegen, der die Münchner Entscheidung entschieden ablehnte und der Meinung Ausdruck gab, diese Frage habe vor dem Völkerbund behandelt werden müssen. Hier, so glaubte er, wäre es möglich gewesen, eine Front gegen Deutschland zustande zu bringen und die von den Briten und Franzosen getroffene Entscheidung unmöglich zu machen. Es mag aber auch sein, daß Stalin den mit der Rückgabe der Sudetengebiete eingeleiteten Zerfall des Prager Vielvölkerstaates vorausgesehen und erkannt hatte, daß nach den Sudetendeutschen die anderen Nationalitäten folgen würden, die, wie die Slowaken, mit der Moldau-Republik Massariy und Benesch nicht einverstanden waren. Josef Stalin, der seinerseits auch den Westmächten mißtraute, fühlte sich in seiner Auf-